

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

Öffentliche Sitzung vom 11. bis 14. Dezember 1978

2. Sitzungstag (12. Dezember 1978)

Stenographisches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

Beratung des 4. Hauptstücks, Kultur, Jugend und Bildung

Redner: Die GRe. Dkfm. Bauer (S. 1), Schneider (S. 4), Gawlik (S. 6), StR. Neusser (S. 10), Maria Hampel-Fuchs (S. 11), Gertrude Stiehl (S. 13), Bittner (S. 16) und Wiesinger (S. 21) sowie VBgm. Gertrude Fröhlich-Sandner (S. 24)

Beratung des 5. Hauptstücks, Gesundheit und Soziales

Redner: Die GRe. Dr. Hirnschall (S. 27), Dkfm. Siggrun Schlick (S. 28), Traindl (S. 29), Dr. Zeman (S. 31), Gertrude Härtel (S. 35), Maria Szöllösi (S. 37), Lehner (S. 43) und Dinhof (S. 45) sowie amtsf. StR. Dr. Stacher (S. 39) und StR. Dr. Gertrude Kubiena (S. 42)

Vorsitzende: Die GRe. Mayrhofer, Lehner, Maria Szöllösi und Ing. Hofstetter.

(Wiederaufnahme um 10.45 Uhr.)

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Wir nehmen die Sitzung des Gemeinderates wieder auf und setzen sie mit der Beratung des Voranschlagsentwurfes der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1979, des Gebührenprüfungsantrages und des Finanz- und Investitionsplanes 1979 bis 1983 fort.

Wir kommen zum 4. Hauptstück, Kultur, Jugend und Bildung. Zum Wort gemeldet ist Herr GR. Dkfm. Bauer. Ich erteile es ihm.

GR. Dkfm. **Bauer**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich nehme an, Sie werden mir alle zustimmen, wenn ich im Zusammenhang mit der nunmehr zur Beratung stehenden Geschäftsgruppe Kultur, Jugend und Bildung sage, daß es eine der Aufgaben der Kulturpolitik einer Stadt ist, allen Schichten und Altersgruppen unserer Stadt, unserer Gesellschaft den Zugang zu Kunst und Kultur zu ermöglichen, zu erleichtern und ihn zu fördern. Ich glaube, daß diese Aufgabe in Zukunft ständig an Bedeutung gewinnen wird, da viele Menschen mit der vermehrten Freizeit erfreulicherweise die Möglichkeit zu vermehrter kultureller Betätigung erhalten. Ich meine, daß, einen Anreiz zur sinnvollen Verwendung dieser Freizeit zu geben, das fruchtbare Ergebnis derartiger Bemühungen sein kann.

Wie wünschenswert, ja wie notwendig sogar dies wäre, läßt sich aus den Freizeitgewohnheiten unserer Mitbürger ablesen, die sich immer mehr auf ein fluchtartiges Verlassen der Stadt am Wochenende

hinbewegen. Das Gros unserer Mitbürger hat eben am Samstag oder am Sonntag, zumindest jedoch ab Samstag mittag frei und nützt dies entsprechend.

Ich habe hier nun einen Faltprospekt über die Öffnungszeiten der Kulturstätten unserer Stadt. Diesem Prospekt ist zu entnehmen, daß die meisten Museen Samstag und Sonntag, am Nachmittag zumindest, gesperrt haben, viele von ihnen den ganzen Sonntag, manche sogar am Wochenende überhaupt. Ich glaube, ich habe gesagt: Museen. Ich muß mich korrigieren, ich muß sagen: Museen, Galerien und Schauräume, alles zusammengekommen muß man hier betrachten. Also das heißt, daß genau in jenem Zeitraum, wo die Mehrzahl unserer Mitbürger, zumindest alle arbeitenden Menschen unserer Stadt, am ehesten Zeit zum Besuch eines Museums, einer Galerie oder eines Schauraumes haben, diese zusperren, geschlossen halten.

Ich glaube, daß das nicht im Sinne einer echten Dienstleistung der Stadtverwaltung für unsere Bürger ist, und erlaube mir daher, einen Beschlußantrag einzubringen, der lautet:

„Die Stadtverwaltung möge dafür Sorge tragen, daß sich die Öffnungszeiten der in ihrem Einflußbereich stehenden Museen, Galerien und Schauräume besser als bisher an der Freizeit der Bürger orientieren. Insbesondere soll dabei auf das Offenhalten an Samstagen und Sonntagen Bedacht genommen werden.“

Ich weiß nun schon, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß das natürlich nicht problemlos ist,

daß es dort Probleme mit der Arbeitszeit der Bediensteten gibt. Ich weiß auch, daß es sicherlich finanziell nicht tragbar ist, deswegen, um die ganze Woche über, auch Samstag und Sonntag, offenzuhalten, etwa eine doppelte Belegschaft einzustellen, um ein entsprechendes Radl sicherzustellen.

Ich glaube aber, daß das Problem trotzdem zu lösen ist, wenn man an eine wohlüberlegte Sperre an Wochentagen oder an gestaffelten Halbtagen denkt. Ich glaube, daß das sinnvoller oder eher im Sinne des bisher Gesagten zu verkraften ist als die doch sehr häufig anzutreffende Sperre über das Wochenende oder an Teilen des Wochenendes.

Ich glaube, wir müssen uns halt überhaupt ein bißchen daran gewöhnen oder uns überlegen, ob es wirklich notwendig ist bzw. ob es überhaupt in Zukunft noch machbar sein wird, daß alle Menschen zur selben Zeit ihre Freizeit genießen können. Ich sage das deswegen, weil ich natürlich auch weiß, daß die Bediensteten der Museen, der Galerien oder dieser Schauräume dann sagen: Ja bitte sehr, wir wollen eben auch unser Wochenende haben. Das Problem ist ja nicht neu, das gilt ja für viel gravierendere Bereiche ebenso, und daher diese meine Anmerkung.

Ich glaube, daß das durchaus, wenn man hier Überlegungen in diese Richtung anstellt, im Sinne und im Interesse der Allgemeinheit liegt und es nicht so ist, daß man damit bestimmten Berufsgruppen etwas Schlechtes antut. Denn es ist doch wirklich so, daß es zunehmend kein Genuß mehr ist, wenn so wie bisher oder so wie jetzt alle Menschen unserer Stadt, alle Menschen des Landes ihre Freizeit zum gleichen Zeitpunkt in Anspruch nehmen, genießen können. Das beginnt einerseits bei den versperrten Läden am Samstag nachmittag, mit der Einkaufshetze vor 18 Uhr an den Wochentagen oder am Samstag vormittag, und endet andererseits dann beim gleichzeitig einsetzenden Run auf die Freizeiteinrichtungen, mit verstopften Straßen, mit überfüllten Bädern, oder, jetzt zur Winterzeit, mit Schlangen vor den Liftanlagen.

Aber nun zurück zum eigentlichen Thema: zu den Museen. Ein besonders stiefmütterliches Dasein fristen meines Erachtens die Bezirksmuseen unserer Stadt, sowohl von der Angebotseite als auch von der Nachfrageseite her, wobei hier natürlich ein innerer Zusammenhang besteht. Was hier geboten wird, ist zu wenig zum Leben, aber zuviel zum Sterben. Und sie sollen auch gar nicht sterben, damit es hier kein Mißverständnis gibt.

Ich glaube, feststellen zu können, daß der überwiegende Teil unserer Bezirksmuseen vom überwiegenden Teil unserer Bevölkerung überhaupt nicht mehr zur Kenntnis genommen wird. Ich meine nun, es wäre eine lohnenswerte Aufgabe, hier eine Neuinterpretation, eine Neuorganisation unserer Bezirksmuseen zu überlegen.

Die freiheitliche Fraktion dieses Hauses meint, daß wir unsere Bezirksmuseen zu kulturellen Bezirkszentren ausbauen sollten, wo immer dies möglich ist, in denen dann anspruchsvolle Wanderausstellungen gezeigt werden, in denen auch Konzerte,

Lesungen oder wenig technischen Aufwand erfordernde Theateraufführungen über die Bühne gehen könnten.

Ich glaube, daß es weiter zu diesem Zweck notwendig ist, die Bezirksmuseen organisatorisch neu aufzubauen bzw. neu zu fassen. Wir glauben, daß eine der Möglichkeiten darin bestünde, die Bezirksmuseen organisatorisch in das Historische Museum der Stadt Wien einzugliedern und von dort aus weiter als eigene Bezirksabteilungen zu führen. Ich erlaube mir, auch diesbezüglich einen Beschlußantrag der freiheitlichen Fraktion zu überreichen.

In der Rustenschacherallee 2–4 im Wiener Prater vegetiert ein Museum besonderer Art dahin: Es handelt sich um jenen Bau, der mit 7 Millionen Schilling seinerzeit errichtet worden ist und der dem verstorbenen Künstler Fritz Wotruba als Atelier zur Verfügung gestellt hätte werden sollen.

Sie erinnern sich vielleicht, daß die Fraktion der FPÖ hier im Hause dagegengestimmt und dagegengesprochen hat, nicht deswegen, weil wir dagegen gewesen wären, daß überhaupt Ateliers für Künstler errichtet werden, sondern vielmehr deswegen, weil wir die Auffassung vertreten haben, daß es nicht Sinn der öffentlichen Hand sein kann, Sinn der Stadtverwaltung sein kann, Ateliers arrivierten Künstlern zur Verfügung zu stellen, Künstlern, die sehr wohl aus eigener finanzieller Kraft in der Lage sind, für entsprechende Arbeitsräume Sorge zu tragen. Wir haben damals gemeint, daß es besser wäre, wenn man diese Arbeitsräume für junge und noch nicht etablierte Kulturschaffende zur Verfügung stellen würde.

Sie erinnern sich vielleicht weiter, daß nach dem unerwarteten Tod des Künstlers, des Herrn Wotruba, dort eine Wotruba-Gedenkstätte eingerichtet hätte werden sollen. Auch gegen diesen Plan ist meine Fraktion hier aufgetreten, auch wieder nicht deswegen — das möchte ich bitte ganz deutlich unterstreichen —, weil wir gegen eine Ehrung dieses Künstlers, gegen eine Ehrung Herrn Wotrubas gewesen sind, dessen Wert und Schaffen ich durchaus anerkenne und zu würdigen weiß, aber wir sind der Auffassung gewesen und sind es natürlich heute noch, daß eine Gedenkstätte, wenn immer möglich, in irgendeinem direkten Zusammenhang, in einem inneren Bezug mit dem zu Ehrenden, dessen man dabei gedenken will, stehen soll.

Also im gegenständlichen Fall wäre durchaus nichts einzuwenden gewesen, wenn eine besondere Beziehung des Herrn Wotruba zu diesem neuen Atelier bestanden hätte, wenn er etwa jahrelang dort gewohnt oder gearbeitet hätte. Aber das war ja nicht der Fall, weil er ja bekannterweise bedauerlicherweise vor Fertigstellung dieses Ateliers verstorben ist.

Und Sie erinnern sich vielleicht zum dritten daran, daß wir deswegen seinerzeit einen Antrag eingebracht haben, daß dieses Bildhaueratelier als Akademieatelier einzurichten wäre und den Schülern, den Absolventen der Akademie oder auch sonstigen freischaffenden Künstlern der bildenden Künste auf Zeit zur Verfügung gestellt werden soll.

Die sozialistische Fraktion dieses Hauses und auch die Volkspartei wußten damals offensichtlich Besseres, sie haben diesen unseren Antrag gemeinsam abgelehnt.

Demzufolge ist auch die gegenwärtige und heutige Situation, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir haben also dort in der Rustenschacherallee 2—4 natürlich kein Wotruba-Atelier, wir haben dort bis jetzt auch keine Wotruba-Gedenkstätte und wir haben dort kein Akademieatelier. Wir haben dort gar nichts. Der Millionenbau — wie gesagt: 7 Millionen Schilling Baukosten — dämmert dort, meiner Information zumindest, ungenützt dahin.

Es ist im Zusammenhang mit der ja nach wie vor im Gespräch befindlichen Gedenkstätte für Herrn Wotruba genau das eingetreten, meine sehr geehrten Damen und Herren, was ich seinerzeit ausgeführt habe und was ich jetzt in Erinnerung gerufen habe, und das möchte ich Ihnen schon auch zur Kenntnis bringen und zu diesem Zweck die Erbin, die Witwe des Herrn Wotruba, die Frau Lucy Wotruba, zitieren, die also genauso wie ich meint, eine Gedenkstätte für Fritz Wotruba ist nicht unbedingt an den Praterpavillon gebunden, er hat diesen ja überhaupt nicht betreten und nicht mehr bewohnt. Soweit also die Erbin jetzt.

Wie halt überhaupt die Frau Wotruba am längeren Ast in dieser ganzen Angelegenheit zu sitzen scheint. Sie nicken, Frau Stadtrat. Aber wissen Sie, warum sie am längeren Ast sitzt? Sie sitzt deswegen am längeren Ast, weil die Gemeinde Wien es seinerzeit unterlassen hat, versäumt hat, rechtzeitig, nämlich vor Baubeginn, bevor man dieses ganze Unternehmen in die Wege geleitet hat, einen entsprechenden Vertrag über die Verwendung und die entsprechenden Gegenleistungen, die dafür seitens des Künstlers zu erbringen sind, schriftlich abzuschließen und zu unterzeichnen.

Dafür kann auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, der plötzliche und unerwartete Tod des Künstlers keine Entschuldigung sein, weil ja der Baubeginn, das Beginnen dort vor seinem Tod eingesetzt hat. Man hätte das also durchaus rechtzeitig machen können.

Und daher, nachdem, wie gesagt, die Frau Wotruba sich dessen bewußt ist, daß sie am längeren Ast sitzt, wünscht sie sich inzwischen statt den dort vorgesehenen 180 Quadratmetern Ausstellungsfläche plötzlich 2.000, habe ich zumindest gelesen, wohl wissend, daß sie im Falle der Nichteinigung die unverbindlich seinerzeit als Gegenleistung vorgesehenen Kunstwerke dann nicht herauszurücken braucht. Sie ist ja auch mittlerweile, wie es scheint, in vielversprechende Verhandlungen mit dem Bund eingetreten, der sich hier einmal mehr als Konkurrent zur Stadtverwaltung Wien erweist, jener Bund, der ja auch seinerzeit das Grundstück, auf dem das Atelier nunmehr steht, zur Verfügung gestellt hat.

Ich erlaube mir daher, an Sie, sehr geehrte Frau Stadtrat, folgende Frage zu richten: Wie ist der gegenwärtige Stand der Dinge in dieser Angelegenheit überhaupt? Was ist mit dem Atelier für den

Fall des Scheiterns der Verhandlungen mit der Frau Wotruba in Aussicht genommen? Und muß zum dritten in diesem Fall die Gemeinde Wien neben den 7 Millionen Baukosten, die sie seinerzeit aufgewendet hat, nunmehr auch den vom Bund zur Verfügung gestellten Grund ablösen?

Die Frage verkneife ich mir, ob es nicht gescheiter gewesen wäre, von vornherein ausnahmsweise auf die FPÖ zu hören, die diese Dinge genau, ich möchte fast sagen in hellseherischer Art und Weise vorausgesehen hat. Das bitte ich bei Bedarf in den Protokollen nachzulesen.

Ich erlaube mir aber jedenfalls, im Sinne des bisher Gesagten den seinerzeitigen Beschlufantrag neuerlich einzubringen, der darauf hinausläuft, das Bildhaueratelier als Akademieatelier zur Verfügung zu stellen.

Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich noch zwei einander entsprechende Anträge einbringen. Sie stehen übrigens durchaus im inneren Zusammenhang mit dem bisher Gesagten, weil besagtes Atelier seinerzeit mit den Erträgen aus dem Kulturschilling errichtet worden ist.

Sie wissen also schon, was jetzt kommt. Jetzt kommt der Evergreen-Antrag der FPÖ und seit einiger Zeit auch jener der Österreichischen Volkspartei bzw. des Herrn Kollegen Bittner. Er beinhaltet wiederum, wie gehabt, die widmungsgemäße Verwendung des Erträgnisses aus dem Kulturschilling zur Denkmal-, Stadt- und Ortsbildpflege. Er läuft wiederum, wie gehabt, darauf hinaus, das gesamte Erträgnis aus dieser Einnahme diesem Zweck und nicht etwa solchen Projekten wie dem jetzt, in aller Breite geschilderten Projekt in der Rustenschacherallee 2—4 zufließen zu lassen.

Ich möchte abschließend, um unserem Bestreben hier doch noch etwas mehr Nachdruck zu verleihen, Ihnen in dem Zusammenhang nochmals in Erinnerung rufen, was das Kontrollamt dazu gesagt hat, damit nicht der Eindruck entsteht, hier handelt es sich etwa um ein Steckenpferd des Kollegen Bauer oder des Kollegen Bittner oder halt um irgend etwas, was die Opposition um der Kritik halber hier einfach vorbringt und das eigentlich völlig unberechtigt und aus der Luft gegriffen ist.

Ich darf Ihnen daher noch einmal in Erinnerung rufen, was das Kontrollamt zu dieser bisher laufend und auch im nächsten Jahr weiter geplanten und praktizierten Vorgangsweise sagt. Das Kontrollamt hat in seinem letzten Bericht festgestellt, daß die Mittel aus dem Erträgnis des Kulturschillings nicht immer nach den festgelegten Grundsätzen der Förderung und damit nach den Intentionen des Gesetzgebers verwendet werden. Das Kontrollamt fordert daher die zuständigen Dienststellen auf, das Erträgnis zur Gänze widmungsgemäß seiner eigentlichen Zweckbestimmung zuzuführen.

Soweit, wie gesagt, das Kontrollamt. Dem haben wir nichts hinzuzufügen. Das ist exakt unsere Meinung, die dadurch, glaube ich, von einer unabhängigen, objektiven Stelle unterstrichen wird.

Ich erlaube mir daher wiederum, wie gesagt, die beiden entsprechenden Anträge, die dies sicherstel-

len wollen, am Schluß meiner Ausführungen dem Herrn Stadtrat zu überreichen. (GR. Wiesinger: Eine falsche Interpretation des Gesetzes durch das Kontrollamt! Es wird nicht richtiger, wenn das Kontrollamt es sagt, Herr Kollege! Das haben wir Ihnen voriges Jahr schon gesagt!)

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke.

Als nächster Redner ist Herr GR. Schneider vorgemerkt. Ich erteile ihm das Wort.

GR. **Schneider**: Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur Geschäftsgruppe Kultur, Jugend und Bildung gehört auch der Fremdenverkehr, also einer jener Wirtschaftszweige, der in seiner Bedeutung für die gesamtwirtschaftliche Situation in Österreich seit 1945 ständig im Zunehmen begriffen ist, der aber nunmehr seine Rolle als Defizitschlucker der österreichischen Handelsbilanz, die er bis vor kurzem ausüben konnte — nicht nur zu 51 Prozent, wie gestern der Herr GR. Braun gesagt hat, sondern zur Gänze —, als Folge einer verfehlten Steuer- und Wechselkurspolitik der Bundesregierung leider eingebüßt hat.

Nun, Wien ist ja nicht gerade eines der klassischen Fremdenverkehrsbundesländer Österreichs wie etwa Tirol, Salzburg oder Kärnten, aber immerhin hat Wien mehr Ausländernachtungen als das Burgenland und Niederösterreich zusammengenommen, mehr Ausländernachtungen als die Steiermark aufzuweisen und liegt ungefähr mit dem sich Fremdenverkehrsland nennenden Oberösterreich auf einer Höhe.

Sicherlich ist, bedingt durch die vermehrte Freizeit und die dadurch zunehmende Bedeutung des Zweiturlaubes, in letzter Zeit ein gegenüber dem Erholungstourismus ständiges Ansteigen des Städtetourismus festzustellen. Da aber auch andere mit uns in Konkurrenz stehende Städte alles mögliche unternehmen, um sich von diesem Kuchen ein möglichst großes Stück abschneiden zu können, wird der Kampf um den Gast gerade im Städtetourismus immer härter, und es bedarf für Wien wirklich äußerster Anstrengungen aller mit dem Fremdenverkehr Befassten, um hier auch weiterhin mithalten zu können.

In meinem letzten Fremdenverkehrsdebattenbeitrag im Juni dieses Jahres habe ich von einem in den ersten Monaten erfreulichen Aufwärtstrend berichten können, doch leider entwickelte sich der Fremdenverkehr 1978 sehr uneinheitlich. Obwohl sich zu Beginn des Jahres ein Anstieg der Gesamtübernachtungen feststellen ließ, kam es im Juni und im Juli zu einem etwas überraschenden Rückgang der Übernachtungszahlen, der erst durch die relativ gute Frequenz der Herbstmonate wieder aufgeholt werden konnte.

Es ist aufgrund dieser uneinheitlichen Entwicklung sicher sehr schwierig, die Aussichten für das nächste Jahr zu bewerten. Es wäre aber jedenfalls, glaube ich, verkehrt, sich zu allzu optimistischen Prognosen hinreißen zu lassen.

Sicherlich wird es auch wesentlich davon abhängen, ob wir imstande sind, die Attraktivität

unseres Angebotes noch zu steigern, und ob es gelingt, dieses Angebot auch an den Mann zu bringen und bestmöglich zu verkaufen.

Es bleibt also zu hoffen, daß das in bemerkenswerter Zusammenarbeit zwischen Fremdenverkehrsverband und der Wiener Handelskammer erstellte computergesteuerte Reservierungssystem „speedy“, das ja am 15. Jänner in Betrieb gehen soll, unsere Aufgaben in dieser Richtung etwas erleichtern wird.

Zur Erhaltung der Attraktivität des Fremdenverkehrsangebotes, das also vielfach ident ist mit der Attraktivität unserer Stadt, gestatten Sie mir einige Anregungen.

Die Wiener Fremdenverkehrskonferenz 1977 hat in Form einer Resolution verschiedene Möglichkeiten zur Erhaltung bzw. Erhöhung dieser Attraktivität Wiens aufgezeigt. An erster Stelle steht hier verstärkte Förderung lebender Musik in Lokalen. Dazu noch einen Satz aus dem Referat des Herrn Fremdenverkehrsdirektors anlässlich dieser Fremdenverkehrskonferenz. Er sagte, die lebende Musik ist nach wie vor aus Kosten- und Steuergründen problematisch.

Sehen Sie, diese Problematik liegt vor allem darin, daß in der Musikstadt Wien — das habe ich hier schon des öfteren gesagt, werde es aber immer wieder vorbringen müssen — als einziger Stadt eine doppelte veranstaltungshemmende und verwaltungsaufwendige Vergnügungsbesteuerung gehandhabt wird. (StR. Mayr: Der Sie zugestimmt haben!) Wir können ja wieder darüber reden, Herr Stadtrat.

Hier müßte man endlich daran gehen, eine Änderung herbeizuführen, und daher habe ich, zusammen mit Herrn StR. Mauthe, heute im Landtag einen Antrag eingebracht, der das ersatzlose Auslaufen der Konsumationssteuer bei der Vergnügungssteuer zum Inhalt hat.

Natürlich, Herr Stadtrat, würde das eine gewisse Verminderung der präliminierten Vergnügungssteuereinnahmen bedeuten. Daher ist es sehr verständlich, daß ich gestern Ihrer Mitteilung, als Sie von einer Lustbarkeitsabgabe in den Jahren 1930 bis 1934 in der Höhe von 80 Millionen Schilling gesprochen haben, besondere Bedeutung zugemessen habe. Zuerst habe ich mich vergewissert, ob ich mich nicht verfehlt habe und Sie vielleicht 18 Millionen gemeint haben. Das ist aber nicht so, denn im Stenographischen Protokoll konnte ich lesen, daß es 80 Millionen Schilling sein sollen. Daher habe ich mich bei den Rechnungsabschlüssen dieser Jahre ein wenig umgesehen und konnte feststellen, daß beispielsweise im Jahre 1931 lediglich 16 Millionen Schilling aus dieser Lustbarkeitssteuer eingenommen wurden.

Nun wäre es ja natürlich möglich gewesen, daß Sie, Herr Stadtrat Mayr, diese Einnahmen nicht eines Jahres, sondern aller dieser fünf Jahre zusammen genommen haben, abgesehen davon, daß eine derartige Gegenüberstellung sehr verwirrend wäre, wenn man Einnahmen aus fünf Jahren mit Einnahmen eines Jahres vergleicht. Es stimmt also auch diese Rechnung nicht, denn die Lustbarkeitsabgabe

hat sich bis 1935 konstant — bis 1934 auf 6,2 Millionen Schilling und 1935 auf 5,8 Millionen Schilling — ermäßigt. Herr Stadtrat, woher also die 80 Millionen? (StR. Mayr: Ich zeig' es Ihnen!) Bitte.

Ich konnte aber bei Durchsicht dieser Rechnungsabschlüsse noch etwas feststellen, nämlich daß es damals weder eine Getränkesteuer noch Lohnsummensteuer und auch keine Dienstgeberabgabe, die im Volksmund „U-Bahn-Steuer“ heißt, gegeben hat, die aber jetzt beträchtliche Einnahmen für die Stadt Wien bringt und andererseits für die Vergnügungsbetriebe eine schwere Belastung darstellt.

Aus einer letzten Untersuchung geht hervor, daß — und das scheint mir sehr wesentlich — etwa sechs von zehn Wien-Gästen bei ihrem Besuch auch in einem Restaurant mit Wiener Küche gehobenen Stils speisen möchten. Erst an zweiter Stelle folgt mit deutlichem Abstand der Wunsch, ein typisches Wiener Weinlokal zu besuchen, aber ebenso groß ist der Wunsch nach dem Besuch eines Wiener Beisels oder Kaffeehauses. Es war und ist daher erste Aufgabe der Interessensvertretung, jede sich bietende Möglichkeit aufzugreifen und auch jede Aktivität zu unterstützen, die sich mit der Besserung, der Ausgestaltung oder des Angebotes der entsprechenden Betriebe befaßt. Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, unsere Mitarbeit bei der „Beiselaktion“ und auch die Unterstützung unserer Restaurantbetriebe bei allen ihren Aktionen, wie neue Wiener Küche, Biedermeierwochen, Wildpretwochen u. a. m.

Ein großes Hemmnis für die Fremdenverkehrswirtschaft und mit ein Grund für den Rückgang der Ausländernachtungen gerade in den Sommermonaten stellt auch die zu hohe Steuerbelastung sowohl der alkoholischen als auch der nichtalkoholischen Getränke dar. Der ausländische Gast stellt bei seiner Urlaubsplanung Preisvergleiche an, und wir liegen hier aufgrund dieser Belastungen gerade bei den sogenannten Extras schon wesentlich zu hoch.

Das hat sogar Herr Finanzminister Androsch zugeben müssen und hier eine gewisse Umschichtung und Erleichterung für die Fremdenverkehrswirtschaft versprochen. Wir werden also sehen, wie weit wir den Worten des Herrn Finanzministers Glauben schenken dürfen.

Jedenfalls im „Erfinderland“ der Getränkesteuer — in der Bundesrepublik — heben nur mehr 3 Prozent — ich wiederhole 3 Prozent — der gesamten Gemeinden Getränkesteuer ein, und ab 1. Jänner 1979 wird auch in München — also in einer jener Städte, mit der ja Wien in bezug auf Städte- und besonders Kongreßtourismus im ärgsten Konkurrenzkampf steht — von sämtlichen alkoholfreien Getränken keine Getränkesteuer eingehoben werden. Anders in Wien. Von 1973 bis 1977 sind die Einnahmen aus der Getränkesteuer um 200 Millionen Schilling oder 76 Prozent gestiegen, und aus dem vorliegenden Budget ist zu ersehen, daß auch 1979 mit weiteren Mehreinnahmen in der Höhe von 10 Millionen Schilling gerechnet wird.

Meine Damen und Herren! Wenn wir international den Anschluß an das Fremdenverkehrsgeschäft

nicht verpassen wollen, dann wird es höchste Zeit, sich eine fremdenverkehrsfreundlichere Steuerpolitik einfallen zu lassen (Beifall bei der ÖVP), denn ich kann mir wirklich nicht vorstellen, daß sich die Münchner Stadtverwaltung nur aus reiner Sympathie zu ihren Gastronomen zu einer derartigen Steuerentlastung entschlossen hat.

Neben diesen bestimmt sehr beträchtlichen finanziellen Belastungen, ist aber auch die übermäßige unbezahlte — ich wiederhole unbezahlte — Verwaltungsarbeit ein Erschwernis für die sowieso schon arbeitsmäßig, aber auch durch Nacharbeit sowie durch Sonn- und Feiertagsarbeit überlasteten gastgewerblichen Betriebe.

Es ist ja nicht immer so, daß für diese Steuer-einhebung Dritter, für diese Verwaltungsarbeit nichts verlangt bzw. bezahlt wird. So kann man zum Beispiel im vorliegenden Budget aus den Erläuterungen zu Post 301/27 Beträge für Vergütungen für die Einhebung der Vergnügungssteuer sowie für die Einhebung des Kulturschillings ersehen. Große Verbände sind also keineswegs bereit, ohne Kostenersatz als Steuereintreiber zu fungieren. Vom kleinen Greißler aber und vom Beiselbesitzer nimmt man das als ganz selbstverständlich an.

Ich habe, um diese unbezahlte Arbeit etwas erleichtern zu helfen, zusammen mit meinem Kollegen Hoffmann im heutigen Landtag einen Antrag eingebracht, der die Einführung einer einjährigen Erklärungsfrist bei der Getränkesteuer vorsieht. Eine Frist, die bereits bei der Lohnsummensteuer, bei der Dienstgeberabgabe und auch vom Bund bei der Alkoholabgabe üblich ist. Es soll dies bei der Getränkesteuer quasi ein erster Schritt sein, der noch dazu der Gemeinde Wien nichts kostet, sondern ihr andererseits auch noch Verwaltungsarbeit erspart. Also wie gesagt, in bezug auf Getränkesteuer ein erster Schritt, dem man ehebaldigst einen weiteren, ähnlich dem der Münchner Stadtverwaltung, nämlich die Aufhebung der Getränkesteuer bei den alkoholfreien Getränken, folgen lassen mußte.

Gestatten Sie mir, noch einige Sätze zu einigen von der Gemeinde Wien direkt oder indirekt selbstgeführten oder verwalteten gastgewerblichen oder mit dem Gastgewerbe im Zusammenhang stehenden Betrieben. Der Wiener Verkehrsverein wird sich nunmehr, nachdem mehrere Millionen Verlust erwirtschaftet wurden, im wesentlichen aus der Gastronomie zurückziehen. Die Küche wird von der WÖK oder besser gesagt von der WIGAST — denn der Name WÖK wurde ja wegen des nicht gerade sehr guten Images, das ihm anhaftete, weggelassen — übernommen werden. Das ist eine Küche, die mich, als ich das erste Mal die Möglichkeit hatte, sie zu besichtigen, ob ihrer Größe und Einrichtungen in ein nicht geringes Erstaunen versetzt hat, die aber leider trotzdem seinerzeit, als der Verkehrsverein beispielsweise bei den Ganztagschulen als Konkurrent zur WÖK aufgetreten ist, nicht, ich möchte fast sagen nie ausgelastet werden konnte. Diese Großküche übernimmt jetzt die WIGAST, um ihre Fernverpflegung zu erzeugen. Man spricht von 10.000 Portionen täglich. Also 10.000 Portionen täglich, die man andererseits schon der Gustana zuge-

sagt hat, und die dieser Holdingtochter, nach Eröffnung des vor der Vollendung stehenden Werkes in St. Marx, sicherlich irgendwo fehlen werden.

Aber auch über die anderen geplanten Vorhaben der WIGAST kann man verschiedener Meinung sein. Sicherlich ist die momentane Situation dieser Gesellschaft nicht rosig. Das ergibt sich schon daraus, daß es in Wien eben nicht leicht ist, einen gastronomischen Betrieb und erst recht nicht, eine gastronomische Kette zu führen. Sicherlich ist dem neuen Geschäftsführer der WIGAST die gastronomische Qualifikation und auch ein Ideenreichtum nicht abzusprechen. Aber ist es Sinn und Zweck der WÖK oder der jetzigen WIGAST, mit kräftigen Finanzspritzen Pizzerias, also nicht wienerische Betriebe einzurichten, weil diese Betriebsart nun gerade in Mode ist? Sehr gut, meine sehr geehrten Damen und Herren, scheinen mir diese Millionen nicht angelegt worden zu sein.

Auch bei den anderen geplanten Aktionen kann die WIGAST auf finanzielle Mittel, die mit gewisser Großzügigkeit zur Verfügung gestellt wurden, zurückgreifen, dieselbe Großzügigkeit, mit der man in den vergangenen Jahren immer wieder Millionen in die WIGAST gepumpt hat. Freilich waren gelegentlich einige Betriebe dabei, die von der Privatwirtschaft aus verschiedensten Gründen nicht oder nicht mehr angenommen worden sind. Aber auch daraus sollte man die notwendigen Konsequenzen ziehen.

Gestatten Sie mir abschließend, den Wunsch an Sie herantragen zu dürfen, daß Sie unseren Bemühungen um die Wiener Fremdenverkehrswirtschaft und um die Wiener Gastronomie oder auch um mehr Wiener Musik mit einer ebensolchen Großzügigkeit entgegenkommen werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke. Als nächster Redner gelangt Herr Gemeinderat Gawlik zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. **Gawlik**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Es ist eine bekannte Tatsache, daß Schul- und Bildungsfragen immer Streitfragen der Gesellschaft waren und sind. Wenn ich es ganz hart formulieren möchte: Schul- und Bildungsfragen waren seit eh und je Klassenfragen. So war es und so ist es auf der ganzen Welt. Wenn Sie genau die Strukturen überprüfen, die ökonomischen Verhältnisse, so werden Sie mir recht geben. Denn die jeweiligen Machthaber gaben der Masse ihres Volkes nur soviel Bildung, als diese zur Bewältigung ihrer gestellten Aufgabe brauchten. Ora et labora, um eines nur zu sagen. — Oder: Der feudale Herr brauchte nur drei Ochsen, zwei hinterm Pflug und einen vor dem Pflug. (StR. Dr. Goller: Was ist mit den Talenten!) Schauen Sie nach in der Gaußschen Kurve, wie viele Talente es gibt!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erst in der Demokratie — besonders in Wien sollte man sich nach 60 Jahren Erste Republik wieder daran erinnern — hat man seit der Gründung dieser Republik ein anderes gesellschaftsänderndes System

in der Schulpolitik eingeführt. Ich möchte an diesem Tage auch an Otto Glöckel erinnern. Aber so wie damals werden auch heute Neuerungen von den Konservativen abgelehnt und bekämpft. Es ist wirklich erstaunlich, wenn man die Schriften von damals gegen die Glöckelsche Schulreform liest und erkennt — und das scheint mir so bedeutsam —, wie viele von diesen damaligen scheinbaren revolutionären Veränderungen im Bildungswesen heute für alle Selbstverständlichkeit sind. (GR. Hahn: Revolutionäre Veränderungen!) Sie kennen den Begriff Revolution nicht. Revolution heißt Umwälzung, wenn Sie das nicht wissen sollten. (StR. Dr. Goller: Wir sind für die Evolution!) Wir sind genauso für die Entwicklung. Wenn Sie das Wort Revolution hören, sehen Sie sofort Messer und Barrikaden. Sie haben ein gestörtes Verhältnis zu diesen Begriffen. Das wissen wir sowieso.

Meine Damen und Herren! Der Budgetansatz des 4. Hauptstückes für das Jahr 1979, der von 5.633 Millionen Schilling auf 6.080 Millionen Schilling gestiegen ist, also eine Erhöhung um 427 Millionen erbrachte, ist wirklich sehr großartig. Wenn man weiß, daß von den rund 6 Milliarden Schilling 3.660 Millionen Schilling — inklusive des Personalaufwandes, das sei der Ordnung halber gesagt —, also mehr als die Hälfte allein für unsere Schulen verwendet werden, und das, meine Damen und Herren, bei sinkenden Schülerzahlen auf dem Pflichtschulsektor, so muß man sagen, daß es ein sehr anständiges Budget ist, daß die Stadt für ihre jungen Leute erstellt hat, und daß sie neuerlich bewiesen hat, daß Wien eine schul- und bildungsfreundliche Stadt ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn Sie die Erhöhungen erkennen, dann müssen Sie auch zugeben, daß hier tatsächlich sowohl beim Personalaufwand als auch beim Sachaufwand und beim Bauaufwand Wesentliches geschieht.

Vergleichen Sie diese Zahlen mit den Zahlen vor 1978, dann werden Sie noch deutlicher die Kraßheit dieser Steigerung erkennen.

Damit hat die Stadt Wien, hat der Steuerzahler, die materielle Basis für die Weiterentwicklung der Schule in dieser Stadt geschaffen.

Meine Damen und Herren! Bei der ideellen Weiterentwicklung gibt es, wie immer mit Konservativen, Schwierigkeiten. Ich meine die starre Haltung der Österreichischen Volkspartei. Sie wissen, daß Schulgesetze mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden müssen. Ich spreche nun von der Ganztagschule oder Gesamtschule. Ich möchte gar nicht ins Detail gehen, in den entsprechenden Gremien wird ja darüber diskutiert, und ich möchte hier keinen Lehrerkirkus entwickeln. Ich muß aber doch sagen, daß Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, schlecht beraten sind. Sie müssen mehr hineinhorchen in die österreichischen Bezirksschulinspektorenkonferenzen. Da wird uns berichtet, daß gerade Ihre Parteigänger, die Bezirksschulinspektoren auf dem flachen Land, sehr für die Gesamtschule eintreten. Die Berichte, die ich höre, geben mir Mut zur Hoffnung, daß vielleicht doch noch ein Umdenken in Ihren Reihen eintreten wird. Wir lassen uns von Fachleuten etwas sagen, und ich hoffe, daß

sich auch jene Politiker der Österreichischen Volkspartei, die sich vorwiegend mit schulischen Belangen beschäftigen, etwas sagen lassen werden.

Sie werden sich doch darüber im klaren sein, daß wir in der Demokratie von dem elitären Denken „Schule nur für Privilegierte“ abgehen müssen. Wir müssen Schulorganisationen schaffen, wo jedermann die Chance hat weiterzukommen. Das scheint mir ein sehr demokratisches Prinzip zu sein.

Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhang möchte ich auf ein sehr wichtiges Problem aufmerksam machen, das erst in den letzten Wochen uns allen — wie ich hoffe — sehr unter die Haut gegangen ist. Es betrifft das Sektenunwesen. Sie haben richtig gehört. Es geht um das Sektenunwesen, das aus dem Westen zu uns kommt. Die Brutstätte — ich sage das ganz aggressiv — dieses Sektenunwesens ist die USA, Gottes freies Land. Die Gefahr dieser Sekten ist mir, obwohl ich sie in meinem eigenen Wirkungsbereich bereits an Personen erlebt habe, erst so richtig bei der letzten diesbezüglichen TV-Diskussion bewußt geworden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der psychische Schaden, den die Jugend erleidet, ist enorm. Die psychische Situation der Jugend in diesem Alter, um das es geht, bringt es mit sich — das hat sich seit Quintilian, also seit 2000 Jahren nicht geändert —, mit der Umwelt in Konflikt zu sein. Die Jugend ist idealistisch, progressiv, kritisch, dem Neuen aufgeschlossen. Es ist, wie der Dichter sagt, seit eh und je die Stürmer- und Drängerzeit. Das nutzen diese Sekten aus.

Nun muß ich mich fragen, was unsere Gesellschaft dagegen unternimmt. Was tut unsere Gesellschaft, um die Jugend mit ihren Ideen und Überlegungen für die Demokratie zu gewinnen? Was tut sie, um sie in die Gesellschaft zu integrieren? Ich muß sagen: Nicht viel!

Was tun die etablierten Kirchen? Erst vor kurzem hat der Kardinal sehr warnend über das Sektenunwesen gesprochen. Was tun wir, die etablierten Parteien? Wir haben ja eine Pflichtübung mit unseren politischen Jugendorganisationen, die an sich nur einen Bruchteil der Jugendlichen erfassen, wobei ich hoffen will, daß selbst dieser Bruchteil doch etwas idealistisch erfaßt werden wird.

Was tun die Medien? Sie bringen Horrormeldungen über die schlechte Art der Politiker, über das Miese in der Demokratie.

Ich war gestern in einem Libro-Diskontgeschäft. Gleich beim Eingang war auf einem Würfel das Gesicht Adolf Hitlers zu sehen. Und hier werden viele Bücher über Hitler verkauft. Wohl mit dem Motiv, um die Jugend davor zu warnen.

Was tun wir, um die Menschen von dem Totalitarismus wegzubringen? Wir setzen lauter Alibi-handlungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sollten diese Gefahr erkennen. Glauben Sie mir: Als Familienvater und Großvater bin ich sehr daran interessiert. Ich habe nämlich in meiner Umgebung

gesehen, welches Unheil dieses Sektenunwesen bringt.

Wir müssen daher über die Schule hinaus Bildungs- und Begegnungseinrichtungen schaffen, mit einem modernen Wort gesagt Kommunikationseinrichtungen, wo wir zu den Jungen und die Jungen zu uns finden können, wo wir mit den jungen Leuten reden können, wo wir sie anhören, wo wir uns mit ihnen beschäftigen, wo wir sie manchmal loben, manchmal mit ihnen schimpfen.

Wenn wir Wahlen analysieren und das Wahlverhalten feststellen, kommen wir zu dem Schluß, daß wir die Jugend gewinnen müssen für die Demokratie, daß wir heruntersteigen müssen von dem Piedestal. Wir müssen uns auch mit den seelischen Nöten der jungen Leute auseinandersetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer den Haß, die Intoleranz, das Totalitätsdenken dieser Sekten, das beinahe kriminell ist, kennt, muß in seinem täglichen Wirkungsbereich Stellung nehmen, gleichgültig wo er steht, und muß dagegen mit Aufklärung kämpfen.

Meine Damen und Herren! Ich weiß, ich habe kaum die rhetorische Begabung, um Ihnen dieses Problem, das nicht unmittelbar zur Budgetdebatte gehört, nahezubringen. Trotzdem möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß man sich über den politischen Alltag und den Kleinkram hinweg intensiv auf dies konzentrieren muß. Ansonst, meine Damen und Herren, habe ich Sorge, wie es weitergeht, wenn man den Totalitarismus dieser Einrichtungen kennt.

Wir versuchen es durch geglückte Experimente, die die Frau Vizobürgermeister im Landesjugendreferat entriert hat — es gibt eine Fülle davon, Sie kennen sie alle —, wie zum Beispiel die Fahrten zum Schnee und so weiter. Es gibt eine andere Aktion, über die ich schon gesprochen habe. Es geht um das Öffnen der Schule.

Was mir in dem angelsächsischen Raum so gefällt, ist die Unmittelbarkeit, das echte Verstehen zwischen Eltern, Lehrern und Schülern, das miteinander Arbeiten, das miteinander Leben. Das, glaube ich, müßten wir auch bei uns in irgendeiner Form entriern. Es soll daher im 10., 11., 21., 22. und 23. Bezirk — es ist ein Experiment — eine Einrichtung, die Öffnung der Schulen von Freitag mittags bis Sonntag mittags, geschaffen werden, wo die Werkstätten, die Bastelräume, die Klassenräume, die Turnsäle, den Kindern und Eltern zur Verfügung gestellt werden sollen. Wir hoffen, damit zu engeren menschlichen Bindungen zu kommen. Wir hoffen, daß sich die Menschen etwas mehr untereinander besprechen, daß sie mehr Anteil am Schulgeschehen nehmen, nicht nur am Notengeben, sondern am Gesellschaftsleben in der Schule selbst.

Natürlich wird es Schwierigkeiten geben. Unter uns gesagt: Ich denke an die Schulkarte und an meine Lehrerkollegen. Aber diese Schwierigkeiten werden wir überwinden müssen. Es geht nicht nur um die formale Bildung, es geht nicht darum, daß jemand das Einmaleins beherrscht und sonstige wichtige Dinge, sondern es geht unserer Auffassung

nach um die Bildung des Menschen als Ganzes in der Gesellschaft, ums kritische Denken, ums miteinander Reden.

Ich muß feststellen: Ich erkenne mit Bedauern, daß sich auch in diesem Gremium eine Entwicklung breit macht, die damit beginnt, daß man sich nicht mehr anschaut, daß man nicht mehr grüßt und nicht mehr miteinander redet. Das ist eine sehr gefährliche Entwicklung, wie ich sie selbst miterlebt habe. Wir sind beim Stahlechner gestanden und haben uns die Schädel eingehauen. Das ist dann die Konsequenz. Wir Älteren zumindest müssen daher warnend auf diese Entwicklung aufmerksam machen, die natürlich, je länger man von diesen Horrorzeiten entfernt ist, umso eher wiederkommen könnte.

Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es notwendig, die Menschen zu dieser Spontanität zu erziehen, zu einem sozialen Verhalten. Es ist erforderlich, daß wir uns über die Schule hinaus damit beschäftigen.

Herr GR. Braun hat gestern über die Gefahr der Jugendarbeitslosigkeit gesprochen und wie man diesen Gefahren begegnen kann. Ich habe hier eine Resolution der Vollversammlung der Arbeiterkammer vom November 1978, in der zur Kommunalpolitik auch dargelegt wird: Erhaltung der Vollbeschäftigung durch Maßnahmen, die den Strukturwandel in Industrie und Wirtschaft fördern, um international wettbewerbsfähig zu sein.

Ich habe das aus einem bestimmten Grund zitiert, meine Damen und Herren. Was tun wir in der Stadt, was geschieht mit den Steuermitteln? Einige Zahlen dafür. Wir haben derzeit 31.797 Berufsschüler, um 819 mehr als im letzten Schuljahr. Wir haben 1.095 Klassen, um 59 Klassen und um eine Schule mehr als früher. 1984/85 werden wir 35.000 Berufsschüler haben. Darf ich Sie erinnern: Im Jahr 1963 hatten wir 18.000. Sie erkennen, welche Entwicklung der Schülerstand seit 1963 genommen hat. Wir werden erst um die Mitte der neunziger Jahre wieder auf den Stand von 28.000, 27.000 Berufsschülern zurückkehren, wie wir ihn vor einigen Jahren gehabt haben.

Meine Damen und Herren! Ich zitiere jetzt etwas, nicht um zu provozieren, sondern weil ich den Gedankengang nicht verstehe, den Ihr Handelskammerpräsident am 10. November 1978 in der „Wiener Wirtschaft“, die mir dankenswerterweise zugesandt wird — das hat Herr Dr. Ebert veranlaßt, den ich darum gebeten habe —, zum Ausdruck gebracht hat. Er schreibt hier: Abwasser trübt das Verhältnis von Kammer und Rathaus. — Dann kommt etwas, was mich entsetzt hat: Es sei zu befürchten, daß etwa die Bereitschaft der Betriebe, auch künftig die Zahl der Lehrplätze zu vermehren, um alle Jugendlichen unterzubringen, nicht mehr im derzeitigen Ausmaß zu erwarten ist.

Wissen Sie, wie man das nennt? Das nennt man Steinhauserfaschistoide Methode. Verstehen Sie, was ich damit meine? Das ist die Methode des Messeransetzens, die in der Demokratie nicht üblich sein sollte. Das ist das, was mich entsetzt. Wie kann man denn Fäkalien, Abwässer in einem Zug mit

der Berufsausbildung nennen, als Pression gegen die Stadt, gegen die Menschen dieser Stadt! Ich begreife das nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nicht sagen, wir warten darauf, denn das wäre demagogisch, aber ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß Gratz hier am 22. Februar gesagt hat, was noch heute gilt: Keiner soll in Wien ohne Lehrplatz sein, und wenn es notwendig ist, wird man eben zwischenbetriebliche Ausbildungsstätten, Einrichtungen, Lehrwerkstätten schaffen, gegen die Sie so sind, um den Lehrlingen eine gute Berufsausbildung geben zu können! (Beifall bei der SPÖ.)

Spielen wir doch nicht mit der Jugend, spielen wir doch nicht mit diesen Dingen, die das Klima nur verschlechtern. Wir können uns doch nicht auf eine Linie mit dem Steinhauser begeben, mit dem Mann, der sich gewissermaßen als Beispiel die Blockade genommen hat, die in Chile gewesen ist, die Transportblockade, die den Allende zu Fall gebracht hat. Wir können doch nicht in einem demokratischen System, in dem wir miteinander und nicht nebeneinander leben, solche Methoden einreißen lassen. — Das hat mich jedenfalls sehr getroffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für uns sind Lehrlinge wichtige Faktoren der Wirtschaft von morgen. Wie wir sie ausbilden, wie wir sie instruieren, so werden die Qualitätserzeugnisse aussehen, und nur mit diesen können wir doch gegen die Massenproduktion der anderen konkurrieren.

Es wird auch notwendig sein, wenn Strukturveränderungen sind, eine gewisse Flexibilität an den Tag zu legen, eine Wandlungsfähigkeit. Ich weiß schon, daß das nicht leicht ist. Glauben Sie mir, ich bin lange Jahre Handwerksmeister gewesen, ich weiß, wie schwierig es ist, wenn wir uns verändern müssen. Ich weiß, wie schwierig es ist, wenn man einen Dreherbetrieb, weil keine Dreher mehr da sind, umändern muß in einen Fräseibetrieb, welche Probleme das mit sich bringt. Ich weiß das alles. Aber eine gewisse Flexibilität ist eben erforderlich, um bestehen zu können. Dazu brauchen wir aber auch mobile Arbeitskräfte.

Da kommt die große Frage, die ich hier immer stelle: Bilden wir unsere Lehrlinge zu dieser Mobilität aus? Ist die Grundausbildung so, daß die Schwierigkeiten ohne große Probleme überwunden werden können, wenn eine strukturelle Veränderung eintritt, wenn sie umgeschult werden müssen. Ich sage: Wir erfüllen bei der Ausbildung diese Aufgabe nur bedingt, und zwar auch aus den ökonomischen Verhältnissen heraus. Die Betriebe sind ja, um bestehen zu können, außerordentlich spezialisiert, und die Ausbildung erfolgt natürlich primär oder in der Regel — wollen wir das abschwächen — nach der Produktion, also produktionsabhängig, betriebsgebunden. (Zwischenruf des GR. Uhl.) Sie glauben, ich bin praxisfremd. Fragen Sie doch Ihre Kollegen, wo ich herkomme, und Sie werden sehen, daß ich es nicht bin. (GR. Uhl: Es ist doch praxisfremd, was

Sie da sagen!) Das ist ein Neuer, der weiß das nicht, der kennt sich nicht aus. Herr Stadtrat Neusser wird Sie dann aufklären!

Natürlich versucht die Berufsschule — jetzt komme ich wieder auf das Budget und die Berufsschule zurück —, diesen Mangel auszugleichen. (GR. Uhl: Was für einen Mangel?) Den Mangel der Bildungsinhalte! Waren Sie schon einmal Prüfungsbeisitzer bei einer Facharbeiterprüfung? Nein, daher können Sie den Mangel nicht erkennen! Ich war es durch einige Jahrzehnte hindurch, und daher weiß ich es. Fragen Sie die Frau Dr. Kornek, die wird Ihnen sagen, wo ich Prüfungsbeisitzer gewesen bin. — Glauben Sie mir, ich will Ihnen nicht ein Hackel ins Kreuz hauen, es ist doch die Realität. Es sind Mängel vorhanden, und daher müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, daß wir mit den neun Stunden Berufsschulzeit nicht mehr auskommen werden. Es werden auch noch allgemeinbildende Gegenstände hineinkommen müssen, wenn wir versuchen wollen, den ganzen Menschen bildungsmäßig zum spontanen Demokraten zu erziehen. (StR. Heller: Turnen muß auch hinein!) Ja, auch Leibeserziehung gehört dazu. Soll das nur für die Mittelschüler sein? Dann regen Sie sich auf, wenn die Buben bei der Assentierung nicht einmal in der Lage sind, ihre Füße geradezustellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich meine also, daß wir ein bißchen umdenken und versuchen müssen — jetzt werden Sie wieder böse sein —, vom Profitdenken allein abzukommen und doch auch zu überlegen, daß man den jungen Menschen auch hier eine Chance geben muß.

Ich begreife eines nicht. Sie reißen sich alle um Lehrbuben, nur aus Philantropie, und haben nichts von den Buben. Sie sind doch die reinsten wirtschaftlichen Masochisten, anders kann ich es mir nicht vorstellen. (GR. Uhl: Was wissen Sie schon davon! Was wissen Sie von einer Kostenrechnung?) Gar nichts, ich brauche das von Ihnen! Gar nichts weiß ich, ist ja ganz klar! Reden Sie doch nicht so etwas daher! Das ist doch ein Nonsens, was Sie mir da erzählen!

Bitte, ich möchte darauf aufmerksam machen, noch einmal zurückkommend auf das, was ich zuerst meinte: Was geschieht nun von der Stadt aus? Und hier sehr viel für die 31.797 Schüler, sehr viel. Einmal der Schulraum, und zweitens der Wohnraum, die Werkstätten, die Einrichtungen, Das hat Vorrang bei uns.

Noch einige Zahlen: drei Berufsschulen wurden bereits modernisiert auf dem kaufmännischen Sektor, im 5., im 15. und im 16. Bezirk. Die Schule im 15. Bezirk ist in der Kauergasse.

Im I. Zentralberufsschulgebäude gehen täglich rund 2.000 Schüler zur Schule. Die Probleme liegen natürlich bei der Veränderung. Wenn man jetzt im zweiten und dritten Stock die Klassen erneuert und dort eine ewige Baustelle ist, so begreife ich, daß meine Kollegen bei 2.000 Schülern nicht sehr freundlich mit mir umgehen, wenn ich dort einmal hinkomme. Aber das ist ein physikalisches Problem: Wo eines ist, kann nichts anderes sein. Daher müssen wir diese Probleme dort lösen.

Für die Heizung, für das Kanalnetz und für die Klassenräume im zweiten und dritten Stock sind für das Jahr 1979 8 Millionen Schilling vorgesehen.

II. Zentralberufsschulgebäude: Ich erinnere Sie, daß ich von diesem Platz aus 165 Millionen beantragt habe für den Neubau von 30 Klassen und eine Anzahl von Werkstätten. Für das nächste Jahr werden 12,6 Millionen Schilling präliminiert.

Das vierte Berufsschulgebäude — und jetzt sage ich ganz etwas Neues, ich hoffe, es ist neu. Ich bin sehr stolz. Ich habe immer gesagt, wir brauchen ein viertes Berufsschulgebäude. Ich kann davon bereits berichten, und zwar hat die Stadtverwaltung das Gebäude der ehemaligen Minerva, dieser großen Radiofirma, in der Zieglergasse-Apollogasse gekauft, und hier wird das vierte Berufsschulgebäude mit einem Aufwand zwischen 60 Millionen und 70 Millionen Schilling — ohne die Einrichtungen, ohne die Werkzeuge, Maschinen und all diese Dinge — gebaut werden für die Maschinenschlosser, Dreher, Werkzeugmacher, Mechaniker und Optiker.

Ich habe mich interessiert bei meinen Kollegen. Ich habe mit Freude vernommen, daß eine Lehrerarbeitsgemeinschaft dieser Berufssparten im Einvernehmen mit der Magistratsabteilung 56 und mit den Architekten sehr fleißig, sehr zielstrebig an diesem Projekt arbeitet.

Wir haben für die nächste Zeit fast eine Viertelmilliarde Schilling für diese beiden Großprojekte auf dem Sektor des Berufsschulwesens in dieser Stadt aufgebracht, das noch niemals so hoch dotiert gewesen ist.

4,4 Millionen Schilling sind im Jahr 1979 vorgesehen für den Maschinenpark, für Holz und für Metall, 2,1 Millionen Schilling für Möbel.

Wir haben die Textilfachschule aus der Hans-Mandl-Schule in die Siebeneichengasse transferiert, um Platzprobleme auszugleichen.

Aber da habe ich die Bitte an die Verwaltung, an die Techniker, man möge in dem dritten Berufsschulgebäude, in der Hans-Mandl-Schule, endlich die Jalousien, die dort so schlecht sind, daß sie den Lehrkräften und den Schülern im Sommer zu einer kostenlosen Sauna verhelfen, so einrichten, daß sie zeitgemäß sind. (GR. Uhl: Na sehn S') Na und? Wozu der Kommentar? Der Kommentar ist nutzlos gewesen!

Seit Jahren wurden, meine sehr geehrten Damen und Herren, im steigenden Maße — ich habe hier eine Zusammenfassung — Mittel aufgewendet. Im Jahr 1973 — ich nenne es jetzt ohne die Lehrergehälter, das wird ein bißchen das Bild verundeutlichen, und ich sage nur die runden Zahlen — waren es 54 Millionen, 1974 67 Millionen, 1975 87 Millionen, 1976 95 Millionen, 1977 110 Millionen. Für 1978 waren 118 Millionen und für 1979 sind 138 Millionen Schilling für die Berufsschulen präliminiert.

Ich sage also, meine sehr geehrten Damen und Herren: Die Stadtverwaltung hat mit den Steuergeldern etwas für die jungen Leute getan, und daher bitte ich Sie, mit solchen Pressionsartikeln nicht die Ausbildung zu sabotieren, sondern die Ausbildung

noch weiterhin zu verbessern, damit es in dieser Stadt nicht, so wie in der Bundesrepublik oder wie ich es in Frankreich gesehen habe, zu einer Jugendarbeitslosigkeit kommt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind auch interessiert, junge Leute aus dem Umland zu uns zu bekommen. Es ist bedauerlicherweise so, daß die jungen Leute in Familien, bei den Eltern nicht die entsprechende Aktivität haben, damit unser Nachwuchs so wird, wie wir ihn gerne hätten. Daher müssen wir uns bedauerlicherweise auch immer wieder etwas auffrischen mit jungen Leuten aus dem Umland. Hier wurden Wohnungen geschaffen, und zwar 982 Plätze in drei Jugendwohnheimen, wobei das in Ober-St. Veit noch weiterhin ausgebaut wird. Hier sind junge Arbeiter, Schüler, Lehrlinge, Facharbeiter, Krankenschwestern, Polizeischüler. Also es ist eine sehr bunte Gesellschaft. Es sind lehrgangsmäßige Berufsschüler drinnen und dergleichen mehr.

Um es Ihnen nur zu sagen: Das in der Hollergasse im 15. Bezirk, in Rudolfsheim, hat allein 64 Millionen Schilling gekostet.

Natürlich ist es erforderlich, Freizeiteinrichtungen daneben zu haben. Das ist bei uns besonders günstig, weil wir das „Haus der Begegnung“ in der Nähe haben. Hier ist also eine Volkshochschule, hier sind Sporteinrichtungen usw. untergebracht.

Wir haben nur ein bißchen ein Gwürgst — das sage ich auch hier ganz offen — mit Teilen der Bundesverwaltung. Der Herr Stadtrat Heller wird mir das bestätigen. Wir wollen den Auer-Welsbach-Park als Jugendspiel- und -sportplatz verbessern, er ist ja derzeit ein Jugendspiel- und -sportplatz, und da haben wir halt von manchen Herren des Ministeriums nicht gerade die beste Unterstützung.

Meine Damen und Herren! Wieder beschließen wir ein Budget. Ich habe Ihnen ein bißchen über die Ansätze des 4. Hauptstückes referiert, die zum Wohle unserer Jugend sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir müssen, glaube ich, alles daransetzen und uns alle anstrengen, jeder persönlich, durch unser Beispiel den Gefahren, die unseren jungen Leuten drohen, zu begegnen.

Ich möchte daher damit schließen, daß wir im Interesse unserer politischen, aber auch im Interesse unserer religiösen Stabilität und damit im Interesse unserer Demokratie alles daransetzen müssen, die kommenden Probleme, die nicht leicht sein werden, zu meistern.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke.

Als nächster Redner gelangt Herr Stadtrat Neusser zum Wort. Ich erteile es ihm.

Stadtrat **Neusser**: Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich heute morgen hierher ins Rathaus fuhr, ist an der berühmten Ochsenkreuzung ein Erlebnis für mich eingetreten, das ich sehr ernst,

überhaupt jetzt nach den Worten des Herrn GR. Gawlik, auffasse. Es ist um einen Vorrang gegangen im Individualverkehr. (GR. Gawlik: Was für eine Kreuzung?) Ochsenkreuzung. Die Zweierlinie mit der Kärntner Straße. Das ist eine Nebensache. Das ereignet sich leider Gottes, Herr Gawlik, nicht nur in Wien, sondern an jeder x-beliebigen Kreuzung in ganz Österreich. Es ist eine Aggressivität in der Bevölkerung, und deswegen habe ich Ihre Worte sehr ernst aufgefaßt.

Das Begebnis war also ganz kurz: Einer hat dem anderen den Vorrang genommen, und die sind dort ins Raufen gekommen. Die Aggressivität — und das hat mich so tief bewegt an Ihrem Beitrag, Herr Gawlik — ist tatsächlich so groß, daß man es mit keinem Scherzwort abtun kann, obwohl mir bei Ihren Sätzen eines eingefallen ist. Hoffmann hat mich darauf aufmerksam gemacht: Sektanten sind „in“, also sind Sektanten „In“sektanten, und demnach muß man sie behandeln. Das ist ein Scherzwort.

Aber es geht wirklich so tief, und die Aggressivität in den Menschen ist so groß, daß mich Ihre Rede wirklich tief bewegt hat. Und ich weiß, wie tief es Sie bewegt, Herr Gawlik. Und deswegen habe ich mich zu Wort gemeldet, um einige Ihrer Äußerungen wieder ins rechte Licht zu setzen.

Denn Sie haben auf eine angenommene Drohung — ich komme dann noch darauf zurück — des Präsidenten Dittrich mit einer Drohung geantwortet, und Sie haben von einigen Ihrer Fraktionskollegen Applaus bekommen. Sie haben gedroht: Also wenn ihr es nicht macht, dann machen wir es! Oder wenn Sie das tiefere Problem des ganzen Lehrlingswesens haben wollen: Wenn ihr sie nicht in der Meisterlehre ausbildet, dann machen wir es in den Werkstätten! Das ist doch der Kern. Das war sofort die Gegendrohung. (GR. Pöder: Das war doch keine Drohung, sondern eine Feststellung!)

Herr Präsident Pöder! Ich möchte jetzt wirklich einen ernsten Beitrag leisten, und ich möchte nicht polemisieren. Wir kämen ins Polemisieren, wenn ich auf Ihren Zwischenruf eingehen würde. Erlauben Sie, daß ich das jetzt ganz sachlich darstelle.

Zunächst möchte ich die angebliche Drohung des Präsidenten Dittrich ins rechte Licht setzen. Es ist aus dem Zusammenhang gerissen. Dieser Satz ist — ich gebe es zu — in unserer eigenen Zeitung gewesen, aber auch journalistisch aufbereitet. (GR. Gawlik hebt ein Blatt Papier in die Höhe). Wenn Sie aber dabeigewesen wären, Herr Gawlik, und ich war dabei, dann wüßten Sie, daß zunächst einmal vom Wirtschaftsklima gesprochen wurde und davon, daß dieses Klima gestört wird durch eine Abgabenbelastung, eben durch diese Kanalgebühr, die wir bei der vorigen Gemeinderatssitzung gemeinsam, alle drei Fraktionen, beschlossen haben. Ich glaube, die Freiheitlichen haben nicht mitgestimmt. Aber die zwei großen Parteien haben sie gemeinsam beschlossen.

Hier wurde vom Klima gesprochen, und hier ist dann der Präsident daraufgekommen — und das wiederhole ich jetzt auch hier —: Es gibt bei Ihnen, sagen wir, radikalere Typen, aber auch bei uns

radikalere Typen. Und so wie Sie sagen: Wir brauchen die Meisterlehre nicht — Herr Präsident Pöder —, wir machen das in Werkstätten!, so gibt es bei uns Radikale, die sagen: Laßt sie es in den Werkstätten machen, wir nehmen keine Lehrlinge auf! Von dem müssen wir ausgehen. (GR. Gawlik: Beides falsch!)

Und in der Verantwortung um diese Jugend — Sie haben gesagt, wir dürfen mit der Jugend nicht spielen —, die derzeit ganz besonders groß ist durch die geburtenstarken Jahrgänge, wie Sie betont haben, möchte ich folgendes sagen: Sie haben in Ihrer Rede den Vergleich angestellt zwischen 1963 und heute und haben darauf hingewiesen, welche Lawine da auf uns zugekommen ist, welche Probleme entstanden sind, nicht nur in den allgemeinbildenden Schulen, sondern auch in den Fachschulen und natürlich auch in den Berufsschulen. Und es ist das Problem aufgetreten: Wie bringen wir diese Jugendlichen von der Straße weg, wie beseitigen wir das Gespenst, das sie in Deutschland haben mit der Jugendarbeitslosigkeit? Hier sind gemeinsame Anstrengungen notwendig, meine Damen und Herren, um dieses Problem zu meistern. Und ich glaube, wir haben es gemeinsam gemeistert. Auf das dürfen wir stolz sein, und diese Leistung dürfen wir nicht durch — verzeihen Sie den Ausdruck — Sonntagsreden hier im Gemeinderat herabwürdigen.

Wir dürfen sie aber auch nicht verschärfen, Herr Gawlik. Und deswegen bitte ich Sie, daß Sie meine Erklärung akzeptieren, daß es keine Drohung des Kammerpräsidenten war, sondern nur, aus dem Zusammenhang gerissen und journalistisch aufbereitet, als Drohung klingt. Es war keine, sondern nur aus der Situation heraus ist das entstanden.

Wir sind so wie Sie bemüht, die Lehrlinge unterzubringen.

Und nun erlauben Sie noch einige Worte dazu, weil Sie einiges andere mit hineingebracht haben.

Sie sprachen vom Profitdenken. Glauben Sie wirklich, oder ist das Ihre Überzeugung, daß ein Lehrling einen Profit bringt? Glauben Sie das wirklich? Glauben Sie, daß Ihre Bestrebungen, dem Lehrling eine gute Bildung angedeihen zu lassen, nicht auch von uns unterstützt werden? Oder glauben Sie, daß Sie etwas Gutes tun, wenn Sie radikal sind oder wenn unsere Seite radikal ist? Ich deute zufällig dorthin, weil von dort ein Gegenruf gekommen ist. Auf beiden Seiten, sage ich noch einmal, sind solche Bestrebungen vorhanden.

Wir haben eine oberflächliche — das sage ich auch — Berechnung angestellt. Die Post selber, also ein Werkstättenbetrieb, gibt die Ausbildung eines Lehrlings mit rund 600.000 Schilling an. Also die drei Jahre, sagt die Post laut Zeitung, kosten die Post 600.000 Schilling.

Wir haben eine Durchschnittsberechnung beim Gewerbe — ich betone noch einmal: beim Gewerbe — angestellt. Wir kommen auch auf 500.000 Schilling, die der Lehrling mit der Entlohnung, mit dem Urlaub, mit der Freizeit und mit den Einrichtungen kostet.

Wenn ich jetzt annehme, Herr Gawlik, daß ein Lehrling 80 Prozent von diesen Kosten wieder hereinbringt — er wird im ersten Lehrjahr weniger hereinbringen oder vielleicht gar nichts, er wird im zweiten Jahr ein bißchen und im dritten Jahr annähernd an den Gesellen herankommen —, wenn ich also annehme, daß er zu 80 Prozent produktiv ist in diesen drei Jahren, so bleibt immer noch eine Milliarde Schilling übrig, die wir in die Lehrlinge hineinstecken — mit gutem Recht hineinstecken, denn es ist ja unser Nachwuchs. Von dem leben wir alle, das ist die Wirtschaft. Ich möchte jetzt kein Schlagwort wiederholen: Die Wirtschaft sind wir alle. Wir alle leben davon. Wir müssen ja produzieren, um leben zu können. Das hängt auch mit dem Klima zusammen, das wir geschaffen haben.

Also ein Profit ist es nicht und deswegen kann es auch kein Profitdenken sein, wenn ein Meister oder ein Unternehmen einen Lehrling aufnimmt. Das ist nur die Sorge um den Nachwuchs.

Sie haben richtig betont: Das Problem ist immer größer geworden. Und ich betone es noch einmal: Wir haben es in Wien geschafft.

Aber wenn ich ein bißchen polemisieren darf, so wie Sie es gemacht haben, Herr Gawlik, so möchte ich sagen: Sie hätten Ihre Vorwürfe an Ihren Herrn Sozialminister richten müssen. Denn Sie wissen ganz genau, meine Damen und Herren, daß aus Sorge wegen der Jugendarbeitslosigkeit eine Förderung aus den produktiven Arbeitsmarktförderungsmitteln für die einzelnen Länder aufgewendet wird. Und ich sage jetzt nur ihre Zahl: Wir haben 31.000 Lehrlinge in den Berufsschulen in drei Lehrgängen, und für diese 31.000 Lehrlinge hat der Herr Sozialminister für Wien 20 Förderungen — 20 Förderungen! — für das Jahr 1978 bereitgestellt. (GR. Pelzmayer: Für das Burgenland und für Vorarlberg hat der Minister mehr Förderungen gegeben!)

Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, an wen wir jetzt eine Protestadresse richten sollen: an den Wiener Kammerpräsidenten oder an Ihren Herrn Sozialminister! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich habe mich deswegen zu Wort gemeldet, meine Damen und Herren, weil dieses Problem viel zu ernst ist, um es in die Politik oder, wenn Sie wollen, in die Parteipolitik zu zerren. Ich möchte die Bitte an Sie alle aussprechen, denn Sie sind alle als gewählte Funktionäre und Mandatäre in diesem Land sehr mit Verantwortung für diese Jugend belastet: Polemisieren wir nicht, verpolitisierten wir nicht, sondern gehen wir gemeinsam an dieses Problem heran! (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Als nächste Rednerin gelangt Frau GR. Maria Hampel-Fuchs zum Wort. Ich erteile es ihr.

GR. Maria **Hampel-Fuchs**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die vorhin abgeführte Debatte hat schon gezeigt, wie eng dieses 4. Hauptstück, das 4. Kapitel des Budgets, mit Fragen der Gesellschaftspolitik und mit Fragen der Familienpolitik zu tun hat.

Nun müssen wir leider bei der ganzen Geschäftsgruppeneinteilung feststellen, daß es hier eigentlich immer nur partiell Möglichkeiten gibt, Fragen der Familienpolitik zur Sprache zu bringen. Aber ich glaube, besonders dieses Kapitel ist dazu geeignet, der Familienpolitik verstärktes Augenmerk zu schenken.

Ich möchte kurz einige markante Beispiele bringen, die nicht — und das möchte ich auch gleich von vornherein betonen — verdecken sollen, daß es eine Reihe positiver Ansätze und positiver Maßnahmen gibt, die aber doch zeigen, daß verschiedentlich viele Gefahren lauern, die es von Beginn an zu bekämpfen gilt und wo wir zusammen trachten sollten, eine vernünftige und gute Familienpolitik im Interesse aller zu erreichen.

Einerseits stimmt mich der Antrag einer SPÖ-Bezirksorganisation zum letzten Parteitag bedenklich, in dem sie der Befürchtung Ausdruck verliehen hat, daß durch verkürzte Schulzeiten die Kinder zu lange dem Einfluß der Eltern ausgesetzt werden. (VBgm. Gertrude Fröhlich-Sandner: Bitte was?) Brigittenau, Antrag Nr. 803. Die Sektion des Herrn Sekanina, falls Ihnen das nicht bekannt sein sollte! (Amtsf. Stadtrat Heller: Der Sekanina hat gar keine Sektion!)

Andererseits sind sogar gesetzliche Interessenvertretungen der Arbeitnehmer teilweise nicht bereit, ihren Bediensteten familienpolitisch entgegenzukommen. Konkret handelt es sich um die Vereinbarung individueller Arbeitszeiten, wo es darum ginge, einigen Arbeitnehmerinnen nur in der Form entgegenzukommen, daß sie eine Stunde später anfangen können, um ihre Kinder noch entsprechend zu versorgen bzw. eben dann eine Stunde später Schluß zu machen. Das verlangt vom Betrieb sicherlich organisatorisch eine Umstellung. Man ist aber dazu nicht bereit.

Ein zweiter Punkt, der vielleicht am wenigsten zu diesem Kapitel gehört — das muß ich zugeben —, zeigt aber auch die Einstellung verschiedener Institutionen. Da wird beispielsweise in der Werbung für einen Säuglingspflegekurs für die werdende Mutter als letzter Programmpunkt angegeben, daß ein Säuglingsheim besichtigt werden wird, um dort die Ergebnisse vernünftiger Ernährung zu besichtigen.

Ich glaube, es ist einfach zu wenig, nur das Ergebnis einer guten Ernährung festzustellen. Es wäre viel wichtiger, auch etwas über die gute Betreuung des Kleinkindes sowie über die Bedeutung der Beziehungspersonen usw. zu erfahren. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein weiterer Punkt. Der Wiener Gemeinderat hat bis jetzt alle Anträge der Österreichischen Volkspartei abgelehnt, an den Wiener Pflichtschulen das Modell Tagesheimschule als Schulversuch einzuführen. Das Unterrichtsministerium stellt in seinen Vorschlägen Ganztagschule und Tagesheimschule gleichwertig nebeneinander.

Wenn Kollege Gawlik vorhin gemeint hat, daß es in der Familienpolitik um Macht- und Klassenfragen geht, so möchte ich sagen, daß es vielmehr

um gesellschaftspolitische Fragen und um die Realisierung jenes Modells, das man selbst von der Gesellschaft hat, geht. Wir haben die Vorstellung, daß die Eltern von Schulkindern nach wie vor einen möglichst großen Einfluß auf ihre Kinder haben sollen. Das ist auch der Grund, weshalb wir so positiv für das Modell „Tagesheimschule“ eintreten. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein weiterer Grund liegt darin, daß wir in den Jugendorganisationen keine „Pflichtübung“ sehen, wie es GR. Gawlik hier erwähnt hat, sondern daß die Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit haben sollen, sich in ihrem Bekannten- und Freundeskreis frei zu organisieren. In der Ganztagschule ist das nicht möglich. Dort müssen sie mit den Kindern, die eben in diese Schule gehen, den ganzen Tag zusammen sein; sie können dort nicht ausbrechen. Deshalb ist es auch im Interesse aller freien Jugendorganisationen wichtig, welches Schulmodell letztlich hier zur Durchführung kommt. (GR. Gawlik: Wie ist das bei den Kalasantinern und Benediktinerinnen? Wie ist das dort?) Die dürfen auch ihre Jungschargruppen haben, Herr Kollege, so streng ist es auch wieder nicht.

Gerade bei dem Modell Tagesheimschule handelt es sich um jenes Modell, das Sie am meisten diskriminieren. Hier zeigt sich ganz eindeutig, wie ich glaube, Ihre gesellschaftspolitische Ausrichtung, und gerade der Antrag dieser einen Bezirksorganisation muß hier einige Bedeutung und Beachtung erhalten.

Die ÖVP geht davon aus, daß alle Familien jene Angebote und ergänzenden Einrichtungen bekommen sollen, die sie in ihrer konkreten Situation brauchen. Es gibt ja nicht nur ein Familienmodell, es gibt unterschiedliche Modelle. Wir meinen eben, daß alle die ihnen notwendige und entsprechende Förderung bekommen sollen. (Beifall bei der ÖVP.) Konkret bedeutet das für alle Kinder den freiwilligen Kindergartenbesuch als Ergänzung zur Familienerziehung, und für jene Eltern, die berufstätig sind, selbstverständlich den Kindergartenplatz, der ihnen ganztägig zur Verfügung steht, wenn sie es wollen.

Wir erwarten uns eine ausreichende Förderung des Modells der Tagesmütter und statt der vielen Heime eben eine verstärkte Förderung der Pflegeplätze und Pflegemütter. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Kindergarten ist eine familienergänzende und keine familienersetzende Einrichtung. Er konnte durch die Gruppenverkleinerung, die Gott sei Dank in den letzten Jahren möglich war — denn sowohl aufgrund der Kinderzahl als auch aufgrund von mehr Personal sind die Gruppen kleiner geworden —, noch mehr als vielleicht in früheren Zeiten zu einem wirklichen Bildungskindergarten ausgebaut werden.

Leider muß man jetzt auch feststellen, daß die Personalreserve, die in diesem Bereich groß ist, anscheinend nicht ausreicht, und zwar durch den Ausfall vieler Kindergärtnerinnen, vor allem des Alters wegen, weil viele in den Mutterschutz gehen und hier der Ausfall stärker ist als vielleicht in anderen Berufsgruppen. Ich möchte von dieser

Stelle aus vorschlagen, die Personalreserve bei den Kindergärtnerinnen anzuheben, noch dazu, wo es genügend ausgebildete Absolventinnen der Bildungsanstalten gibt und es überall große Mühe macht, diese Absolventinnen unterzubringen. Jetzt wäre die Chance, den beschrittenen Weg des Bildungskindergartens auch in der Richtung wirklich konsequent fortzusetzen.

Die Vorschulerziehung darf nicht isoliert gesehen werden. Sie geht von der Geburt praktisch bis zum Schuleintritt, und der Kindergarten und das Elternhaus spielen hier eine ganz entscheidende Rolle. Es gibt Versuche, in denen in den sogenannten Vorschulklassen, die der Schule angegliedert sind, auch schon schulreife oder sehr geschulte Fünfjährige aufgenommen und zu schulpflichtigen, aber noch nicht schulreifen Sechsjährigen gegeben werden. Ausländische Erfahrungen zeigen allerdings — nur in Österreich ist man vermutlich in der Auswertung noch nicht so weit, weil diese Versuche noch nicht so lange andauern —, daß der Kindergarten in der Altersstufe bis sechs Jahre, bis zum Eintritt der Schulpflicht, die bessere Förderung darstellt. Ich möchte mich ausdrücklich auch von dieser Stelle aus zu dieser Förderung bekennen und akzeptiere jene Ideen nicht, wo es darum ginge, schon Fünfjährige in diese Vorschulklassen aufzunehmen.

Familienpolitik ist ein umfassendes Prinzip, das in allen Geschäftsgruppen eine dominierende Rolle spielen sollte. Das beginnt beim Wohnbau, geht über Erholungs- und Grünflächen und über Verkehrsmöglichkeiten für und mit Kindern. Mütter mit einem Kinderwagen haben in Wien keine Chance — zum Beispiel am Karlsplatz —, von irgendeiner Ecke aus zu einer U-Bahn-Station zu kommen und mit dieser U-Bahn zu fahren. Sie können auch nur sehr schwer, wenn überhaupt, eine Stadtbahn erreichen, geschweige denn die Unterführungen am Ring oder sonstwo überqueren. (GR. Outolny: Das stimmt ja nicht!) Bitte, ich habe es probiert, ich lade Sie ein, Herr Gemeinderat, fahren Sie mit mir mit einem Kinderwagen durch die Stadt, Sie werden das dann erleben. (Allgemeine Heiterkeit.)

Dieses relativ kleine Problem zeigt, daß es in Wien für die Familie und für die Kinder noch viele ungelöste Probleme gibt und daß es dringend erforderlich wäre, hier ein Gremium zu schaffen, das ressortübergreifend Probleme der Familienpolitik berät, auch zu verschiedenen Fragen Stellung nimmt und eine Begutachtung abgibt.

Bürgermeister Gratz hat einen Antrag auf Schaffung eines landespolitischen Familienbeirates abgelehnt. Diese Ablehnung ist mir unerklärlich, und ich glaube, daß diese Forderung hier heute neuerlich erhoben werden muß. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Familien brauchen ein positives Klima, sie brauchen auch Möglichkeiten — und im Konkreten sind es ja meistens die Mütter, die mit ihren Kindern durch die Stadt ziehen —, um die Stadt entsprechend zu erleben und beleben zu können.

Investitionen dürfen nicht nur für familienersetzende und familienergänzende Maßnahmen zur Verfügung stehen, sondern die Familie und alle

ihre Glieder sollen in Subsidiarität ihren Aufgaben in einer familiengerechten und familienfreundlichen Umgebung nachgehen können. Daß es gerade in dieser Richtung im 4. Hauptstück keine erkennenswerten Ansätze in Richtung einer Verbesserung gibt, ist bedauerlich.

Ich hoffe, daß mein Plädoyer für eine umfassende Familienpolitik in Wien nicht auf taube Ohren stößt. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Lehner: Als nächster Redner gelangt Frau GR. Gertrude Stiehl zum Wort. Ich erteile es ihr.

GR. Gertrude Stiehl: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Hampel-Fuchs hat heute ihre erste Rede in diesem Hohen Hause gehalten, und man soll ihr zugute halten, daß sie noch nicht den notwendigen Informationsstand hat, den sie in einigen Jahren sicherlich aufholen und aufweisen wird. Es wäre sicherlich, vielleicht von Frau zu Frau, angemessen, wenn ich sage, nun, wir wollen das vergessen, was die Kollegin hier gesagt hat. (GR. Hahn: Na, na!) Nicht na, na, Herr Kollege. Es war zu verlockend, was die Kollegin gesagt hat, und ich vergesse es auch nicht, sondern ich habe die Absicht, darauf einzugehen. Sie brauchen sich also nicht zu alterieren. (GR. Hahn: Eine typische SPÖ-Überheblichkeit!) Na sicher, ganz bestimmt, Herr Kollege. Aber ich kann eines sagen: Es gab heute Äußerungen gerade aus Ihren Gremien da drüben, die gezeigt haben, daß Sie in dieser Hinsicht uns nur Vorbilder sein könnten.

Eines möchte ich nur als heiteren Moment hinstellen. Wenn die Kollegin meint, man wäre dazu eingeladen, das gute Ergebnis einer guten Ernährung im Babyalter zu besichtigen, dann muß ich sagen, ich weiß nicht, ob die Kollegin Kinder hat. Aber aus meiner Erfahrung ist das gute Ergebnis einer guten Ernährung im Babyalter eine wohlgefüllte Windel, und ich weiß nicht, ob man dazu eingeladen wird, das zu besichtigen.

Das zweite wäre die Lanze für die Tagesheimschule, die die Kollegin gebrochen hat. Nun, das wäre auch nicht notwendig gewesen. Denn, wie Sie alle wissen, gibt es in Wien genügend Tagesheimschulen, wo diese Schulform erprobt wird. Allerdings, das sei zugegeben, haben die Sozialisten andere Vorstellungen. Unserer Meinung nach ist es besser, Ganztagschulen zu führen, weil hier die Kinder mehr Möglichkeit haben, gefördert zu werden.

In diesem Sinne war auch der Antrag der Brigittenau zu verstehen, den die Kollegin hier nicht zitiert, sondern nur erwähnt hat. Mit dem Erwähnen ist es so eine Sache, noch dazu, wo anzunehmen ist, daß das Antragsheft eines Parteitages in einer sozialistischen Fraktion aufliegt. Ich bin hier in der Lage, genau zu zitieren. Sie gestatten mir, daß ich das tue, um hier etwas richtigzustellen. Dieser Antrag lautet:

Je kürzer die Schulzeit eines Tages, einer Woche ist, desto eher ist das Kind den Einflüssen seines Elternhauses ausgesetzt. (GR. Hahn: Genau das!) Ja, genau. Warten Sie ein bißchen. (Zwischenrufe)

bei der ÖVP.) Sehen Sie, wo soll die Frau Kollegin lernen, daß man beim Zitieren vorsichtig sein muß, wenn Sie nach einem Satz, der aus dem Zusammenhang gerissen ist, bereits Behauptungen aufstellen? (GR. Hahn: Der eine Satz allein genügt uns schon!) Ich habe gesagt, lassen Sie mich diesen Absatz zitieren. (GR. Hahn: Dieser eine Satz allein genügt uns schon!) Ein Satz allein genügt Ihnen. Bitte, Sie sind bescheiden. — Es geht aber weiter: Diese Beeinflussung durch das Elternhaus bewirkt bei Kindern aus den Mittel- und Oberschichten, daß sie durch den Umgang mit den gebildeten Eltern auch außerhalb der Schule erhebliche Wissenszuwächse erzielen, während Kinder aus Unterschichtenfamilien bzw. Schlüsselkinder nicht diese zusätzliche Ausbildung im Elternhaus genießen. — Nun, mit Wahrheiten müssen wir uns zufriedengeben. Eine Familie, die ihrem Kind zu Hause eine zusätzliche Förderung geben kann, wird diesem Kind eine bessere Chancenmöglichkeit bieten als eine Familie, die das nicht kann. Um das geht es. Dann sagen die Brigittenauer weiter: Es ist daher auch eine gesellschaftspolitische Forderung, möglichst die Ganztagschule einzuführen.

Sehen Sie, so schaut die Geschichte schon ganz anders aus. Ich kann mich gut erinnern, daß Sie selbst schon oft darauf hingewiesen haben und es in diesem Hause schon oft gesagt wurde, daß es eben notwendig ist, Kindern Chancengleichheit zu verschaffen. Wo das das Elternhaus aus verschiedenen Gründen nicht kann — und so etwas gibt es eben, wie Sie wissen —, soll und muß es die Schule machen können. Um das geht es und um nichts anderes. Daher hat die Kollegin leider Gottes, für uns in diesem Fall Gott sei Dank, hier nicht recht gehabt, sondern sie hat einen Satz in den Raum gestellt, der nichts oder etwas Falsches aussagt.

Meine Damen und Herren! Der Problemkreis Jugend in der Großstadt ist schon oft Mittelpunkt grundlegender Betrachtungen, Erhebungen und natürlich auch von Auseinandersetzungen gewesen. Wien weist sehr bemerkenswerte Aspekte im Hinblick auf seine Jugend auf. In keinem anderen Bundesland kann man früher in den Landtag gewählt werden. Einerseits hat Wien auch eine Sonderstellung, nämlich daß hier die Kinder zahlenmäßig zweifellos unterrepräsentiert sind. Derzeit gibt es in Wien, gemessen an seinen Einwohnern, nur 16 Prozent Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren. Daraus resultiert die Tatsache, daß in manchen Teilen unserer Stadt die Wiener gar nicht gewohnt sind, mit Kindern auszukommen. Andererseits liegt aber der Anteil der unter 14jährigen in den Stadtrandgebieten mit fast 20 Prozent über dem österreichischen Durchschnitt.

Die Erfahrungen zeigen, daß die Einstellung der Bevölkerung in kinderreichen Gebieten wesentlich kinderfreundlicher ist als dort, wo es wenige Kinder gibt. Es ist sogar erwiesen, daß es manchen Menschen lieber ist, den Autolärm zu hören, denn da können sie noch früher darüber hinweghören, als wenn spielende Kinder vor ihren Fenstern lärmen. Ob in Bezirken mit vielen oder wenigen Kindern, eine Tatsache ist gegeben: Der Kinder- und Jugend-

betreuung einer Stadt kommt große Bedeutung zu, und hier ist die Stadt Wien, das kann man wohl sagen, beispielgebend.

Die Einrichtungen und Aktionen für die Jugend dieser Stadt sind so zahlreich, daß es die gegebenen Möglichkeiten überschreitet, sie alle aufzuzählen. Allerdings ist es richtig, daß es auch in unserer Stadt junge Menschen gibt, die mit dem Gesetz in Konflikt kommen. Die Jugendkriminalität gibt es aber nicht nur in der Stadt, sondern selbstverständlich auch im ländlichen Bereich.

Man muß auch bedenken, daß groß aufgemachte Berichte über kriminelle Taten von einzelnen Kindern und Jugendlichen das Bild dieses Problems in der Öffentlichkeit stark verzerren. Auch statistische Zahlen müssen mit Vorsicht interpretiert werden, denn man muß eines bedenken: Die Zahlen werden von der Anzeigefreudigkeit der Bevölkerung, die gegenüber Jugendlichen weitaus höher liegt, gestaltet, und schließlich gibt es auch die verschiedensten statistischen Zählmethoden, die hier abfärben und das Bild beeinflussen. Es ist jedenfalls erwiesen, daß 80 Prozent der Delikte auf sogenannten Bereicherungen basieren und sich der Schaden in Grenzen hält.

Es liegt mir allerdings völlig fern, diese Probleme zu bagatellisieren. Es wurden von den zuständigen Stellen in Wien bereits Maßnahmen gesetzt. Im November dieses Jahres fand ein vom Jugendamt veranstaltetes Symposium über Ursachen und Auswirkungen der Kinderdelinquenz statt. Einerseits wurde das Thema von namhaften Experten behandelt, andererseits kamen auch Vertreter von Elternvereinen, Bezirksjugendämtern, Schulen, Polizei und Justiz zu Wort. Bei diesen Expertengesprächen kam es zu interessanten Ergebnissen. Es ergab sich einerseits, daß im Zeitraum 1971 bis 1976 bei den polizeilich registrierten Delikten von Kindern ein starker Rückgang, bei denen von Jugendlichen ein ungefähres Gleichbleiben zu verzeichnen ist, wenn man in Rechnung stellt, daß in diesem Zeitraum starke Geburtsjahrgänge nachgerückt sind. Nun, es ist nicht zu bestreiten: Wenn es mehr Kinder und mehr Jugendliche gibt, dann wird es eben auch mehr Delikte geben. Andererseits wurde auf die Gefährlichkeit der vielen Vulgärtheorien, mit denen immer wieder versucht wird, aus der Jugendkriminalität Kapital zu schlagen, hingewiesen.

Die Primitivformeln: Schulzeit — ein bestimmtes Wohngebiet, Schulzeit —, die Berufstätigkeit der Frau oder gar der Fortschritt, können durch nichts, aber schon durch gar nichts erhartet werden. Sie sind einfach falsch, denn hinter jedem straffälligen Kind oder Jugendlichen steht ein sehr komplexes persönlichkeitsbezogenes Problem.

Als eine der aussichtsreichsten Gegenmaßnahmen und Behandlungsmethoden wurde die Familientherapie besonders herausgestellt. Hier ist es von großer Bedeutung, darauf hinzuweisen, daß die Stadt Wien über genügend Einrichtungen verfügt, die Kindern und Eltern, die mit ihren Konflikten nicht mehr zurechtkommen, Hilfestellung anbieten.

Ich erinnere nur an die Informationszentren, kurz Infocenter genannt, die sich sehr gut bewährt haben. Hier können Schüler anonym Hilfe finden, sich aber auch mit ihren Eltern gemeinsam beraten lassen.

Weiters sind die Kinder- und jugendpsychologischen Beratungsstellen, die nunmehr seit zehn Jahren bestehen, zu einer nicht mehr wegzudenkenden Einrichtung geworden.

Die telephonische Erziehungsauskunft, die in diesem Jahr auf ein fünfjähriges Bestehen zurückblickt, wird ebenfalls laufend in Anspruch genommen.

Einen neuen Weg geht das Jugendamt mit sozialtherapeutischen Pflegestellen. Hier sollen geeignete Pflegeeltern jene Kinder aufnehmen, die bisher aufgrund ihrer Verhaltensschwierigkeiten beziehungsweise Behinderungen nur in Heimen betreut werden konnten. Für die über 5.000 Kinder und Jugendlichen, die sich in Pflege der Stadt Wien befinden, stehen im Voranschlag für das Jahr 1979 373,4 Millionen Schilling zur Verfügung. Leider ist die Einweisung in ein Heim manchmal der letzte Ausweg.

Für die Heime für Kinder und Jugendliche stieg der Gesamtaufwand von 361,6 Millionen Schilling auf 397 Millionen Schilling. Oberstes Ziel ist und bleibt aber, kein Kind aus seiner Familie zu entfernen, sondern die aufgetretenen Probleme nach Möglichkeit durch ambulante Betreuung zu lösen. Diesem Ziel dienen die Betreuungsstellen der Bezirksjugendämter, die immer mehr Schwergewicht erhalten und laufend ausgeweitet werden. So ist derzeit eine neue Außenstelle im Gebiet 21, Mitterhofergasse, projektiert. Sieben Sozialarbeiter werden dort zur Verfügung stehen. Die Beratung wird auch in den Abendstunden möglich sein.

Die meisten Angebote für ambulante Betreuung der Kinder schließen auch die Betreuung der Eltern mit ein. Immer mehr setzt sich die Erkenntnis durch, daß die Stadt Wien die Familien nicht kontrollieren und gängeln will, sondern daß echte partnerschaftliche Hilfe angeboten wird.

Immer mehr Eltern erkennen aber auch, daß man sich nicht nur auf seinen Beruf lernend vorbereiten muß, sondern daß auch die richtige Betreuung und Erziehung eines Kindes gelernt werden kann. Immer mehr Mütter und Väter wollen wissen, wie und was sie mit dem neuen Familienzuwachs tun sollen und wann und warum das geschehen soll. Das Jugendamt trägt auch diesem Bedürfnis Rechnung. Gestatten Sie, daß ich nur in Stichworten darauf eingehe.

Die Elterntrainingskurse finden immer mehr Zuspruch. Im laufenden Jahr wurde die 17. Elternschule eröffnet. Seit diesem Jahr versehen sieben Sozialarbeiterinnen Dienst in den Entbindungsheimen beziehungsweise Kinderspitälern. Dadurch ist es möglich, die sozialen Dienste der Stadt Wien bereits den Wöchnerinnen anzubieten.

Die Mutterberatungsstellen werden weiter ausgebaut. Im November nahm im Neubesiedlungs-

gebiet 21, Mitterhofergasse, wieder eine dieser stark frequentierten Einrichtungen ihren Betrieb auf.

Aber nicht nur Betreuungs- und Informationsstellen für die Eltern gibt es, es wird ihnen auch schriftliches Informationsmaterial geboten. So liegt jetzt bereits die Elternfibel II auf, die die Eltern auf die Bedeutung der Erziehung in der frühen Kindheit aufmerksam macht. Auch für Pflegeeltern gibt es Pflegeelternrunden, Fortbildungstreffen und einen regelmäßigen Pflegeelternbrief. Ein wahrhaft vielfältiges Angebot.

Kernpunkt der Kinder- und Elternarbeit ist und bleibt aber der Kindergarten, Frau Kollegin. Da haben Sie unzweifelhaft recht. Auf Rubrik 418, Kindertagesheime, erhöht sich der Gesamtaufwand von 732 Millionen Schilling auf 807,3 Millionen Schilling. Im laufenden Jahr wurden acht Kindertagesheime neu in Betrieb genommen und vierzig Gruppen eröffnet. Das entspricht gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung von 895 Plätzen. Das ist schon ganz beachtlich.

Der Wiener Bevölkerung stehen derzeit 253 Kindertagesheime zur Verfügung. Für sieben weitere ist im Budget Vorsorge getroffen. Das bedeutet, daß das Versprechen von Frau Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner, allen Kindern im Vorschulalter, also allen Fünfjährigen einen Platz in einem Kindergarten zu garantieren, nicht nur gehalten, sondern weit überboten worden ist. Es können bereits etwa 80 Prozent aller drei- bis sechsjährigen Kinder in öffentlichen oder privaten Kindergärten Aufnahme finden. Das bedeutet, daß nunmehr für vier von fünf Kindern Plätze zur Verfügung stehen. Damit liegt Wien in der Versorgung mit Kindergartenplätzen gegenüber allen anderen Bundesländern weit an der Spitze. (Beifall bei der SPÖ.) Ich freue mich sehr. Ich habe nämlich erwartet, daß nun ein Zwischenruf kommt. (GR. Hahn: Ist auch gekommen! In den Bundesländern kommen auch mehr Kinder auf die Welt! — Gegenruf bei der SPÖ: Das stimmt nicht! Sehen Sie sich die Bundesstatistik an!)

Ich betrachte es wirklich als einen schönen Erfolg für unser Land. Es ist für uns alle, meine Damen und Herren, ein Erfolg, daß es uns gelungen ist, unseren Kindern und den Familien zu helfen und für sie weitgehend zu sorgen. (Beifall bei der SPÖ.)

Auch für behinderte Kleinkinder wird weiter gesorgt. Im September dieses Jahres konnte ein Sonderkindergarten im 12. Bezirk, Endergasse 1, in Betrieb genommen werden. Hier wurde auch eine weitere sonderpädagogische Ambulanz eröffnet, in der behinderte Kinder und deren Eltern Rat und Hilfe finden.

In der ersten Hälfte des Jahres 1979 ist die Herausgabe einer Broschüre „Die Sonderkindergärten der Stadt Wien“ geplant. Sie soll einen umfassenden Einblick in die heilpädagogische Arbeit vermitteln und die Bedeutung der Früherkennung und Frühbehandlung von behinderten Kindern aufzeigen.

Meine Damen und Herren! Die Aufgaben der

Kindergärten haben sich gewandelt. Sie sind schon längst keine Kinderaufbewahrungsorte mehr, sie sind im wahrsten Sinne des Wortes zu Gärten geworden, wo den jungen Menschenpflänzchen, wenn man so sagen will, geholfen wird, zu gedeihen und zu wachsen, wo ihnen die größten Chancen zur Entwicklung geboten werden, wo ihre eventuellen Fehlentwicklungen frühzeitig erkannt und einer frühen Behandlung zugeführt werden können.

Immer mehr wird aber der Kindergarten auch eine Stätte der Begegnung für die Eltern. Als erstes Bundesland hat Wien die Mitbeteiligung der Eltern grundlegend geregelt und den Kindergärten regelmäßige Veranstaltungen von Elternabenden zur Pflicht gemacht. Der Kindergarten wird damit immer mehr zur Elternberatungsstätte.

Die Kindertagesheime werden auch weiterhin ein Schwerpunkt sozialistischer Kommunalpolitik sein. Jedem Kind seinen Kindergartenplatz! Dieses Ziel wird weiter konsequent verfolgt werden.

Aber nicht nur das Angebot von Kindergartenplätzen ist eine wesentliche Aufgabe im Sinne einer kinder- und familienfreundlichen Stadt. Auch das Freizeitangebot darf nicht fehlen. Die Möglichkeiten der sinnvollen Freizeitgestaltung sind in Wien sehr groß. Um meine Redezeit nicht ungebührlich zu überschreiten, auch hier nur im Telegrammstil:

Die Teilnehmerzahlen des Wiener Ferienspiels steigen jährlich. Das Programm wird immer umfangreicher. Heuer gab es bereits über 23 Stationen. Im Zusammenhang mit dem Wiener Ferienspiel möchte ich darauf hinweisen, daß es heuer das erste Mal eine Wiener Ferienspielzeitung gab, die auch sehr großen Beifall fand.

Neu ist das Wiener Kindertelefon. Es wird nicht nur von Kindern, sondern auch von Eltern rege in Anspruch genommen, und die Nummer sechs-dreifünf-drei-sechs-vier — diese Nummer merke dir! — hat in unsere Schulen, in unsere Kindergärten schon soweit Eingang gefunden, daß von April bis Oktober insgesamt 9.642 Anrufe gezählt wurden.

Neu eingeführt wurde heuer auch der Kinderbus, der die Kinder an Sonntagvormittagen durch die Stadt führt. Auch diese Aktion findet begeisterten Zuspruch. Wenn ich jetzt den Kinderbus erwähnt habe, möchte ich in Erinnerung an die Ausführungen der Frau Kollegin auch noch darauf hinweisen, daß man nicht vergessen soll, daß unsere Kinder an Sonn- und Feiertagen und in den Ferien auf den öffentlichen Verkehrsmitteln freie Fahrt haben. Das ist eine Dienstleistung, die nicht so leicht eine andere Großstadt aufzuweisen hat, und wir freuen uns, daß dadurch die Möglichkeiten für unsere Kinder größer werden.

Kind sein, jung sein in dieser Stadt hat eben seine Vorteile. Die Stadt Wien bietet eine bunte Palette von Bildungs-, Selbstverwirklichungs- und Freizeitmöglichkeiten. Die Sozialisten im Wiener Rathaus werden auch weiterhin kinder- und familienfreundliche Maßnahmen als wesentlichen Schwerpunkt ihrer Arbeit für diese Stadt ansehen und ihre ganze Kraft dafür einsetzen! (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Lehner: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Hofrat Bittner zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Bittner: Herr Vorsitzender! Herr Platzhalter! Meine Damen und Herren! Ich darf mich wie der Kollege Gawlik am Anfang meiner Ausführungen den Zahlen dieses Budgets zuwenden, weil doch eine Budgetberatung nicht ganz an den Zahlen vorbeigehen sollte.

Die Ansätze des 4. Hauptstückes sind, wie schon bemerkt wurde, steigend, um ungefähr 7 Prozent gegenüber 4,6 Prozent der allgemeinen Steigerung des Wiener Budgets, und sie machen ungefähr 12 Prozent des gesamten Wiener Budgets aus.

Von den sechs Magistratsabteilungen dieser Geschäftsgruppe sind drei besonders schwerlastig, sowohl was die Ausgaben wie auch was die Personalsituation betrifft. An erster Stelle steht die Magistratsabteilung 56 mit 59,4 Prozent der Ausgaben, dann kommt die Magistratsabteilung 11 mit 21,1 Prozent und an dritter Stelle die Magistratsabteilung 7 mit 11,8 Prozent.

Man darf aber nicht vergessen, daß in diesem Budget, wie Kollege Gawlik fairerweise schon erwähnt hat, auch eine sehr große Durchlauferpost zu verzeichnen ist, nämlich der Aufwand für die Lehrer des Pflichtschulwesens, der mit 2,5 Milliarden Schilling immerhin 42 Prozent des Gesamtaufwandes und 70 Prozent des Aufwandes der Magistratsabteilung 56, also der Schulverwaltung, darstellt.

Die 1.900 Bediensteten und Mitarbeiter dieser Geschäftsgruppe sind naturgemäß im wesentlichen ebenfalls in diesen drei Abteilungen beschäftigt, am meisten in der Magistratsabteilung 56, was allerdings mit dem Lehreraufwand nichts zu tun hat, denn es handelt sich hier ausschließlich um Bedienstete der Stadt Wien. Über 33 Prozent der Bediensteten arbeiten in der Magistratsabteilung 11 und über 17 Prozent in der Magistratsabteilung 7, so daß im Verhältnis dazu die übrigen Abteilungen Miniabteilungen sind, was aber bitte keine Wertung der Arbeit bedeutet. Wie es überhaupt sehr bedauerlich ist, daß man wegen der Kürze der Zeit nicht auf alle Aktivitäten, auf alle Tätigkeiten einer so großen Geschäftsgruppe eingehen kann. Noch mehr bedauere ich, daß es einem auch bei jahrzehntelanger Tätigkeit in diesem Haus nicht möglich ist, jemals wirklich zu allem etwas zu sagen, so daß manche Stiefkinder überhaupt nie bedacht werden. Ich möchte mich dafür entschuldigen. Es wird uns auch genommen, zu verschiedenem zu reden, weil man es uns weggenommen und woanders deponiert hat.

Ich muß mich vor allem bei der Magistratsabteilung 11 und ihren Beamten entschuldigen, daß ich heute aus Zeitmangel über sie gar nichts sagen kann. Ich werde dieses Versäumnis bei anderer Gelegenheit nachholen, gebe aber kein Versprechen ab, wann, damit man mich nicht vorzeitig beim Wort nehmen kann.

Ich möchte auch feststellen, daß die Österreichische Volkspartei, wie ich schon wiederholt ge-

sagt habe, natürlich bereit ist, die positiven Leistungen, die auf den verschiedensten Gebieten dieser Geschäftsgruppe geschehen, anzuerkennen. Trotzdem wissen wir, daß es in der politischen Auseinandersetzung auch gegensätzliche Auffassungen gibt und zum Teil wahrscheinlich immer geben wird.

Manche dieser Auffassungen sind schon sehr bekannt, ich muß sie aber trotzdem wiederholen. Eine dieser gegensätzlichen Auffassungen betrifft die Verwendung des Kulturschillings. Ich möchte aber gleich sagen, daß wir uns der Interpretation des Kollegen Bauer nicht anschließen, daß die Gelder anderweitig verwendet würden. Unsere Auffassung geht dahin, daß die im Gesetz vorgesehenen 25 Prozent eine Übergangserscheinung waren; wir haben uns damals dazu bekannt, daß ein Viertel der Ausgaben anderweitig verwendet werden können. Ich habe aber schon wiederholt gesagt, daß in der Zwischenzeit die Möglichkeit gegeben wäre, die gesamten oder fast die gesamten Gelder für die Altstadterhaltung auszugeben, so daß die Aufrechterhaltung des seinerzeit ausgehandelten Schlüssels für uns heute nicht mehr gerechtfertigt erscheint. Wir glauben nämlich, daß sich der Finanzreferent durch die Hereinnahme solcher Mittel nicht andere Mittel ersparen sollte.

In der Logik dieses unseres Denkens habe ich einen Abänderungsantrag einzubringen, daß die Mittel des Kulturschillings restlos für die Altstadt-erhaltung verwendet werden sollen.

Nun zur allgemeinen Förderungstätigkeit der Magistratsabteilung 7. Wir wissen natürlich genauso wie die Mehrheit des Hauses, daß die Begehrlichkeiten immer größer sind als die Möglichkeiten, denn das Ressort gibt es nicht, wo nicht immer mehr verlangt würde, als man ausgeben kann oder ausgeben sollte. Daher glauben wir, daß einer der Schwerpunkte in der Selektion liegen muß, wobei ich durchaus zugebe, daß diese Selektion sehr schwierig ist.

Wir haben uns in diesem Hause schon in früheren Jahren mit diesem Thema beschäftigt und dazu nicht nur Gedanken, sondern auch einen Antrag eingebracht, nämlich dahingehend, daß doch eine größere Transparenz sein möge, nach welchen Kriterien die einen Ansuchen positiv erledigt und andere nicht behandelt werden. Nicht ganz einsichtig ist auch die unterschiedliche Dauer der Erledigung eines Antrages. Ich möchte nicht historisch in Akten vergangener Jahre kramen, ich habe mir nur die Tagesordnung der letzten Sitzung des Kulturausschusses am 4. Dezember zur Hand genommen. Hier waren zwei Anträge, die finanziell von geringer Bedeutung sind, in einem Fall handelt es sich um 10.000 Schilling, im anderen um 30.000 Schilling. Der eine Antrag hatte aber eine Laufdauer von der Antragstellung des Bewerbers bis zur Erledigung durch den Ausschuß von 328 Tagen, also bald ein Jahr, während der zweite Antrag eine Laufzeit von zwölf Tagen gehabt hat. Ich glaube also, hier müßte man sich doch fragen: Warum? Ich möchte niemandem unterstellen, daß das gewollt war, aber die Frage nach dem Warum ist doch berechtigt.

Wir glauben auch, daß die Förderung der Wissenschaft und der Forschung diskutabel ist. Wir haben in dem Ausschuß beträchtliche Mittel, Millionen, weit über 10 Millionen zum Beispiel der Boltzmann-Gesellschaft gegeben, deren wissenschaftliche Tätigkeit in keiner Weise bestritten werden soll, die aber doch eine gewisse parteipolitische Punzierung hat, während wir auf der anderen Seite für die Hochschulstiftung nur insgesamt 4 Millionen zur Verfügung haben, nämlich den Zinsendienst der Stiftung aus dem Jahre 1965. Darum wurde ja gestern eingangs der Sitzung ein Antrag eingebracht, der eine Aufstockung dieser Mittel vorsieht, weil wir glauben, daß man doch auch die direkte Forschung der Hochschulen besser bedenken sollte und nicht nur über den Umweg über Gesellschaften.

Wir glauben auch, daß hier eine Relation hergestellt werden müßte, die der Hochschule gerecht wird. Ich glaube, daß primär die Hochschule die erste ordentliche Forschungsstätte der Wissenschaft ist und bleiben sollte. (Beifall bei der ÖVP.)

Daß es daneben natürlich nach privatwirtschaftlichem Recht und auf der Grundlage einer Vereinstätigkeit auch Forschungsstätten geben wird und geben soll, das möchte ich durchaus bejahen. Uns geht es aber vor allem um die Relationen.

Es wird natürlich der Magistratsabteilung 7 — ich muß sie ja auch einmal in Schutz nehmen — nicht immer leicht gemacht, Förderungen durchzuführen, wenn andere Abteilungen einen unendlich langen Aktenweg vorzeichnen. Wenn zum Beispiel ein Ansuchen des Schottenstiftes vom 9. März 1977 erst am 12. Februar 1978 von der Magistratsabteilung 25 zurückkommt, weil etwas darauf fehlt, meine Damen und Herren, dann muß man sich schon fragen, was denn dort eigentlich für Schlaf-räume sind, nämlich für die Akten, daß also ein Akt einen so langen Lauf hat, um dann festzustellen, daß etwas fehlt.

Zu Ehren der Magistratsabteilung 7 muß ich sagen: Der Akt ist innerhalb weniger Wochen wieder zurückgestellt worden — und ruht dort weiter, meine Damen und Herren. Ich glaube also, daß hier doch ein etwas beschleunigtes Verfahren möglich sein sollte, berechnete Wünsche zu erfüllen.

Ich freue mich auch, daß mir schriftlich mitgeteilt wurde, daß die Stadt Wien einer Förderung des kirchlichen Bibliothekswerkes nähertritt — ich habe diesen Wunsch und diese Forderung hier vor Jahren aufgestellt —, daß Wien dann als das letzte Bundesland etwas tut, was alle anderen Bundesländer längst durchführen.

Ich möchte nun den von mir schon zu Beginn dieser Debatte über diese Materie der Förderung angekündigten Beschlußantrag einbringen, der den Wunsch nach etwas wiederholt, was wir in der vergangenen Periode leider Gottes nicht erreichen konnten, nämlich eine größere Transparenz, eine größere Einsicht in die Vorgänge dessen, was wir fördern und was wir nicht fördern. Ich darf bitten, diesen Beschlußantrag der GRe. Bittner und Prochaska über die Vergabe der Förderung von Subventionsmitteln der Gemeinde Wien an die Aus-

schüsse für Personal und Sport, Inneres und Bürgerservice, Finanzen und Wirtschaft, Kultur, Jugend und Bildung sowie Gesundheit und Soziales, also an alle Ausschüsse, zuzuweisen, die Förderungsmittel geben.

Seit vielen Jahren, genau seit 1970, kann ich hier immer wieder zu einem gleichen Thema sprechen. Die Frau Vizebürgermeister lächelt, sie weiß schon, was kommt: „Bund nicht gut für Wien“, und zwar auf der Seite der Kultur.

Die dem Hause länger angehören wissen, daß wir seit 1970 eine Talfahrt der Förderungsmittel des Bundes bei den Wiener Symphonikern und den Wiener Festwochen haben — eine Talfahrt, die noch immer nicht gestoppt ist, und es läßt sich fast ausrechnen, wann sie wirklich am Talboden angelangt ist.

Meine Damen und Herren! Ich sehe wirklich nicht ein, warum der Bund bei einem Orchester wie den Wiener Symphonikern, das zwar ein Wiener Orchester ist, aber doch nicht nur für die Wiener da ist, das durch Rundfunkübertragungen für alle Österreicher Musik bringt, das das Hauptorchester bei den Festspielen in einem anderen Bundesland ist, nämlich bei den Bregenzer Festspielen, und das schließlich auch in anderen Bundesländern spielt, warum also der Bund hier seine Verpflichtungen nicht einhält. Er hat durch Jahre hindurch den Schlüssel 1 : 2 de facto anerkannt, ob es jetzt — Papier hin, Papier her — einen Vertrag gibt, den angeblich niemand findet, oder nicht.

Tatsache ist, daß seit 1970 dieser Schlüssel immer mehr zuungunsten Wiens geändert wird, während andere Länder — wir sind es anderen nicht neidig, meine Damen und Herren — durchaus eine bessere Förderung ihres Musikschaffens und auch ihrer Festspiele feststellen können. Wir haben nichts gegen die Förderung der Bregenzer, Salzburger oder Mörbischer Festspiele, aber wir als Wiener müßten uns, glaube ich, alle dafür einsetzen, daß auch die Wiener Festwochen entsprechend gefördert werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Beim Rechnungsabschluß im Juni dieses Jahres habe ich auf die triste Situation des Jugendtourismus in Wien hingewiesen. Da es inzwischen noch schlechter geworden ist, muß ich heute noch einmal dazu Stellung nehmen. (GR. Hahn: „SPÖ für die Jugend!“)

Meine Damen und Herren! Der Jugendtourismus hat in Wien einmal gute Zeiten gehabt. Es hat ein großes Bettenangebot der beiden Häuser Pötzleinsdorf und Hütteldorf gegeben, daneben private Institutionen, über 1.000 Betten standen den Jugendlichen zu günstigen Preisen zur Verfügung.

In den letzten Jahren ist das leider abhanden gekommen, möchte ich sagen. So ist die Qualität, der Standard dieser Häuser dadurch, daß seit vielen Jahren nichts Wesentliches geändert worden ist, abgesunken, und der Jugendtourismus in Wien ist um 30 Prozent zurückgegangen.

Meine Damen und Herren! Das muß uns doch alarmieren. Das sind doch die gut zahlenden Reisegäste von morgen, die wir heute nicht haben oder

die wir vertreiben. Aus meiner Tätigkeit im internationalen Verband weiß ich, daß man sich sehr viel beklagt über Wien, daß man hier eben nicht genügend qualitative Unterkünfte hat.

Ich glaube daher, daß sich die Stadt Wien jetzt einmal entscheiden mußte: Entweder sie ist in der Lage, selbst etwas auf die Beine zu stellen, was sicherlich sehr teuer sein wird, oder sie unterstützt die bestehenden Organisationen, aber nicht in einem Ausmaß wie jetzt, wo man symbolische Beträge gibt, mit denen man kaum zwei Betten schaffen kann im Jahr, sondern in einem ausreichenden Maße, einerseits durch eine Subvention und andererseits auch durch Zinsstützungen, denn diese Organisationen sind durchaus in der Lage, auch Fremdgelder aufzunehmen und sie wieder zurückzuzahlen, wenn man sie ihnen zu günstigen Bedingungen gibt. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich verweise auf die vorbildliche Unterstützung der Bundesländer Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Steiermark, die den Organisationen weit, weit mehr geben und selbst keine Sorgen mit den Häusern haben, denn diese Organisationen können es sich nämlich nicht leisten, daß sie ein Defizit von 2 Millionen oder gar 2,4 Millionen abdecken können.

Nun — und jetzt möchte ich auf das zurückkommen, was ich eingangs gesagt habe — ist die Situation noch schlechter geworden, denn das Haus Pötzleinsdorf wurde endgültig geschlossen, und damit sinkt das Bettenangebot in Wien einschließlich der privaten Organisationen, also des Jugendherbergswerkes und des Verbandes, auf 574 Betten. Meine Damen und Herren! Das liegt unter Kopenhagen, das bei Gott nicht eine so fremdenverkehrs-wichtige Stadt ist wie Wien und das ein Angebot von 990 Betten hat, das sinkt unter München, das eine große Konkurrenz für uns ist, mit 930 Betten, das sinkt unter Berlin mit 700 Betten. Sogar Hamburg hat 550 Betten, und ich weiß vom internationalen Jugendtourismus, daß Hamburg durchaus mit weniger Betten auskommen würde.

Also ich glaube, Wien kann es sich nicht leisten, seinen Bettenbestand innerhalb weniger Jahre nahezu zu halbieren. Ich glaube, es muß raschest gehandelt werden, damit wir hier nicht noch weiter ins Hintertreffen kommen.

Ich erlaube mir daher, einen Beschlußantrag einzubringen, dahin gehend, daß den beiden Jugendherbergsorganisationen für konkrete Bauvorhaben bzw. Adaptierungsarbeiten zur Verbesserung der Standardsituation einerseits Subventionen und andererseits auch eine Zinsstützung gegeben wird.

Andererseits möchte ich aber auch meinen, daß die Stadt selbst einmal sagen muß, ob sie nach dem langen Spiel, einmal drinnen im Budget, einmal wieder draußen, einmal im Finanzierungsplan, einmal wieder nicht, noch bereit ist, ein Jugendgästehaus zu errichten, und wenn ja, in welchem Zeitraum.

Vor drei Jahren wurde die Idee der Akademie der Preisträger geboren. Es war dann ein langer Streit um die Vaterschaft, um die Mutterschaft usw.,

wer da eigentlich der erste war. Das ist alles hin-fällig, denn seit die letzten Entwürfe hinausgegan-gen sind ist eine riesige Pause entstanden, und man könnte sagen: Wegen des großen Erfolges der Pause wird sie prolongiert.

Es ist also so, daß wir seit drei Jahren praktisch über Entwürfe nicht hinausgekommen sind, und wenn ich mich richtig erinnere, ich habe das nicht genau registriert, haben wir seit einem Jahr keinerlei Besprechungen mehr gehabt, um einen neuen Entwurf oder einen verbesserten Entwurf zur Kenntnis zu nehmen.

Zu der Wotruba-Angelegenheit möchte ich nur sagen: Hellseher wie Dkfm. Bauer haben alles schon vorausgesehen, auch den Tod des Wotruba anscheinend. Es ist natürlich eine lange Geschichte daraus geworden, weil der Tod des Künstlers die Situation eben wesentlich verändert hat. Wir bedauern es auch, daß wir noch immer keine endgültige Lösung haben. (GR. Dkfm. Bauer: Den Antrag haben Sie niedergestimmt!) Die Situation war damals eine andere. Vizebürgermeister Busek hat ja den Vor-schlag gemacht, das Atelier eventuell der Akademie der angewandten Kunst zur Verfügung zu stellen. Also es ist hier durchaus notwendig, zu einer end-gültigen Lösung zu kommen. Aber vorausschen, möchte ich sagen, konnte man diese Dinge vor vielen Jahren im Einzelfall, so wie das heute dargestellt wurde, wirklich nicht.

Ich möchte ein Lob auf die städtischen Büche-reien aussprechen, die trotz des ungünstigen Per-sonalstandes, meine Damen und Herren, und vor allem der ungünstigen Einstufung der Bibliothekare Enormes leisten. Die Bibliothekare sind Menschen, die ohne persönliches Engagement und ohne große Weiterbildung in ihrem Beruf vielleicht weniger bestehen könnten als die Angehörigen anderer Be-rufe. Wir können feststellen, daß unsere Bibliothe-kare auch solche Menschen der Weiterbildung sind.

Ich habe gestern erst anlässlich der Generalver-sammlung der Urania gehört, daß es eine muster-hafte Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Bibliotheken und dem Planetarium gibt, wodurch sich das Planetarium viele zehntausende Schilling zum Ankauf von Sachbüchern erspart, weil hier eben eine sehr gute Koordination gegeben ist. Man sollte nur wünschen, daß auch auf anderen Gebieten eine solche Koordination möglich ist.

In der letzten Woche waren die Schlußveranstaltungen des Schul-Festivals, und es gibt eine Reihe von Zeitungsberichten darüber, die einerseits sehr positiv sind, andererseits wieder kritische Bemerkungen machen.

Ich glaube, wir sollten es hier auf keine Polari-sierung ankommen lassen, nämlich Eigenproduktion und Reproduktion. Ich glaube, das sind nicht sehr glückliche Formulierungen. Natürlich, Eigenproduk-tion wird wahrscheinlich das adäquateste sein, was dem jungen Menschen entspricht, das Sich-selber-Spielen, daß sie das, was sie spielen wollen, er-finden.

Meine Damen und Herren! Ich möchte aber auch keine Abwertung der Reproduktion. Jede Auf-

führung eines Theaterstückes ist eine schöpferische Reproduktion, und jede Aufführung eines Musik-stückes ist eine schöpferische Reproduktion, die eigentlich auch nicht mehr wiederholbar ist, und darin besteht ja das Wesentliche des Schöpferischen, daß es ein einmaliger, unwiederholbarer Akt ist.

Ich glaube also, wir sollten uns nicht in eine Polarisierung hineindrängen lassen. Wir wollen so-wohl — als auch. Das möchte ich hier nur zu dem Jugendtheater-Festival sagen.

Die Erwachsenenbildung: Man hat Anfang der siebziger Jahre gesagt, es wird ein Jahrzehnt der Erwachsenenbildung. Ich habe gestern aus dem Munde des Verantwortlichen des Ministeriums ge-hört, daß diese Euphorie nicht berechtigt gewesen ist, daß leider Gottes kein Jahrzehnt der Erwach-senenbildung daraus geworden ist, sondern daß wir im Grunde genommen fast an der gleichen Stelle treten, wo wir am Beginn dieses Jahrzehnts gestanden sind. Denn die Gleichung ist nicht aufge-gangen: mehr Freizeit — mehr Wille zur Bildung. Meine Damen und Herren! Das ist eine Utopie ge-wesen, bedauerlicherweise eine Utopie, aber ein Faktum. Ich glaube, es bedarf noch viel größerer Anstrengungen, um die Menschen zur Weiterbil-dung zu bringen.

Vielleicht ist die Schule auch mitschuldig — ich sage das auch als Schulmann. Manche Leute haben von der Bildung für das ganze Leben genug, das darf man nicht vergessen. Mit dem Wort „Bildung“ verbinden sie das Wort „Schule“, von der Schule haben sie genug, und daher bilden sie sich nicht mehr.

Ich glaube, das müssen wir kritisch überdenken, damit wir die Leute nicht vertreiben. Es besteht nämlich an sich ein Mißverhältnis zwischen den Ausgaben für die Schulbildung und für die Erwach-senenbildung. Das muß man auch sagen.

Ich glaube, wir sind vielleicht in manchen Dingen zu schullastig, und die Schule ist ja doch nur ein Teil unseres Lebens. Die Fortbildung als Erwach-sener macht ein Mehrfaches, ein Vielfaches der Zeit der Schulbildung aus.

Wir müßten, meine ich, hier neue Wege finden. Jedenfalls kann ich leider nicht widersprechen, wenn gesagt wird, daß wir hier tatsächlich nicht wesentlich weitergekommen sind.

Fürchten Sie nicht, daß ich jetzt noch eine Schul-debatte beginne, aber doch einige Bemerkungen zu dem, was hier gesagt wurde.

Zur Tagesheimschule wird immer wieder be-hauptet, in Wien gibt es die Tagesheimschule. Meine Damen und Herren! Es gibt sie nicht im Sinne der Schulversuche, und wir reden ja von den Schul-versuchen. Im Sinne der Schulversuche gibt es sie deshalb nicht, weil in diese Schulen die Magistrats-abteilung 11 die Kinder einweist. Es ist ja nicht das Moment der Freiwilligkeit gegeben wie bei allen anderen Schulversuchen. (GR. Hanke: Natür-lich ist die Freiwilligkeit gegeben!)

Insofern möchte ich ersuchen, zur Kenntnis zu nehmen, daß es sich hier bei unserem Wunsch um einen Schulversuch im Sinne der einstimmigen Be-

schlüsse der Schulreformkommission handelt, meine Damen und Herren. Das wollen wir, diesen Schulversuch wollen wir genauso erprobt haben wie den Schulversuch der Ganztagschulen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir glauben, daß die Chancengleichheit nicht von einem einzigen Modell abhängen kann, sondern es gibt eben differenzierte Modelle, es müßte sie geben, und dafür treten wir ein. Und wir glauben, daß der Schwerpunkt unserer Bemühungen darin liegen muß — was die Familie betrifft —, der Familie zu helfen, in der Familie eine bessere Situation zu haben. Wir glauben nicht, daß der Schwerpunkt der Familienförderung außerhalb der Familie liegen kann, wo es darum geht, die Familie zu fördern, indem sie ihre Kinder lange Zeit außerhalb der Familie hat.

Nun, der Kollege Gawlik hat gesagt: Wir lassen uns von Fachleuten etwas sagen. Das war eine sehr erfreuliche Feststellung, die ich gerne zur Kenntnis nehme.

Weniger erfreulich war schon der nächste Satz, wo er gesagt hat, es muß Schluß sein mit dem elitären Schulsystem. — Nun, Kollege Gawlik, wer wird denn heute von einem Schulsystem ausgeschlossen? An welcher Schule wird denn jemand bei uns ausgeschlossen? Es gibt doch keine finanziellen Barrieren, es ist auch keine Systemfrage, ob ich da oder dort hingehe. (Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner: Eine Bildungsfrage!) Es gibt natürlich Hindernisse, die wissen wir, die liegen an der Herkunft, an dem Elternhaus. (GR. Gawlik: Manuell!) Aber die können wir doch nicht durch Maßnahmen der Organisation allein abbauen, meine Damen und Herren! Die Organisation spielt sicher eine entscheidende Rolle, eine wichtige Rolle, aber sie kann nicht allein diese Barrieren beseitigen.

Und ich würde sagen, zurückkommend auf den Eingangssatz: Kollege Gawlik, auch wir lassen uns von Fachleuten etwas sagen. Und wenn wir beide diesen Satz unterschreiben, dann wird man vielleicht zu einer Lösung kommen.

Es hat heute niemand — was mich gewundert hat — etwas zur künftigen Fünf-Tage-Schulwoche gesagt, worauf ich eigentlich gewartet habe. Und ich muß sagen: Ich glaube, daß das eine nicht so leicht zu lösende Angelegenheit ist. Ich habe einen Vorentwurf gelesen, und es wird da über einiges zu diskutieren sein.

Ich habe mich vor allem umgesehen in den anderen Bundesländern, wobei das Salzburger Modell sicherlich das weitestgehende ist, das bereits existiert. Es existieren ja nur drei Modelle: das eine präter und contra legem in Oberösterreich, das ist ja nur legalisiert worden durch das Bundesgesetz, die haben uns das ja wahrscheinlich überhaupt beschert, das zweite in Niederösterreich und das dritte eben in Salzburg. In Salzburg ist man eigentlich am tolerantesten gewesen und hat hier eine sehr weite Möglichkeit zur Entscheidung gelassen.

Mir fällt auf, daß alle Bundesländer, die sich bisher dazu geäußert haben — und außer dem Burgenland habe ich tatsächlich von allen Bundes-

ländern Äußerungen —, eine Zweidrittelmehrheit der Eltern verlangen. Man wird also sehr überlegen müssen, mit welcher Mehrheit man das macht.

Man wird vor allem auch darauf achten müssen, eine objektive Elterninformation zu geben. (GR. Gawlik: Aber nicht von den Lehrern, Kollege Bittner!) Nein, nein, da bin ich mit dir einer Meinung!

Ich mache darauf aufmerksam: Die Salzburger haben ein ausgezeichnetes Informationsblatt herausgebracht, das ich gerne zur Verfügung stelle, in dem Kontra und Pro leidenschaftslos nebeneinandergestellt sind und die Eltern sich selbst ein Bild machen sollen, wofür sie sich entscheiden.

Wir wissen ja, daß an sich kein pädagogischer Bedarf für eine Fünf-Tage-Woche vorhanden war, sondern daß es andere Gründe sind, die außerhalb der Schule liegen, meine Damen und Herren. Ich muß das nämlich zur Ehre der Lehrer sagen, damit man nicht glaubt, die Lehrer haben darauf gedrängt, die Fünf-Tage-Woche zu haben. Aber ich nehme zur Kenntnis, daß es eben natürlich Kräfte gibt in der Gesellschaft, an denen die Schule nicht vorbeigehen kann oder nicht vorbeigehen soll. Trotzdem aber muß man den Leuten, glaube ich, sagen, was das im Einzelfall für die Kinder bedeutet. Nicht für die Eltern, die wissen ja, was die Fünf-Tage-Woche ist, aber was das für die Kinder bedeutet.

Ich komme zum Schluß, möchte mir aber noch einige allgemeine Bemerkungen gestatten, nachdem das heute schon geschehen ist.

Kollege Braun — auf ihn möchte ich zuerst zurückkommen — hat gemeint, daß unser politischer Stil gewisse Bedenklichkeiten aufweist. Diese Ansicht teile ich nahezu hundertprozentig. Es scheint ein nicht endender Lernprozeß notwendig zu sein, und jedes Mitglied, das in eine öffentliche Körperschaft kommt — insbesondere auch in dieses Haus —, beginnt wieder beim Startpunkt Null. Das ist eigentlich nicht sehr erfreulich, muß ich sagen, daß man aus der Geschichte relativ wenig lernt. Man würde sich nichts vergeben, hier auch gewisse Erfahrungen mitzunehmen.

Gewiß liegt es in der Natur der Sache, daß eine Regierung, die Mehrheit immer ihre Sache verteidigt, sich loben läßt und auch sich selbst lobt, es liegt aber auch in der Natur der Minderheit, daß sie die Dinge kritisch betrachtet, daß sie nicht von der Lobsituation ausgeht, sondern von der Situation der kritischen Betrachtung der Dinge und — um mich sportlich auszudrücken — weniger in der Verteidigung, sondern immer mehr im Angriff sein muß. Das ist nun einmal die normale Form der politischen Auseinandersetzung. Es fällt natürlich niemandem etwas aus der Krone, wenn jemand, der in der Mehrheit ist, zugibt, daß das — kritisch betrachtet — eigentlich doch anders überlegt werden sollte, und es fällt auch niemandem etwas aus der Krone, wenn er in der Minderheit zugibt, daß das, was die Mehrheit gesagt hat, durchaus seinen Vorstellungen entspricht. Wir sollten uns aber eines nicht gefallen lassen, nämlich uns von den Massenmedien einen politischen Stil aufzwingen lassen. (Beifall bei der SPÖ.)

In den Massenmedien — so habe ich manchmal den Eindruck — ist der Normalfall in der politischen Auseinandersetzung der, daß Leute verschiedener politischer Meinung grundsätzlich nur streiten müssen, daß es überhaupt keine Basis gibt, wo man eine gemeinsame Ansicht haben kann, wenn auch verschiedene Zugänge zu einer gemeinsamen Ansicht. Der Dissens ist heute als der Normalfall modern, der Konsens wird verteufelt und gibt fast einen Betriebsunfall. Ich glaube, daß die Demokratie primär eine Sache des Konsens ist und der Dissens eine Sache, wo eben die Meinungen auf keinen Nenner zu bringen sind. Das kann aber nicht die Mehrzahl der Meinungen sein; hier kann es sich nur um verschiedene spezielle Probleme handeln.

In diesem Stil oder zumindest in der Propagierung dieses Stils liegt auch eine der wesentlichen Ursachen der politischen Abstinenz der jungen Generation, weil uns doch die jungen Menschen das nicht abkaufen. Ich halte das für eine Vertrauenskrise den politischen Parteien gegenüber, die heute bei den jungen Menschen vorhanden ist. Sie kaufen uns nicht ab, daß wir älter sind und mehr Erfahrungen haben und daß wir vielleicht — wie wir uns einbilden — mehr Autorität haben, sondern sie wollen überzeugt werden, und nur dann werden sie unsere politischen Ansichten und unsere politische Tätigkeit in einer Demokratie annehmen.

Wir müssen versuchen, im Interesse der Demokratie glaubwürdig zu sein. Wir können auch die Demokratie nicht auf Feindbildern aufbauen, wie das in einer Diktatur üblich ist, daß es auf der einen Seite nur Gute und dort Böse gibt, die einen alles wissen und die anderen nichts, die einen immer Recht haben und die anderen nie, dem einen alles einfällt und dem anderen überhaupt nichts. Das ist ein Zeichen der Schwäche. Jede Diktatur beruht auf einem so fertigen Feindbild, und sie muß dieses Feindbild sogar schaffen, wenn sie keinen wirklichen Feind hat. Wir sollten versuchen, die Dinge sachlich zu betrachten und nicht in dieser grundsätzlichen Auseinandersetzung eines Feindbildes.

Wenn wir alle den politischen Stil überdenken, dann werden wir einen wesentlichen Beitrag zur demokratischen Bildung in diesem Lande leisten. Und was sonst sollen wir tun, als daß wir auch die künftige Generation dafür gewinnen, das fortzusetzen, wofür wir ein Leben lang gekämpft haben. Danke. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. **Lehner:** Als nächster Redner gelangt Herr GR. Wiesinger zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. **Wiesinger:** Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Lassen Sie mich mit einem Zitat beginnen:

„Die Bewahrung der reichen kulturellen Werte der Vergangenheit mit dem Ziel, sie mit den kulturellen Leistungen der Gegenwart zu verbinden, ist der Ausgangspunkt jeder Kulturpolitik in einer solch traditionsreichen Stadt wie Wien. Besonders wird sich jedoch die Kulturpolitik in den nächsten

Jahren darauf konzentrieren, die Möglichkeiten neuer Kulturformen im bildnerischen, im musikalischen, im literarischen oder darstellenden Bereich zu ermuntern und zu fördern. Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, daß Kulturleben nicht erstarren darf, daß Experimente der Nährboden für geistige Flexibilität sind.“

Mit diesen grundsätzlichen Feststellungen beginnt der 9. Abschnitt des Arbeitsprogrammes der Wiener Sozialisten für die Arbeitsperiode 1978 bis 1983, und der Herr Bürgermeister hat dazu in seiner Antrittsrede am 13. November dieses Jahres ergänzend angemerkt:

„Wir werden unsere prinzipielle Haltung fortsetzen, im kulturellen Bereich auf keinen Fall zu steuern und zu lenken, zu reglementieren und als Geschmacksrichter aufzutreten. Unsere Aufgabe ist es, zu fördern und zu helfen, damit sich auch in diesem Bereich der Pluralismus unserer Gesellschaft weiter entfalten kann und damit das Schöpferische die nötige materielle Basis findet.“

Und ähnlich drückte auch Frau Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner als zuständiger Stadtrat ihre grundsätzliche Haltung zur Kulturpolitik in dieser Stadt aus:

„Kulturelle Teilnahme kann und soll in Wien jedoch nicht verordnet werden. Unser Streben muß es sein, das Verlangen, das Interesse der Gesamtheit an diesen Fragen zu steigern und gemeinsam zu helfen, die Distanz zwischen Kunst und Gesellschaft zu überwinden. Mängel im Bereich der Kunstförderung zu beseitigen und Aufgabenfelder neuer Aktionen — auch die Provokation — mit besonderer Aufmerksamkeit zu behandeln.“

Meine Damen und Herren! Nach diesen drei Zitaten scheint es mir angebracht, zunächst einmal von der Sicht meiner Fraktion aus festzustellen, daß wir sehr wohl glauben, daß die eben zitierten programmatischen Grundsätze mit den Ansätzen zu dieser Geschäftsgruppe übereinstimmen und daß sie ein erster Schritt sind auf dem Weg zur Erfüllung des Programmes der Wiener.

Herr Kollege Bittner und auch Herr Kollege Gawlik haben bereits mit Zahlen eine Einschau in den Umfang der Geschäftsgruppe Kultur, Jugend und Bildung gegeben. Lassen Sie mich diese paar Zahlen ein wenig ergänzen. Herr Kollege Bittner hat richtig angeführt, daß der Geschäftsgruppenanteil am Gesamtbudget auf rund 12 Prozent gesteigert wurde. Ich möchte hinzufügen, daß es sich dabei um eine Steigerung von einem halben Prozent handelt. Im Rahmen eines 50-Milliarden-Budgets ohne Zweifel eine sichtbare und auch spürbare Steigerung. Ich möchte ergänzen, daß die Ansätze im Kulturbereich um 5,28 Prozent gestiegen sind, im Jugendbereich um 8,51 Prozent und im Bildungsbereich um 7,67 Prozent. Herr Kollege Bittner hat die prozentuellen Anteile am Gesamtbudget der Geschäftsgruppe dargestellt.

Darf ich aus dem Bereich der Kultur noch eine besondere Steigerung erwähnen — sie ist auch heute schon lobend festgestellt worden —: Die An-

sätze für die Büchereien haben immerhin um 12 Prozent zugenommen.

Im Bereich der Jugendförderung sind es die Kindertagesheime, die eine Steigerung von mehr als 10,3 Prozent erfahren haben. Im Bereich der Bildung ist bei den Berufsschulen eine Steigerung von 15,5 Prozent eingetreten und bei den Fachschulen ebenfalls eine solche Steigerung von 15,5 Prozent.

Die Magistratsabteilung 7 wird im kommenden Geschäftsjahr mit einem Betrag von rund 725 Millionen Schilling rechnen dürfen und damit ihre Ansätze um 5,66 Prozent steigern. 375 Millionen von diesem Betrag sind der Förderung von Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zugewiesen. Mit diesem Teil möchte ich mich nun etwas ausführlicher beschäftigen. Es ist das die Förderungspost 401/32.

Von diesen 375 Millionen werden 362 Millionen in die reine Förderung gehen, drei Millionen sind für Subventionen gedacht, also offenbar ein Termin, den die Finanzverwaltung für bestimmte Förderungen ausgelegt hat, und neun Millionen werden in das Institut für Stadtforschung gehen. Von den 362 Millionen werden die Wiener Symphoniker 50 Millionen erhalten. In den Verband Wiener Volksbildung werden 25 Millionen gehen.

An dieser Stelle gestatten Sie mir ein Wort zur Erwachsenenbildung in Wien zu sagen. Es ist richtig, daß die Wünsche und die Hoffnungen, die Erwachsenenbildner hatten, zu Beginn der siebziger Jahre nicht aufgegangen sind. Nach den großartigen Konferenzen in Montreal und in Tokyo meinten wir, es sei auf diesem Gebiet ein Aufbruch. Es hat sich aber herausgestellt, nicht nur in Österreich, sondern in allen europäischen Ländern, daß dies eine Wunschvorstellung war, die nicht realisiert wurde. Was aber die Leistungen der Stadt anlangt, müssen wir doch anerkennen, daß die Stadt Wien in den vergangenen Jahren etwa eine halbe Milliarde in den Bau von Häusern der Begegnung und sonstigen Einrichtungen für die Erwachsenenbildung investiert hat, und daß die finanziellen Leistungen der Stadt für die Erwachsenenbildung, gemessen an dem, was der Bund gibt, groß sind. Das ist nicht nur eine Zahl, die aus der jüngeren Zeit stammt, denn der Bund hat auch früher nicht besser gefördert. Wir stehen heute bei einem Förderungsverhältnis zwischen der Stadt Wien und dem Bund von 1 : 15. Ich brauche dazu keinen besonderen Kommentar mehr abzugeben. Alle Erwachsenenbildungseinrichtungen im ganzen Land, ganz unabhängig von ihrem Naheverhältnis zu politischen Parteien, beklagen diesen Zustand und meinen, daß die Bundesunterstützung bedeutend größer werden müßte.

Der Hauptanteil der Förderungsmaßnahmen des Kulturamtes, nämlich rund 170 Millionen Schilling, wird auf die Wiener Theater fallen. 87 Millionen Schilling wird der Theaterdirektorenverband mit den ihm angeschlossenen Theatern bekommen. Das Theater an der Wien wird 67 Millionen brauchen. 15 Millionen werden Mittel- und Kleinbühnen gegeben. Mit diesem Anteil wird dem Volkstheater, dem Theater in der Josefstadt, dem Raimundtheater,

dem Kammeroper, dem Theater der Jugend, dem Theater an der Wien und allen Mittel- und Kleinbühnen geholfen. Es geht hier nicht nur um die Existenzsicherung dieser Einrichtungen, sondern ich glaube, daß damit auch eine reiche Entfaltung des Wiener Theaterlebens vom konventionellen Bühnenstück bis zum Experiment möglich sein wird.

Das Theater an der Wien wird zudem noch rund 18 Millionen Schilling als eine erste Rate für ein großangelegtes Generalrenovierungsprogramm bekommen, das auf etwa 35 Millionen Schilling geschätzt wird.

Es werden in diesem großen Posten von 362 Millionen Schilling für die kulturelle Jugendbetreuung 48 Millionen aufgeboden und für eine Reihe größerer Vorhaben 28 Millionen.

Lassen Sie mich nun noch im Detail zu ein paar dieser Förderungseinrichtungen einige Anmerkungen machen. Es wurde vom Herrn Kollegen Bittner beklagt, daß der Bund in mancherlei Weise seinen Verpflichtungen gegenüber der Stadt nicht nachkommt und kulturelle Einrichtungen nicht entsprechend fördert.

Bei den Wiener Symphonikern zeigt sich ein Lichtstrahl am Horizont. Der Bund ist heuer bereit, um 30 Prozent mehr zu geben als im vergangenen Jahr. Das werden etwa 2,5 Millionen sein. Ich möchte aber doch in Übereinstimmung mit dem Kollegen Bittner feststellen, daß das noch immer viel zu wenig ist, wenn man sieht, daß die Stadt 50 Millionen gibt und daß das Verhältnis einmal 1 : 2 war. Es war in der Vergangenheit 1 : 7 bis 1 : 8 und wird durch den neuen Beitrag des Bundes auf 1 : 5 zurückgeschraubt. Was wir uns wünschen, ist die alte Förderung, und wir werden nicht müde werden — (zu GR. Bittner gewandt: Auch Du hast mit dazu beigetragen) —, diese Forderung immer wieder aufs neue zu erheben.

Die Wiener Symphoniker werden im kommenden Jahr eine Österreichreise durchführen. Sie werden das im Jänner tun. Sie werden im März in Rumänien sein, sie werden im Sommer wieder in Bregenz spielen und wollen im Oktober zum Gustav Mahler-Fest nach Düsseldorf, um damit Sendboten unserer Stadt zu sein. Im Jahre 1980 werden die Wiener Symphoniker 80 Jahre alt werden. Sie haben sich für dieses Jahr eine große Europareise vorgenommen. Ich bin mir dessen sicher, sie werden die Stadt um erhebliche Zuschüsse für diese Fahrt bitten.

Die kulturelle Jugendbetreuung, die vom Verein Wiener Jugendkreis und vom Verein Wiener Jugendzentren in Wien geführt wird, wird im nächsten Jahr vier neue Jugendzentren zu den 21 bestehenden hinzufügen, und zwar im 11., im 12., im 16. und im 23. Bezirk.

Das Ferienspiel, von dem heute schon einmal die Rede war, soll zu einem Ganzjahresprogramm ausgebaut werden. In Zusammenarbeit mit der Schweiz und der Bundesrepublik soll eine Internationalisierung dieses Gedankens durchgeführt werden, und auch mit einigen österreichischen Städten wird eine Verbindung aufgenommen werden.

Wir wollen auch versuchen, die nicht ganz leichte Arbeit der Klärung und der Konsolidierung der Kommunikationszentren Arena und Amerlinghaus fortzuführen. Wir wünschen, daß wir dabei erfolgreich sind.

Von den vielerlei Aktivitäten, die aus diesem Budget möglich sind, möchte ich auch auf die Filmproduktion hinweisen. Es wird ein Film entstehen „50 Jahre Reinhard-Seminar“, ein Film über das Wiener Porzellan, und es wird ein historischer Film über die Pest in Wien und über die Spuren, die diese Zeit in Wien hinterlassen hat, gemacht werden. Im Bereich der Literaturförderung soll es zwei Autorenseminare über Konrad Bayer und Ilse Aichinger geben. Es wird erstmals eine Woche der Literatur in Wien unter dem Motto „Das Kind und das Buch“ durchgeführt werden, und zwar im Zusammenhang mit dem Jahr des Kindes.

Das 16. Europagespräch wird unter dem Motto „Politik und Jugend“ stehen, und das 8. Jugendmusikfestival wird diesmal nicht an den Beginn des Sommers, sondern etwa in die Mitte hineingestellt werden und mit der Eröffnung der UNO-City zusammenfallen, um die internationale Bedeutung besonders stark hervorzuheben.

Im Museum des 20. Jahrhunderts werden wir zu Beginn des nächsten Jahres eine große Ausstellung des Bildhauers Alberto Giacometti haben, die zusammen mit der schweizerischen Stadt Chur durchgeführt wird. Es wird in Wien das erste Mal im Künstlerhaus eine freie Kunstaussstellung für jedermann geben.

Im Bereich der Musik ist die Gründung eines Vereins „Wiener Meisterkurse“, die nunmehr in die fünfte Sommerveranstaltung gehen, geplant. Es sollen die Sommerveranstaltungen ausgeweitet werden, vor allem mit der Einführung einer Kirchenoper, aber auch mit der Forcierung von Chorwerken in Kirchen. Schließlich ist ein Sommerfest in Schönbrunn in Planung. Wir wollen auch einen Symphonikertag in einem Schloß in Wien und in einem Schloß in Niederösterreich in die Wege leiten.

Zur Frage der Wissenschaftsförderung: Es ist geplant einen weiteren Band der Wiener Ringstraße zu unterstützen. Wir haben Otto König gewonnen, eine Ausstellung in der Sezession über Kulturethnologie zu machen. Es werden weitere Ausstellungen im nächsten Jahr stattfinden, etwa im Wirtschaftsmuseum „Wien nach dem Fall der Basteien“ und eine Ausstellung „Hofmannsthal und Reinhardt“.

Meine Damen und Herren! Ich könnte noch einiges über die Erwachsenenbildung sagen, über die Arbeiten des Konservatoriums der Stadt Wien und der Musikschulen, über die Arbeit der Modeschule, über die Arbeit der städtischen Büchereien und der Landesbildstelle. Sie alle passen sich in den von mir skizzierten Rahmen ein und werden so wie die anderen Abteilungen und Referate in kleinen Schritten versuchen, neue Wege zu gehen.

Noch ein Wort zur Altstadtterhaltung. Wir haben im nächsten Jahr große Projekte vor. Das Palais Ferstl mit dem Café Central soll revitalisiert wer-

den. Wir wollen aber auch einige Otto-Wagner-Stadtbahnstationen wieder auf Glanz bringen, und wir sind dabei, die Zahl der Schutzzonen zu erhöhen, um so die alte Substanz besser bewahren zu können.

Meine Damen und Herren! Die Wiener Festwochen werden im nächsten Jahr vom 15. Mai bis 24. Juni dauern. Sie werden inhaltlich den Anschluß an die vergangenen Festwochen finden. Es soll die Zeit von 1848 bis 1918 behandelt werden. Dazu soll es noch folgende Schwerpunkte geben: Theater im Zelt und ein Kindertheaterfestival, das fahrende Podium soll weitere Höfe in den Bezirken der Stadt erschließen und aktivieren. Die Vorbereitungen für die Festwochen sind weit gediehen. Das Konzertprogramm ist der Konzerthausgesellschaft übertragen. Es steht bereits jetzt fest, daß die Ungarische Nationalphilharmonie kommen wird, daß die Slowenische Philharmonie Laibach ihr Kommen zugesagt hat und daß neben der Dresdner Staatskapelle auch die Tschechische Philharmonie in Wien sein wird und so der Zeitraum von 1848 bis 1918, also jener Zeitraum, in dem die Monarchie zu Ende gegangen ist, doch beredten Ausdruck findet.

Noch ein paar Anmerkungen zum Fremdenverkehr. Herr Kollege Schneider hat schon auf das System der vollautomatisierten Hotelreservierung hingewiesen, das ab 5. Jänner in Kraft tritt und in Zusammenarbeit mit der Wiener Handelskammer zustandegekommen ist. Überhaupt muß ich an dieser Stelle sagen, daß die Zusammenarbeit mit der Kammer ganz ausgezeichnet ist. In der Kommission gibt es kaum ernsthafte Schwierigkeiten, auch wenn manches Mal die Debatten etwas härter geführt werden müssen.

In der gesamtösterreichischen Werbung wird der Städtetourismus im nächsten Jahr etwas besser vertreten sein. Wir wollen mit dieser Maßnahme versuchen, den leichten Rückgang aufzuholen, der besonders durch das Zurückgehen des amerikanischen Tourismus entstanden ist, der jedoch im letzten Augenblick ausgeglichen wurde, und ihm ein wenig mehr in der Konkurrenzsituation gegenüber anderen Städten bestehen zu helfen.

1979 wird ohne Zweifel auch ein gutes Kongreßjahr werden, wie wir jetzt schon voraussehen können. Es sind Auslandsveranstaltungen in Paris und in Moskau geplant, es wird vor allem eine Aktion stattfinden, von der wir hoffen, daß sie die Verbindung der Bundeshauptstadt mit den Bundesländern etwas deutlicher macht. In 25 österreichischen Städten wird eine mobile Ausstellung zu sehen sein. Sie wird mit anderen Veranstaltungen verbunden. Es ist eine Ausstellung, die in Zusammenarbeit mit der Handelskammer und der Wiener Arbeiterkammer durchgeführt wird und die die Stadt Wien, das Land Wien in 25 österreichischen Städten präsentieren soll.

Ein Wort zum Jugendtourismus. Freund Bittner, ich darf Dir mitteilen, daß die Verhandlungen zum Ankauf eines geeigneten Objektes so gut wie abgeschlossen sind. Im 20. Bezirk wird ein altes Kloster aufgekauft, und in diesem soll eine moderne Beherbergungsstätte eingebaut werden, so daß wir

hoffen können, daß der Jugendtourismus wieder jenen Rang zurückgewinnt, den er in dieser Stadt schon einmal gehabt hat.

Noch eine Anmerkung zu den Ausführungen des Kollegen Schneider. Er hat gemeint, man müßte dem Wiener Verkehrsverein in diesem öffentlichen Forum vorhalten, daß er stark verschuldet ist oder in eine Schuldenpolitik hineingeraten ist. Ich möchte dem Wiener Gemeinderat mitteilen, daß die Sache doch ein wenig anders aussieht. Der Wiener Verkehrsverein hat niemandem gegenüber Schulden, es sei denn, Sie meinen jene Beträge, für die er der Stadt haftet. Wie sind aber diese Beträge zustande gekommen? Als der Wiener Verkehrsverein vor einigen Jahren im Zuge der guten Saison im Fremdenverkehr Gewinne abgeworfen hat, war es für die Stadt eine Selbstverständlichkeit, daß man die bisher frei zur Verfügung gestellten Objekte in allen Bereichen des Fremdenverkehrs nunmehr mit einer Beteiligung belastet hat. Kaum war diese Beteiligung, die der Vorstand beschlossen hat, in einem Vertrag geregelt, hat sich der Fremdenverkehr nicht in die gewünschte Richtung entwickelt. Das wissen auch jene Mitglieder der Österreichischen Volkspartei, die in diesem Vorstand sitzen. So ist es gekommen, daß man von Mal zu Mal diese Beträge der Stadt nicht bezahlt hat. Man hat um Stundung gebeten, und die Stundung ist gewährt worden. Dazu kommt noch, daß in kaum einem anderen Unternehmen für die Einrichtung der Küche der Mensa eine Rücklage im Neuanschaffungswert getätigt werden mußte. Auch das hat fiktive Schulden — Schulden auf dem Papier — geschaffen.

Der Wiener Verkehrsverein hat bisher niemals auch nur einen einzigen Groschen Subvention bekommen, obwohl viele Stellen objektiv festgestellt haben, daß man etwa die Jugendgästehäuser, so wie wir sie führen, einfach nicht gewinnbringend oder wenigstens ausgleichend führen kann. Auch das Studentenheim war keine Einrichtung, die Gewinne abgeworfen hat. Wenn man dies von der Seite aus betrachtet, wird die Schuldenlast, die der Wiener Verkehrsverein hat, ein wenig verständlich. (StR. Dr. Goller: Die schlechte Beratung führte dazu!) Herr Dr. Goller, ich möchte Ihnen raten: Gehen Sie einmal in den Vorstand, hören Sie dort zu oder lesen Sie die Berichte; dann werden Sie zu einer anderen Auffassung kommen. (Weiterer Zwischenruf des StR. Dr. Goller.) Sie können sich von Ihrer Partei dort hineindelegieren lassen. Es ist eben leichter, hier zu kritisieren, als dort mitzuarbeiten.

Meine Damen und Herren! Es bleibt keine Zeit mehr, über das Archiv der Stadt, über die Stadtbibliothek und über die städtischen Museen zu berichten. Aber auch die Arbeiten dieser Stellen fügen sich in den eingangs zitierten Rahmen ein.

Ich komme nun zum Schluß. Aus meinem Beitrag ist zu erkennen, daß die von mir zitierten Ansätze in sehr starkem Maß Impulse für das Kulturleben unserer Stadt geben werden.

Meine Damen und Herren! Kultur muß nach unserer Auffassung alle schöpferischen Äußerungen des Menschen umfassen — vom Alltagsverhalten bis zu den Spitzenleistungen in Wissenschaft und

Kunst. Die Ansätze dieses Budgets sind eine sichere Garantie dafür, daß dieser Grundsatz sozialdemokratischer Kulturpolitik zum Tragen kommt. Wir streben eben eine Kultur an, an der alle Menschen nach ihren Neigungen und Fähigkeiten voll teilnehmen können. Wir streben eine Kultur an, die den Menschen in allen Lebensphasen die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung gewährt.

Mit anderen Worten: Die Demokratisierung des Zugangs zur Kultur und Bildung ist nach wie vor unser oberstes Anliegen. Das Budget für 1979 ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Erreichung dieses Ziels.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich allen Mitarbeitern den herzlichen Dank für ihr Engagement aussprechen. Kulturarbeit ist ohne Engagement nicht denkbar.

Meine Fraktion wird den Ansätzen gerne die Zustimmung geben.

Im Sinne der heute schon zweimal geäußerten Meinungen — einmal durch den Herrn StR. Neusser und einmal durch den Kollegen Bittner — lassen Sie mich noch eine kleine Bemerkung machen. Ich habe vor mir eine im Jahre 1975 geschriebene Artikelserie, die damals von dem Journalisten Jörg Mauthe unter dem Titel „Was ist los mit Wien“ verfaßt wurde. Im fünften Teil dieser Artikelserie stellt er die Frage: „Geht die Stadt vor die Hunde?“, und er zählt ein paar Kriterien auf, die es nach seiner Meinung möglich machen. Dann sucht er Schuldige dafür. Alles durchaus legitim. An einer Stelle aber meint er — und das ist der Anlaß, warum ich hier darauf eingehe, und ich möchte Herrn StR. Dr. Mauthe bitten, sich wenigstens zu überlegen, ob er seinen Standpunkt nicht ein wenig revidieren kann —, nachdem er eine Reihe von Schuldigen gefunden hat: Schuld ist das Kulturstadamt der Stadt Wien, das bis zum heutigen Tag nicht einmal ahnt, was ein ordentliches Management mit der immer noch vorhandenen enormen Kultursubstanz Wien anfangen könnte. — Ich glaube, daß alle Sprecher der Opposition, sowohl Kollege Bauer als auch Kollege Bittner, die Tätigkeit des Kulturstadtes nicht in einer so deutlichen abwertenden Weise gesehen haben. Ich würde den Herrn Kollegen Mauthe bitten, daß er überlegt, ob diese Formulierung nach den Ansätzen und nach dem, was heute referiert und berichtet wurde, noch zu halten ist. — Danke schön. (Beifall bei der SPÖ. — StR. Dr. Goller: Schauen wir, was beim Wiener Verkehrsverein herauskommt!)

Vorsitzender GR. Lehner: Als nächster Redner gelangt Frau Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner zum Wort. Ich erteile es ihr.

Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ein herzliches Dankeschön allen Debattenrednern für ihr Interesse an unserer gemeinsamen Arbeit.

Ich bin sehr froh darüber, daß man bei der Diskussion über diese Geschäftsgruppe und über Kultur nicht nur über Subventionspolitik und auch nicht nur über Kunst gesprochen hat, denn Kultur

reicht ja tief in die Lebenswirklichkeit hinein und bestimmt ihr Maß und das Niveau des menschlichen Verhaltens. Wohlbefinden und Geborgenheit hängen nicht nur vom Materiellen ab, sondern nachhaltig von den geistig-kulturellen Werten und Verhaltensweisen. Überschätzen von materiellen Werten und Unterschätzen der Bedeutung menschlichen Denkens, der Gesinnung, des Gefühls, des moralischen Wollens gefährden das Gleichgewicht in einer humanen, demokratischen Ordnung. Daher wurde der Schwerpunkt unserer Kulturpolitik auch im Hinblick auf Subventionen auf das Schaffen optimaler Bedingungen für die Entwicklung kulturellen Lebens gelegt.

Die in der Reihe der „Wiener Schriften“ erschienene Zusammenfassung der Kulturarbeit für Wien 1965 bis 1977 — ich habe mir erlaubt, jedem Mitglied des Gemeinderates ein Exemplar zu übersenden — zieht nicht nur Bilanz, gibt nicht nur Rechenschaft und Information, sondern ist anschaulicher Beweis dieses Bemühens um mehr Lebensqualität für die Menschen unserer Stadt. Ich wiederhole bewußt: Das Bemühen um mehr Chancen für den einzelnen Bürger und keine, wie ich es gerade in den letzten Wochen so oft gehört habe, keine wie immer geartete Zwangsbeglückung. Gegen Zwang, meine Damen und Herren, gegen Unfreiheit haben die Sozialisten seit Beginn ihrer Bewegung mit all ihrer Leidenschaftlichkeit angekämpft. (Beifall bei der SPÖ.) Sie werden auch heute immer und überall gegen Zwang auftreten. Ich weise daher mit Nachdruck diese Art der Kritik von Leistungen, zu denen man wie immer auch stehen mag, auf das schärfste zurück.

Natürlich wird Kulturpolitik immer Kritik anziehen. Sie spielt sich ja für die Öffentlichkeit und vor aller Öffentlichkeit ab, und schon im Sachsen-Spiegel heißt es: Wer arbeitet an der Gassen, muß sich das Dreinreden gefallen lassen.

Mir sind Anregungen, Vorschläge und Verbesserungen durchaus und immer willkommen, vorausgesetzt, sie wollen der Allgemeinheit dienen und nicht dem eigenen Image — darunter verstehe ich auch das Parteiimage —, sie wollen bessere Möglichkeiten aufschließen und nicht nur das Tor zur politischen Karriere, sie wollen neue Wege suchen und nicht nur neue Wortspiele und neue Gags.

Meine Damen und Herren! Wer durch Wien geht, wird mit Freude feststellen, daß es uns gelungen ist, wertvolle Bausubstanz, Ensembles zu restaurieren, ganze Ortskerne zu revitalisieren, und viele Fassaden unserer Wiener Häuser erstrahlen in neuem Glanz. Ein Zeichen, daß uns ein echter Durchbruch auf dem Gebiet der Altstadt-erhaltung gelungen ist und unsere bauliche Vergangenheit wirklich Zukunft besitzt. Und doch wollen wir bei aller Wertschätzung des wertvollen Übernommenen und des wertvollen Überkommenen nicht vergessen, daß das Ansehen unserer Stadt nicht ausschließlich auf den Leistungen der Vergangenheit begründet ist, wie es bei so manchen glorifizierenden Vergangenheitsbetrachtungen des öfteren behauptet wird.

Es ist unserer Stadt gelungen, zur international

anerkannten Stadt der Verständigung, zu einer beliebten Kongreßstadt — mit dankenswerter Hilfe der Wiener Fremdenverkehrswirtschaft — zu werden und umfassenden Anschluß an die kulturellen und politischen Ströme der Welt — natürlich in veränderter Form — wiederherzustellen, die einander in Wien immer wieder überschneiden und befruchtet haben.

Das Musiktheater, die Musikpflege stehen nach wie vor auf hohem Niveau, das literarische Schaffen ist weit über die Grenzen Österreichs hinaus bekannt, Wissenschaft und Forschung international anerkannt, und das Theaterleben ist auch heute von hoher Qualität, überdurchschnittlich entwickelt. In den letzten Jahren konnten wir die Bühnen baulich sanieren und vor allem neue Theater gründen, neue Theater mit insgesamt 1.500 Sitzplätzen. Während in Graz nach Beschluß der Österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei die Subventionierung für die Grazer Bühnen reduziert wird, können wir für das kommende Jahr eine Ausweitung, eine Anhebung der Subventionsmittel verzeichnen.

Diese positive Entwicklung findet leider oder selbstverständlich oder natürlich, ganz wie Sie glauben, daß man es sagen sollte, nur geringen Niederschlag in den Medien. Man beschäftigt sich nicht mit diesen interessanten neuen Theatern, nein, man spricht über das Theatersterben von vorgestern oder, genauer gesagt, vor 25 Jahren und bedauert das Problem rund um das Ronacher-Gebäude. Auch ich bedaure dies, auch ich bin darüber nicht froh, ich konnte allerdings im Einvernehmen mit dem Bürgermeister dieser Stadt, mit dem Finanzstadtrat und dem Finanzminister die Zusicherung von Hilfe geben.

In der Polemik rund um das Ronacher-Gebäude wird gerne auf die Leistungen anderer Städte in dieser Sparte hingewiesen. Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, doch einmal feststellen: Wien braucht wirklich keinen Vergleich mit anderen Städten der Welt zu scheuen. Mehr noch: Es gibt keine Stadt der Welt mit ähnlichen Größenverhältnissen wie Wien, die eine so dichte kulturelle Infrastruktur aufweist wie Wien, und über ein so vielfältiges Theaterangebot verfügt.

Das vorliegende Budget ermöglicht eine reiche Vielfalt kultureller Angebote, von Aktionen und Aktivitäten, von Förderungen experimenteller Art und von Förderung von Initiativen, und das alles, meine Damen und Herren, um die Anteilnahme von immer mehr Menschen am Kulturleben zu erreichen.

Ich bin sehr froh darüber, daß sowohl die Österreichische Volkspartei in ihrem Kulturprogramm als auch die Freiheitliche Partei dieser Aussage ihre Zustimmung gegeben haben. Sie ist der erste Punkt des Wiener Kulturprogrammes, das der Wiener Gemeinderat 1966 zustimmend zur Kenntnis genommen hat.

Ich stimme mit Herrn GR. Bauer durchaus überein. Auch wir sind der Ansicht, daß man vom Freizeitvertreiben zum Freizeiterleben kommen muß

und daß die Öffnungszeiten der öffentlichen Einrichtungen einer Änderung unterzogen werden müssen. Es gibt schon Verhandlungen darüber, und den ersten Schritt auf diesem neuen Weg werden Sie in einigen Wochen im Gemeinderat erfahren. Wir sind noch nicht so weit, daher möchte ich mich hier nicht näher darüber auslassen.

Die Bezirksmuseen haben in den letzten Jahren einen interessanten Weg vom Raritätenkabinett zum Darbieten der Bezirksgeschichte durchgemacht. Es arbeiten hier viele freiwillige, engagierte Mitarbeiter in engstem Zusammenhang mit dem Museum unserer Stadt. Ich glaube, wir sollten in diesem Bereich noch ein wenig Geduld haben, denn gerade das Präsentieren der überschaubaren Gemeinschaft hat in unserer Stadt große Bedeutung.

Nun zum Fragenkomplex Wotruba-Atelier. Sie wissen, meine Damen und Herren, daß die Witwe des Künstlers nicht die Zustimmung gegeben hat, dieses Atelier als Museum für Wotruba zu gestalten. Ich habe vor einigen Tagen ein Gespräch mit dem Rektor der Hochschule für angewandte Kunst geführt, mit Rektor Spalt, und ihm die Zusicherung gegeben, daß, wenn alle Verhandlungen mit der Witwe des Künstlers abgeführt sind, dieses Atelier der Hochschule für angewandte Kunst zur Verfügung gestellt wird.

Zu den Ausführungen des Herrn GR. Schneider fällt mir natürlich die Beantwortung dieses Fragenkomplexes bezüglich Steuerpolitik und Fremdenverkehr nicht leicht, denn ich verschweige nicht, daß ich ja ständig Nachhilfeunterricht in diesen Belangen daheim erhalte. (Heiterkeit.) Herr Stadtrat Mayr hat mir versprochen, diese Beantwortung zu übernehmen.

Meine Damen und Herren! Im Hinblick auf das Öffnen der kulturellen Möglichkeiten und auf den Zugang zum kulturellen Erleben müßten wir vielleicht den Kulturbegriff ein wenig von seinem Podest herunterholen. Denn Kultur beginnt ja nicht erst dort, wo Subventionen zur Aufrechterhaltung des Betriebes in hohem Maße erforderlich sind, sondern beginnt beim persönlichen Lebensstil und besonders dort, wo die Freude an der Eigentätigkeit, am Selbstgeschaffenen im Spiel ist und die Freude am Schönen erfahren werden kann. Mit anderen Worten: Nicht Besitz, sondern Bildung, Bildung zur Menschlichkeit, muß zum neuen Wertmaßstab werden. Eine solche Umwertung ist sicher nicht leicht zu erreichen und bedarf des Zusammenwirkens aller und des unermüdlichen Bemühens aller um mehr Bildung.

Und dieses Bemühen um Bildung ist in Wien tatsächlich jahrzehntelang Tradition. Es beginnt bei unseren Elternschulen und schließt Kindergarten, Schule und Erwachsenenbildung mit ein, und neue Kindergärten und neue Schulen, auch im Stadtinneren im Zuge unserer Stadterneuerung, und konsequentes Fortführen unserer Schulversuche sind auch im Budget 1979 vorgesehen.

Die Erfolge unserer Schulversuchsarbeit lassen sich, meine Damen und Herren, nicht mehr wegdiskutieren, und auch in den Reihen der Österreichischen Volkspartei setzt sich durch — langsam,

aber immerhin —, daß die Entwicklung der österreichischen Schulversuche Gewähr für eine kontinuierliche und notwendige Reformtätigkeit bietet.

Und nun zu einer Sache, meine Damen und Herren, die die Frau Kollegin hier angeschnitten hat: Die Vorschulklassen in Wien sind nicht für Kinder gedacht, die fünf bis sechs Jahre alt sind, sie sind für Kinder gedacht, die noch nicht die Reife zum Schulbesuch aufweisen, die wohl sechsjährig sind, aber zurückgestellt werden müssen und dort ihre Vorbereitung auf das Schulleben erfahren.

Ich bin auch der Auffassung, genauso wie Sie, Frau Kollegin, daß familienergänzende und familienersetzende Einrichtungen für eine erfolgreiche Familienpolitik sicher zu wenig wären. Ich bin aber der Meinung, daß unser Wohnbau, unsere Kindergärten, unsere Schulen, die sicheren Arbeitsplätze, das Recht auf Hilfe, die Sicherung unserer Erholungslandschaft und die weiten kulturellen Angebote ein deutliches Zeichen einer erfolgreichen Familienpolitik in Wien darstellen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte noch eines in diesem Zusammenhang sagen: Unsere Kindergärten und unsere Schulen, ganz gleich, ob Sie Tagesheimschulen meinen, Ganztagschulen oder Gesamtschulen, sind keine Fabriken des neuen Kindes, wo energisch experimentiert wird, wie es in einer der Österreichischen Volkspartei nahestehenden Zeitung zu lesen war. Sie sind auch keine Gefahr für die Familie, sondern Bildungsstätten im Dienste der heranwachsenden Generationen und im Dienste unserer Familien.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich herzlich dankeschön sagen allen Mitarbeitern dieser Geschäftsgruppe, und ich bitte herzlich um Entschuldigung, daß ihr Wirken und ihre Arbeitsleistung nicht genauer hier diskutiert werden konnte. Unsere Aufgaben sind zu umfangreich, zu vielschichtig. Sie zählen aber sicher zu den schönsten und faszinierendsten und sind wohl wert, daß wir ihnen mit all unserem Optimismus, mit unserer Einsatzbereitschaft dienen. Und deshalb ein herzliches Dankeschön.

Ich möchte auch danke sagen den Mitgliedern unseres Ausschusses. Wir haben es immer wieder verstanden, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen.

In diesem Bereich möchte ich besonders die Leistungen von Frau GR. Fohler und von Frau GR. Danzinger hier erwähnen, die leider nicht mehr in unserer Gemeinschaft sind.

Ich danke auch Ihnen, meine Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit, bitte weiter um Aufmerksamkeit für die wichtige Arbeit des Kulturlebens in unserer Stadt und darf Sie nochmals herzlich bitten, den Ansätzen Ihre Zustimmung zu geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Zum 4. Hauptstück liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen zur Beratung des 5. Hauptstückes: Gesundheit und Soziales.

Zum Wort gemeldet ist Herr GR. Dr. Hirnschall. Ich erteile es ihm.

GR. Dr. Hirschnall: Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte, bevor ich mich mit den Problemteilen dieses Kapitels beschäftige, auch einmal die positiven Aspekte hervorheben, die zweifellos vorhanden sind und auch zu sehen sind.

Da ist zunächst einmal die deutliche Anhebung der Aufwendungen für den Heimhilfedienst von 201 Millionen Schilling auf 270 Millionen Schilling — eine Maßnahme, die in diesem Haus immer wieder verlangt worden ist, weil dadurch in vielen Fällen ein Anstaltsaufenthalt vermieden werden kann, die pflegebedürftigen Menschen in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können und letztlich wesentlich höhere Anstaltskosten eingespart werden können.

Ein weiterer positiver Schwerpunkt in der Altenbetreuung dieses Budgetkapitels ist der um 40 Prozent erhöhte Budgetansatz für die Ausfallhaftung für die Pensionistenheime, in dem sich der weitere Ausbau dieser Einrichtung, aber gleichzeitig auch der vermehrte Zuschußbedarf für einkommensschwächere Pensionäre widerspiegelt. Das sind Fortschritte, die man ohne weiteres anerkennen soll.

Kritischer muß man die Situation im Bereich der Spitäler sehen. Da ist zunächst das Problem des Krankenhauses Ost, das wirklich allmählich zu einem Ärgernis wird. Der Sachverhalt ist hier schon sehr oft abgehandelt worden, und er ist auch gestern Gegenstand der Generaldebatte gewesen. Obwohl schon 1964 vom damaligen Bürgermeister Jonas der baldige Baubeginn angekündigt worden ist, obwohl vor vielen Jahren mit Niederösterreich eine Kostenbeteiligung für ein Kontingent von 200 Betten vereinbart wurde, ist der Baubeginn für dieses wichtige Schwerpunkt Krankenhaus seither immer wieder hinausgeschoben worden.

Auch im vorliegenden Budget sind, wie schon sechzehnmal vorher, lediglich Planungskosten eingesetzt, und aus dem Finanz- und Investitionsplan kann man entnehmen, daß sich daran bis zum Jahre 1983 nichts ändern wird, weil — wie in den Erläuternden Bemerkungen zum Finanz- und Investitionsplan steht — auch für notwendige und neue Investitionen keine Mittel mehr vorhanden sind.

Nun hat der Herr Stadtrat Stacher des öfteren bei der Besprechung der ungeklärten Situation des Krankenhauses Ost die Verzögerung damit zu erklären versucht, daß eben stufenweise vorgegangen wird, wie er sagt, daß heuer zunächst die Krankenpflegeschule eröffnet wurde, daß nächstes Jahr das Personalwohnhaus folgt, daß dann 1981 das Pflegeheim übergeben werden wird und daß eben dann erst mit dem eigentlichen Spitalsbau begonnen werden kann.

Diese zeitliche Abstimmung mag bezüglich der drei ersten Stufen: Schule, Wohnhaus und Pflegeheim, noch gegeben sein. Bezüglich des Spitalbaues kann man von einer Koordinierung sicher nicht mehr reden. Es wird vielmehr so sein, daß die im Sozialzentrum Ost ausgebildeten und dort auch wohnhaften Schwestern für viele Jahre in Spitäler diesseits der Donau zur Arbeit fahren werden.

Das ist aber wahrscheinlich noch das geringere Problem gegenüber der Tatsache, daß es für eine Viertelmillion Wiener jenseits der Donau im gleichen Zeitraum keine ausreichende Spitalsversorgung geben wird.

Was inzwischen alles möglich ist, hat ja der Fall im heurigen Sommer gezeigt, wo ein verletztes vierjähriges Kind mit der Rettung in einer Irrfahrt quer durch Wien vom Rennbahnweg bis zum Wilhelminenspital gefahren werden mußte.

Ich glaube, es wäre auch eine kollegiale Pflicht, wenn die sozialistischen Gemeinderäte im Gesundheitsausschuß, an der Spitze der Kollege Dinhof natürlich, ihren niederösterreichischen Parteifreunden endlich reinen Wein über den vorläufigen Bau-stopp beim Krankenhaus Ost einschenken würden.

Ich habe in der „AZ“ vom letzten Freitag gelesen, daß die sozialistischen Landtagsabgeordneten in Niederösterreich noch immer glauben, daß die Arbeiten im Sozialmedizinischen Zentrum Ost termingemäß ablaufen und daß demnach die 200 Betten für die Marchfeldbevölkerung, für die sie auch bestimmt sind, bald zur Verfügung stehen werden.

Auch beim Allgemeinen Krankenhaus ist eine derartige Investitionsbremse spürbar. So war für das Jahr 1978 ein Baukostenanteil der Stadt Wien von 830 Millionen Schilling vorgesehen; tatsächlich zum Einsatz gekommen sind im heurigen Jahr nur 675 Millionen Schilling. In dem Investitionsplan, den wir vor einem Jahr bekommen haben, war für 1979 für das Allgemeine Krankenhaus eine Bau-rate von 1.100 Millionen Schilling vorgesehen. Jetzt gibt es nur einen Budgetansatz von 800 Millionen Schilling. Es stellt sich daher die Frage, ob unter diesen Umständen der ohnehin schon häufig prolongierte Fertigstellungstermin 1986 noch gehalten werden kann.

Zu Beginn dieses Jahres hat es im Zusammenhang mit der Vergabe des Planungsauftrages für die künftige Betriebsorganisation des Allgemeinen Krankenhauses einen — nun, ich möchte vorsichtig sagen — etwas undurchsichtigen Vorgang gegeben. Obwohl es sich um eine Honorarsumme in der Größenordnung von insgesamt 200 Millionen Schilling handeln soll, ist dieser Organisationsauftrag nicht im Zuge einer öffentlichen Ausschreibung, sondern gewissermaßen unter der Hand an eine Arbeitsgemeinschaft vergeben worden.

Wir glauben, daß es angebracht wäre, den Gemeinderat darüber zu informieren, wer hier was leistet und in welcher Weise die Angemessenheit des Honorars dieser Arbeitsgemeinschaft überprüft werden wird.

Ich glaube, daß eine derartige Vorsicht durchaus begründet ist, denn während die Spitalserhalter ringsherum immer notleidender werden, hat sich ein neuer blühender Geschäftszweig, der Spitalsberater, entwickelt, der immer mehr zu florieren scheint.

So großzügig es aber im Management, im oberen Management der AKPE zugeht, so sehr wird der Schilling an der ärztlichen Basis umgedreht. Davon können die Kinderärzte, die die Mutterberatung

durchführen, ein Lied singen. Diese Kinderärzte haben die zuständigen Magistratsdienststellen in den letzten zwei Jahren immer wieder ersucht, die Mutterberatungsstellen mit einem Telefonanschluß auszustatten. So gibt es zum Beispiel in den Beratungsstellen in der Großfeldsiedlung, Erlaaer Straße, Wurmsergasse, Linzer Straße, Pappenheimgasse — sicherlich auch noch in etlichen anderen, die nicht ausgerechnet werden konnten — kein Telefon.

Nachdem die meisten Beratungsstellen in Gemeindebauten untergebracht sind, wäre die Installation mit keinen besonderen Kosten verbunden, weil die Zuleitungen ja überall vorhanden sind. Trotzdem ist diese Bitte von der zuständigen Magistratsabteilung 11 bisher abgelehnt worden, weil die laufenden Gebühren für die Vierteltelefone angeblich nicht im Budget untergebracht werden können.

Dabei ist ein Telefon in einer Mutterberatungsstelle keineswegs ein Luxus. (GR. Dinhof: Das Geld ist schon vorhanden!) Ich komme jetzt gleich dazu, weshalb ich es bei diesem Kapitel sage. (GR. Dinhof: Nur sicherheitshalber!) Ich komme gleich dazu.

Denn es kommt nämlich ständig vor, daß die Ärzte dort von vorsprechenden Müttern gebeten werden, wegen Spitalsbetten, wegen Ambulanzterminen und ähnlichem zu vermitteln. Darüber hinaus muß man im Zuge der Impfaktionen bei Kleinkindern, die ja auch in den Mutterberatungsstellen durchgeführt werden, natürlich gelegentlich mit einem Zwischenfall rechnen, wo eine sofortige Kommunikation notwendig ist. Und ich glaube, jetzt sind wir eindeutig im medizinischen Bereich, Herr Kollege Dinhof.

Alle diese triftigen Gründe haben bisher den Magistrat zu keiner Initiative veranlaßt.

Im November ist diese Initiative dann gekommen. Sie ist skurril genug. Es ist nämlich vom Magistrat entschieden worden, daß alle Mutterberatungsstellen mit Plakaten versehen werden, auf denen die nächsten öffentlichen Fernsprechkabellen verzeichnet sind, und weiters wurden für jede Beratungsstelle für den Bedarfsfall mehrere Ein-Schilling-Münzen zur Verfügung gestellt.

Das ist also, glaube ich, wirklich ein fast unvorstellbarer Vorgang. Man erwartet, daß der Kinderarzt, wenn er ein dringendes dienstliches Gespräch zu führen hat, die Beratungsstelle während der Sprechstunden verläßt, die nächste öffentliche Fernsprechkabellene vielleicht zwei Häuserblocks weiter aufsucht, die dann unter Umständen besetzt ist.

Ich glaube, da ist wirklich das Sparen fehl am Platz, das ist eher als ein deutliches Aufwiehern des Amtsschimmels zu charakterisieren.

Wir glauben, man kann hier schon erwarten, daß, wenn auch die Magistratsabteilung 11, die hier budgetär zuständig ist, nicht in die Kompetenz dieses Ressorts fällt, die Gesundheitsverwaltung der Magistratsabteilung 11 klarmacht, daß vom ärztlichen Standpunkt aus heute ein Telefonanschluß zur medizinischen Standardausstattung einer Mutterberatungsstelle eben dazugehört.

Ein anderes Problem, das auch mit relativ bescheidenen Mitteln zu lösen wäre, ist der Einsatz von genügend Therapeutinnen für die Physiotherapie bei entwicklungsgeschädigten Kindern. Ich höre hier von Müttern, daß sowohl in Lainz wie auch in der Kinderklinik zu wenig derartige Dienstposten vorhanden sind und der Andrang in den Ambulanzen dementsprechend groß ist.

Was, glaube ich, heute notwendig sein wird, Herr Stadtrat, ist ein offenes Wort zu den Zuständen im Psychiatrischen Krankenhaus Am Steinhof. Ich kann es mir dabei ersparen, aus diesem heutigen „profil“-Report des Redakteurs Gerhard Mayer zu zitieren, der als Hilfspfleger einige Zeit in diese Anstalt Eingang gefunden hat und dort seine Eindrücke sammeln konnte. Ich habe dieses Heft heute auf den meisten Pulten hier im Hause gesehen und kann es mir daher wirklich ersparen, daraus zu zitieren. Ich nehme aber an, daß die Kollegen, die es gelesen haben, bei der Lektüre genauso erschüttert gewesen sein werden wie ich. Der Alltag in Steinhof ist offensichtlich schlimmer als man vermutet hat, und wenn auch nur ein Bruchteil von dem stimmen würde, wäre es Schande genug.

Ich habe das Gefühl, daß sich die Zustände Am Steinhof deshalb so katastrophal entwickelt haben, weil man sich seitens des Anstaltenamtes und seitens der Geschäftsgruppe, nicht erst seit fünf Jahren, sondern sicher seit Jahrzehnten, um die psychiatrischen Krankenhäuser nicht gekümmert hat und sich deshalb dort eine Art Eigenleben entwickelt hat, das eben nicht toleriert werden kann.

Wir hoffen, daß an diesem Report wenigstens eines nicht stimmt, und das ist die Resignation, Herr Stadtrat, die Ihnen dort — einleitend in den ersten Absätzen — zugeschrieben wird. Nach den Aussagen, die in dem Zusammenhang zitiert werden, ist es ja leider so, daß Sie es für aussichtslos halten, gegen die dort aufgebauten Machtstrukturen, die sich, wie gesagt, in Generationen entwickeln konnten, vorzugehen oder etwas zu unternehmen.

Nun glaube ich, daß ein weiteres Zuwarten oder Aufschieben längst fälliger Reformen jetzt von niemand mehr vertreten werden kann. Was die Öffentlichkeit in dieser Situation von Ihnen, Herr Professor, billigerweise erwartet, ist ein entschiedenes Durchgreifen und die Herstellung eines Zustandes, dessen sich die Wiener Medizin nicht zu schämen braucht. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Als nächster Redner gelangt Frau GR. Sigrun Schlick zum Wort. Ich erteile es ihr.

GR. Dkfm. Sigrun Schlick: Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Ich bin sehr froh, als Neuling den Worten meines Kollegen und Altmeisters Bittner zustimmen zu können, den Worten, mit denen er den Stil der politischen Auseinandersetzung in diesem Haus beschreibt, den Stil, so wie er ihn haben möchte.

Ich habe nach meinen kurzen Erlebnissen in diesem Haus den Eindruck, daß hier Mißverständnisse häufiger vorkommen als anderswo.

Gestatten Sie mir eingangs daher, daß ich meine Absicht erkläre. Es ist das Ziel meiner Ausführungen, über das Stellen von Fragen Problembereiche aufzuzeigen und dann dort an die Erarbeitung von Lösungen zu gehen. Daß es, trotz Anerkennung aller Leistungen, die auf dem Gesundheitssektor laufend erfolgen, noch immer Probleme gibt, ist ja wohl unbestritten.

Ich beginne mit einem Zitat des Professors Stacher aus der Zeitschrift „Summa“: „Die Gesundheit des einzelnen zu erhalten und denen, die der Pflege bedürfen, eine optimale Betreuung zu ermöglichen, gehört zu den selbstverständlichen Aufgaben dieser Stadt.“ Und an anderer Stelle: „Jeder Wiener hat das Recht auf Erhaltung der Gesundheit.“

Wir haben heute schon das Risiko von einsätzigen Zitaten hier erlebt, ich nehme aber an, daß dieses Zitat, Herr Stadtrat, doch Ihre Absicht wiedergibt. So wohl diese Worte tun, so gerne man ihnen zustimmen möchte, weil sie doch umfassende Sicherheit vermitteln, so werfen sie doch zwei wichtige Fragenkreise auf.

Erstens: Ist nicht mit dem Recht auf Gesundheit unmittelbar die Pflicht zum gesundheitsfördernden Verhalten verbunden? Kann die Stadt dann auch gesundheitsförderndes Verhalten erzwingen? Ist nun Prävention die Aufgabe des einzelnen oder der Gesellschaft?

Und der zweite Fragenkreis, der dadurch aufgeworfen wird: Wenn es zu den selbstverständlichen Aufgaben der Stadt gehört, die Gesundheit des einzelnen zu erhalten und für eine optimale Betreuung im Krankheitsfall zu sorgen, warum haben dann kürzlich durchgeführte Messungen der Luftqualität an manchen Stellen Wiens eindeutig gesundheitsschädigende Werte ergeben, ohne daß Sofortmaßnahmen eingeleitet worden sind? Warum müssen dann täglich Wiener auf ein Krankenbett warten und werden dann auf dem Gang untergebracht? Wie kommt es weiters, daß die psychosoziale Betreuung und auch Wiens psychiatrische Institutionen noch immer nicht den Anschluß an das internationale Niveau erreicht haben?

Wir haben das internationale Niveau erreicht, aber nur in den Statistiken der Selbstmörder und Alkoholiker. Diese Statistiken führen wir nämlich an oder liegen im Spitzenfeld.

Nun sind allerdings von der Antwort auf die prinzipielle Frage, ob Prävention Aufgabe des einzelnen oder der Stadt ist, verschiedene Konsequenzen abzuleiten. Hier müßte man zwischen der primären und der sekundären Prävention unterscheiden, um zu einer Antwort zu gelangen.

Die primäre Prävention hat zum Ziel, das Entstehen von Risikofaktoren zu verhindern, also schon zu verhindern, daß Bluthochdruck entsteht, zu verhindern, daß die Leute fettleibig werden.

Die sekundäre Prävention ist der Bereich der Früherkennung von Krankheiten und Überwachung von Risikopatienten.

Nun sind Maßnahmen, die in den Bereich der primären Prävention fallen, vorwiegend vom ein-

zelnen zu treffen, wobei Gesundheitsbewußtsein allein allerdings nicht genügt. Das erfreulicherweise zunehmende Gesundheitsbewußtsein muß in einer gesunden Lebensführung seinen Niederschlag finden. Hier liegt die Aufgabe der Stadt darin, die vom Bürger gewählte Lebensweise zu ermöglichen bzw. zu fördern.

Dabei verweise ich auf die Ausführungen, die bei dem Kapitel Sport von meinen Kollegen gestern getroffen worden sind.

Die sekundäre Prävention erfordert verstärktes organisiertes Eingreifen von Stadt bzw. Staat. Letztlich aber bleibt es wiederum der Entscheidung des einzelnen vorbehalten, daran teilzunehmen oder nicht. Hier müssen wir uns die Frage stellen: Warum werden die Vorsorgeuntersuchungen nur von einem so kleinen Teil der Bevölkerung beansprucht? Ist es Mangel an Information? An Interesse? Warum sind Betroffene und Ärzte nicht mehr motiviert, Prävention zu betreiben? Hat man sich überlegt, durch welche kommunalpolitischen Maßnahmen Anreize geschaffen werden können? Sind die Ärzte für diese Aufgabe genügend vorbereitet?

Bei diesen vielen offenen Fragen noch etwas Grundsätzliches zur Prävention. Die anfängliche Euphorie, eines Tages könnte die kurative Medizin durch eine effiziente, umfassende vorbeugende Untersuchung vollkommen verdrängt werden, ist einer realistischeren Betrachtungsweise gewichen. Man hat heute die Erfahrung gemacht, daß die Erkennung von Risiken allein nicht ausreicht, sondern zu den notwendigen konsequenten Verhaltensänderungen beim Betroffenen führen muß. Daran fehlt es leider, so daß heute Fachleute der primären Prävention die weitaus größeren Chancen einräumen.

Die Lösung dieser komplexen Aufgabe kann allerdings nicht von der Medizin allein her bewältigt und auch nicht erwartet werden. Sie erfordert die interdisziplinäre Zusammenarbeit aller Human- und Sozialwissenschaftler mit den dafür verantwortlichen Politikern.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß im Bereich der Präventivmedizin wirtschaftliche Interessen eine nicht unbedeutende Rolle spielen. Denken Sie etwa an die Werbung für Zigaretten und Alkohola. Wenn wir es aber ernst meinen, daß uns die Gesunderhaltung aller Wiener am Herzen liegt, daß jeder Wiener ein Recht auf Gesundheit hat — wie der Herr Stadtrat formuliert —, dann müssen wir das gewünschte gesunde Verhalten erstens ermöglichen und zweitens fördern, mit dem Ziel, daß jeder von uns so spät wie möglich und so gesund wie möglich sterben kann. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Traindl zu Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Traindl: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren! Ich möchte heute wieder die Probleme der Schulärzte aufzeigen, die zwischen dem Spannungsbereich Planung und Realität liegen. Der vorliegende Gesundheitsbericht aus dem Jahre 1977 zeigt, daß es durch die langjährige Tätigkeit der Schul-

ärzte gelungen ist, Krankheiten herkömmlicher Art unter Kontrolle zu bringen, es aber weiterhin nicht gelungen ist, Krankheiten, die aus unserer Lebensweise her entstanden sind, zu beeinflussen. Der erregene Prozentanteil ist gleich dem der Jahre vorher bzw. wenn ich ein Jahrzehnt zurückgreife, sehr progressiv gestiegen. Die aus dem Haltungsverfall resultierenden Körperschäden liegen ungefähr bei einer 50-Prozent-Grenze bei den Schulneulingen; bei den Eintretenden etwas darunter und bei den Achtzehnjährigen etwas darüber.

Betrachtet man also die Tabelle der festgestellten Fehlformen, dann ist es auf den ersten Blick erschreckend. Man könnte den großen Aufmacher der „Kronen-Zeitung“ wiedergeben, daß bei 100 Untersuchten tatsächlich 464 Fehlformen festgestellt wurden. Man kann sich heutzutage gar nicht vorstellen, daß es trotz des großen und dichten Angebotes von Ärzten und Fachärzten sowie der Sozial-einrichtungen so viele Kinder und so viele Jugendliche gibt, die gesundheitsschädigende Haltungsfehler aufweisen. Weder Eltern noch Jugendliche haben die Gefahren und die Risiken der modernen Zivilisation und des Wohlstandes zur Kenntnis genommen, noch hat man sich bemüht, dagegen richtig anzukämpfen.

Für eine Gesundheitspolitik der Gegenwart ist es daher vorrangige Aufgabe, der Präventivmedizin und der Gesundheitserziehung den rechten Stellenwert einzuräumen. Wenn ich als Gesetzgeber dem Schularzt die Verantwortung für den Gesundheitszustand unserer Schuljugend auflaste, dann muß ich ihm auch die Möglichkeit bieten, daß er neben seinen diagnostischen Aufgaben auch noch Zeit für eine wesentlich wichtigere pädagogische Aufgabe, die Gesundheitserziehung, hat. Diese muß ihm natürlich ein persönliches, ein ärztliches Anliegen sein. Diese Einstellung ist beileibe keine Neuschöpfung. Ärzte aus Berufung waren zu allen Zeiten nicht nur Kuratoren, sondern immer zugleich Präventivmediziner, Gesundheitsdetektive.

Sicherlich ist es heutzutage nicht leicht, unsere Jugend zum Gesundbleiben zu motivieren. Leider glauben allzu viele Menschen in der Großstadt, ein bedingungsloses Anrecht auf die Gesundheit zu haben. Daß dieses bedingungslose Anrecht auf Gesundheit aber auch mit der Pflicht verbunden ist, sich größtmöglich selbst gesund zu erhalten, bedenken nur wenige. Die Erziehung zur Gesundheit durch Eigenverantwortung muß aber wieder aktiviert werden.

Das Schulunterrichtsgesetz aus dem Jahre 1975 hat in seinem § 66 Abs. 1 dem Schularzt klar und deutlich die Aufgabe gestellt, die sich aber wesentlich von denen unterscheidet, was ein Schularzt im Wiener Landesdienst zu leisten hat. Dort heißt es, er soll auch den Lehrer in gesundheitlichen Fragen der Schüler, soweit sie den Unterricht und den Schulbesuch betreffen, weitgehend unterstützen.

Der Gesundheitsplan für Wien, den wir im Gemeinderat vor knapp einem Jahr beschlossen haben, verlangt vom Schularzt im Wiener Landesdienst wesentlich mehr. Er muß Reihenuntersuchungen in der ersten, vierten und achten Schulstufe

durchführen, darüber hinaus Untersuchungen zur Berufsberatung, vor Schikursen, Schwimmunterricht und Schullandwochen. Bei allfälligen Befunden hat er die Kinder anzuweisen, einen Facharzt aufzusuchen. Er hat auch Seh- und Gehörvermögen zu testen. Er hat Leistungsschwächen bei sonst intelligenten Kindern zu ergründen. Er sollte Hilfe bei der Legasthenie geben, er sollte die Schwierigkeiten, die in der Zeit der Pubertät auftreten, beseitigen helfen, er sollte die hygienischen Verhältnisse in der Schule überprüfen und eine Reihe von Impfungen durchführen. Dazu kommen noch eine Menge von bürokratischen Arbeiten. Ich habe sie schon einige Male hier im Gemeinderat aufgezählt und eine Lösung vorgeschlagen. Ich werde das also heute nur andeuten.

Meine Damen und Herren! Wie diese umfangreiche Arbeit von einem Schularzt für 2.000 Schüler geleistet werden soll, lasse ich dahingestellt sein. Dazu ist noch anzumerken, daß diese Schüler meistens auf fünf bis sechs Schulen verteilt sind. Es war daher immer wieder Anlaß zur Kritik, und ich habe versucht, hier eine Lösung zu finden. Vor allem sollten mehr Schulärzte angestellt werden. Ungefähr so, wie wir es uns im Gesundheitsplan vorgestellt haben, nämlich ein Arzt für 1.000 Kinder. Kann man diese notwendigen Ärzte nicht auf-treiben, dann sollte man dafür Sorge tragen, daß Arzthelferinnen dem Schularzt beigegeben werden, die ihm die administrative und nichtärztliche Arbeit abnehmen sollen.

Der neue Gesundheitsplan der Stadt Wien sollte alle diese Schwierigkeiten meistern oder ausräumen. Nach dem Gesundheitszustand unserer Jugend müßte es ja, wie eben der Gesundheitsbericht zeigt, eine vordringliche Arbeit sein, die geleistet werden müßte. Man sollte diesen Plan, der von allen Parteien beschlossen wurde, auch durchführen.

Man könnte also erwarten, daß im nächsten Jahr, im neuen Budgetjahr, sehr viele Ansätze aus diesem Plan verwirklicht werden. Schauen ich aber den Budgetvoranschlag des Jahres 1979 an, dann läßt er diesbezüglich keine Ansätze erkennen. Es ist also zwischen dem Planen und dem Verwirklichen ein weiter Weg zu beschreiten, oder mit anderen Worten, meine Damen und Herren: Für derlei Ausgaben fehlt zur Zeit das Geld.

Im Gesundheitsplan liest man es aber anders. Dort schließt das Papier mit der Aussage: Weder die organisatorische noch die finanzielle Situation hemmt die Entwicklung — wie im Plan angeführt —, sondern einfach die Tatsache, daß zuwenig Ärzte oder anderes Personal vorhanden sind.

Meine Damen und Herren! Gewiß, der Voranschlag hemmt nicht, er eröffnet von vornherein gar nicht die entsprechenden Positionen für die Bezüge des Personals und schon gar nicht den Personalstand im Dienstpostenplan. Unter diesen Voraussetzungen bleibt der vom Gemeinderat beschlossene Gesundheitsplan ein Stück Papier, so wie es meiner Beantwortung eines Antrages aus dem Jahr 1975 mit dem gleichen Ziel einer intensiveren Betreuung der Wiener Jugend erging. Es werden also weiter zirka 60 Wiener Schulärzte mehr als 120.000 Schüler der

allgemein bildenden Pflichtschulen Wiens nach dem bekannten Schema betreuen. Sie werden sie nur schlechter betreuen können als die Schüler an den allgemein bildenden höheren Schulen.

Die Frau Kollegin Stiehl hat heute sehr viel über die Chancengleichheit gesprochen. Aber hier, wo es eine unbedingte Notwendigkeit wäre, wird von der Chancengleichheit keineswegs gesprochen. (Beifall bei der ÖVP.)

Oder mit anderen Worten, meine Damen und Herren: Der neue Stadtsenat schenkt dem so lange anstehenden Problem, die Schulärzte bei der Früherkennung von Krankheiten zweckentsprechend einzusetzen, auch weiterhin nicht die notwendige Aufmerksamkeit. Hauptsache war, daß der Gesundheitsplan für die Wiener vor der Wiener Gemeinderatswahl beschlossen wurde. Nun kann dieses Papier ruhig vergessen werden. Vergessen werden, obwohl man allseits weiß, daß der Gesundheitszustand unserer Wiener Jugend bedenkliche Werte erreicht hat und daß es höchste Zeit wäre, mit einer sinnvollen Aufklärung, mit Beratung und mit Taten zu einer gesunden Lebensführung ehestens zu beginnen.

Das Papier Gesundheitsplan für Wien ist also kaum abgelegt, und es steht schon ein neuer Plan vor der Tür, der Stadtentwicklungsplan für Gesundheit und Soziales der Magistratsabteilung 18. Dort lese ich, im Kapitel Aufklärung und Beratung der Bevölkerung, als Zielgruppe stehen Kinder im Vordergrund, da diese leichter angesprochen werden können, oder auch zu erwarten ist, daß diese später, einmal erwachsen, an den vermittelten Grundwerten festhalten. Wie ich hörte, soll auch das vom Herrn Stadtrat Stacher redigiert worden sein. Und die Frau Minister für Gesundheitswesen, Frau Primaria Leodolter, so lese ich in einer Zeitung, meint es noch optimistischer. Sie meint, daß die Transmission so funktioniere: Die Kinder werden es dann schon den Großmüttern erzählen, und dadurch wird der Weg zur besseren Gesundheit über die Bühne gehen.

So leicht wird es aber sicherlich nicht gehen. Das zeigt schon die Tatsache, daß trotz der geregelten, medizinischen Betreuung in allen Lebensabschnitten in den vergangenen Jahren der Gesundheitszustand der uns anvertrauten Jugendlichen progressiv schlechter wurde.

Meine Damen und Herren! Meiner Meinung nach lassen sich derzeit mehr Ärzte finden, die zu den Bedingungen der Schulärzte an den Bundesschulen eine Teilzeitbeschäftigung an den Schulen der Gemeinde Wien annehmen. Die letzte Gehaltsanpassung, oder besser gesagt die besoldungsrechtliche Gleichstellung zwischen Landes- und Bundesärzten hat gezeigt, daß auch die Bewerbungen bei der Stadt Wien etwas zugenommen haben. Sollte es aber dennoch nicht gelingen, dann müßte man eben, wie der Gesundheitsplan es vorsieht, Hilfskräfte zur Entlastung des Schularztes anstellen. Die mannigfachen Arbeiten, die von einem solchen Personal geleistet werden könnten, habe ich im vorigen Jahr zur Genüge aufgezeigt. Ich glaube auch, daß qualifi-

zierte Frauen, vor allem Krankenschwestern, die eine Teilzeitbeschäftigung am Vormittag gerne neben ihrer Arbeit annehmen würden, hier den richtigen Platz finden würden.

Meine Damen und Herren! Es sollte zwischen dem Planen und der Tatsache nicht ein so großer Unterschied sein. Wir sollten bekennen, daß der Schularzt durch die Betreuung der Jugend eines der wichtigsten Glieder in der Gesundheitssicherung ist und daß er durch die Früherkennung aller Krankheiten für die Wiener Jugend sehr viel leisten kann. Wir sollten danach handeln. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Als nächster Redner gelangt Herr Gemeinderat Dr. Zeman zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Dr. Zeman: Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Wien gibt es zur Zeit 44 Krankenanstalten mit insgesamt 15.051 Krankbetten. Davon sind 17 städtische Krankenanstalten mit 10.636 Betten und 27 nicht städtische Krankenanstalten mit 4.415 Betten. Somit entfallen auf 1.000 Einwohner 9,2 Betten. Im internationalen Vergleich gesehen eine hohe Zahl.

Einschließlich der Pflegeheime verfügt die Bundeshauptstadt über 26.100 Betten, wovon nur rund 5.000 nicht städtischen Krankenanstalten angehören. 21.000 Betten werden von der Stadt selbst betrieben. Auf Österreich bezogen bedeutet dies rund 30 Prozent des gesamten Bettenstandes. Niederösterreich mit einer nur um etwa 200.000 geringeren Einwohnerzahl verfügt vergleichsweise über 13.639 Betten. Diese Situation der angrenzenden Bundesländer ist für Wien sehr wichtig, da der Zuzug von Kranken aus den umliegenden Bundesländern überaus groß ist. So wurden beispielsweise 1977 in den Wiener städtischen Krankenhäusern rund 218.700 Patienten stationär aufgenommen und rund 4.310.000 Pflage tage für sie geleistet. Dies entspricht einer durchschnittlichen Verweildauer von 14,2 Tagen. Die durchschnittlichen Kosten für einen Tag im Krankenhaus belaufen sich in Wien derzeit auf rund 1.480 Schilling.

40.500 der aufgenommenen Patienten waren Nichtwiener. Das ist nicht nur darauf zurückzuführen, daß die übrigen angrenzenden Bundesländer über weniger Krankenanstalten verfügen, sondern vor allem auch auf die Tatsache, daß Wien mit den Universitätskliniken im Allgemeinen Krankenhaus über die besten Möglichkeiten für Diagnose und Therapie komplizierter Erkrankungen verfügt. Das wird auch durch die Tatsache unterstrichen, daß im Allgemeinen Krankenhaus bis zu 39 Prozent Nichtwiener aufgenommen werden. Dazu kommt selbstverständlich der traditionell gute Ruf der Wiener medizinischen Schule, der auch Kranke aus anderen Bundesländern, aber auch aus dem Ausland anzieht.

Bei der derartigen Konzentrierung von Spitalbetten war es notwendig, einen Plan für die Zukunft auszuarbeiten. Der Wiener Gemeinderat beschloß deshalb 1975 einstimmig einen Zielplan für die Krankenversorgung der Bundeshauptstadt. Die-

sem zufolge wird Wien nach geographischen, verkehrstechnischen und auch medizinischen Gesichtspunkten in vier Versorgungsräume eingeteilt, in denen die Krankenhäuser nicht nur in die Gruppen 1, 2, 3 und 4 administrativ zusammengefaßt sind, sondern in denen auch die stationäre mit der nicht stationären Krankenpflege koordiniert werden soll.

Nach Bildung dieser Spitalsgruppen wurde entsprechend der Einteilung mit der Umstrukturierung von Abteilungen in den Spitälern begonnen und die Schaffung verschiedener Zentren, wie etwa das gefäßchirurgische Zentrum im Krankenhaus Lainz und das pulmologische Zentrum auf der Baumgartner Höhe durchgeführt. Diese Zentren — weitere sind noch geplant — dienen der Komplettierung der medizinischen Spitzenversorgung durch die Universitätsklinik.

Zur Erschließung bestehender Versorgungslücken wurden diverse Abteilungen, wie etwa eine Neurochirurgie, eine Neurologie und eine große Dialysestation im neuerbauten Rudolfsplatz, eine eigene Abteilung für plastische Chirurgie und eine Entgiftungsstation im Wilhelminenspital sowie zwei orthopädische Abteilungen in der ehemaligen Frauenklinik Gersthof, die infolge mangelnden Bedarfes aufgelassen wurde, eingerichtet und in Betrieb genommen.

Darüber hinaus konnte 1975 im Krankenhaus Rosenhügel eine Abteilung für gehirngeschädigte Kinder eröffnet werden, die ihresgleichen in Europa suchen läßt.

Weiters wurden in den letzten Jahren auch zahlreiche Änderungen wie etwa eine Novellierung des Krankenanstaltengesetzes zur Förderung der vor- und nachstationären Behandlung, und damit zur Senkung der Verweildauer, durchgeführt.

Ferner wurden die Spitäler in Betriebe umgewandelt. Es wurde versuchsweise die Datenverarbeitung und Kostenstellenrechnung in einigen Spitälern eingeführt, um damit eine Verbesserung der Organisation zu erreichen. Da sich herausstellte, daß es auf dem üblichen Weg bei der großen Anzahl von Krankbetten und dem raschen Wechsel von Patienten fast unmöglich ist, mit konventionellen Methoden einen zentralen Überblick über die Belegung der einzelnen Abteilungen mit Patienten bzw. über die freistehenden Betten zu haben, wurde im Herbst 1978 — also vor wenigen Wochen — mit der Einführung eines Wiener Krankbettreservierungssystems begonnen. Mit Hilfe dieses neuen Systems, an das sämtliche Spitäler Wiens angeschlossen sein werden, wird es künftig nach einer gewissen Anlaufzeit möglich sein, rasch und problemlos ein Spitalsbett zu erhalten.

Eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Führung von Krankenhäusern ist es, genügend Pflegepersonal zur Verfügung zu haben. Dementsprechend wurde das Hauptgewicht in den letzten Jahren auch auf die Erweiterung von Schwesternschulen sowie den Bau von Personalwohnhäusern gelegt. Gab es 1973 in Wien 1.800 Plätze in Personalwohnhäusern, so gibt es 1978 über 2.600. Derzeit sind mehr als 1.000 Personalwohnungen im Bau.

Nach Abschluß dieser Teilvorhaben wird sich die Zahl der Plätze in den Personalwohnhäusern mehr als verdoppelt haben, so daß zusätzlich Schwestern aus den Bundesländern untergebracht werden können.

Parallel dazu wurde in den letzten Jahren auch die Personalsituation wesentlich verbessert. Während per 1. Jänner 1974 4.297 Personen diplomiertes Krankenpflegepersonal und 2.500 Stationsgehilfen angestellt waren, ist der Personalstand bis zum 1. Jänner 1978 auf 4.700 diplomierte Schwestern und 3.200 Stationsgehilfen angestiegen.

Von den derzeit beschäftigten Schwestern sind 1.053 Ausländerinnen; zu einem wesentlichen Prozentsatz philippinische Schwestern, die durch Abschluß eines Vertrages mit dem Philippinischen Arbeitsministerium in größerer Zahl nach Wien kommen können.

Trotz dieser Anstrengungen besteht noch immer ein erheblicher Mangel an Pflegepersonal, der es beispielsweise unmöglich macht, einige fertige Stationen in diversen Häusern zu eröffnen.

Günstig hat sich aber auch die Werbung um die männlichen Pfleger ausgewirkt, die in zunehmendem Maß in die Schule kommen, sowie die vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz durchgeführte Änderung des Krankenpflegegesetzes, demzufolge nun die Schüler bereits nach Absolvierung der Pflichtschule im 15. Lebensjahr in die Krankenpflegeschule kommen können. Derzeit werden in den Krankenpflegeschulen der Stadt Wien insgesamt 1.686 Schülerinnen und 82 Schüler ausgebildet.

An Ärzten besteht in den Krankenanstalten kein Mangel, doch sind auch hier Änderungen im Gange, die wesentliche Bedeutung haben. Durch die hohe Zahl von Medizinstudenten und die Notwendigkeit einer mehr praxisbezogenen Ausbildung müssen die städtischen Spitäler vermehrt Ausbildungsfunktionen übernehmen. Für die Zukunft ist daher die Schaffung echter Lehrspitäler geplant.

Darüber hinaus wurde, um frisch promovierten Ärzten die Ausbildung zu ermöglichen, eine Aktion praktische Ärzte von Bund und Land initiiert, nach der Ärzte, die sich verpflichten, sich später als praktische Ärzte niederzulassen, in die Spitäler zusätzlich zu den bestehenden Ausbildungsstätten aufgenommen werden. Die eine Hälfte der Kosten für diese Ausbildungszeit zahlt die Stadt Wien, die andere Hälfte der Bund. Die Stadt Wien hat hundert solche zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen. Bedauerlicherweise sind davon jedoch nur 68 besetzt, obwohl rund 200 Ärzte auf Ausbildungsplätze warten.

Neben der medizinischen Versorgung spielt auch die unmittelbare Umgebung des Patienten im Krankenhaus für die Genesung eine große Rolle. Wiens städtische Spitäler sind daher bemüht, auf die Verbesserung der sogenannten Patientenumwelt größtes Augenmerk zu legen. Im Rahmen dieser patientenbezogenen Maßnahmen wurden in der letzten Zeit auch in den Pflegeheimen und in den psychiatrischen Krankenhäusern verschiedene Renovierungs-

gen durchgeführt, freundlichere Farben bei der Wandbemalung gewählt, Sessel und Tische zusätzlich aufgestellt sowie eine neuere und schönere Kleidung eingeführt. Es gilt, den Kranken nicht nur physisch zu behandeln, sondern er soll sich im Spital auch wohlfühlen.

Am Beginn des heurigen Jahres fand eine viertägige Konferenz des Österreichischen Komitees für Sozialarbeit mit anerkannten Fachleuten über das Thema „Humanität im Krankenhaus“ statt, wobei zahlreiche Verbesserungsmöglichkeiten und Anregungen erarbeitet wurden.

Im Bereich der städtischen Küchen gibt es zur Zeit fast 800 Bedienstete, Köche, Fleischer, Bäcker, Diätassistenten usw., die täglich rund 100.000 Essensportionen herstellen. Der Lebensmittelaufwand für die städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten beträgt täglich 550.000 Schilling. Beachtlich ist auch der tägliche mengenmäßige Verbrauch an Grundnahrungsmitteln. Unter anderem werden 3.400 Kilogramm Brot, 1.900 Kilogramm Fleisch, 8.000 Liter Vollmilch, 8.600 Eier, 1.260 Kilogramm Zucker und 3.560 Kilogramm Kartoffeln verbraucht.

Trotz des Bemühens aller der dafür zuständigen Stellen kam es jedoch immer wieder vor, daß von den Patienten Kritik an der Spitalskost geübt wurde. Um dieses Problem zu lösen, wurde deshalb im Frühjahr 1978 eine eigene Enquete mit Vertretern der städtischen Spitäler und Ernährungsfachleuten abgehalten. Auf Grund der dabei erzielten Ergebnisse wurde bereits mit einer Reihe von Maßnahmen begonnen, mit deren Hilfe die Qualität der Kost in den Spitälern und Pflegeheimen schon wesentlich verbessert wurde bzw. in der nächsten Zeit noch werden soll. Neben diversen organisatorischen Maßnahmen wird dies vor allem mit einer forcierten Schulung des Personals, aber auch dem Einsatz verstärkter finanzieller Mittel geschehen.

Einen Schwerpunkt bei den vielfältigen Bemühungen, Verbesserungen im Spitalsbereich durchzuführen, bildeten auch die Kinderspitäler. Neben der Einführung der täglichen Besuchszeit in sämtlichen städtischen Kinderabteilungen und Kinderspitälern wurde unter anderem auch durch eine Änderung des Wiener Krankenanstaltengesetzes die Gebühr für Begleitpersonen, die mit dem Patienten in das Spital aufgenommen werden, verringert. Diese Änderung brachte vor allem für Mütter, die mit ihren Kindern aufgenommen werden, eine wesentliche Erleichterung. Außerdem sind die kleinen Patienten seit dem heurigen Jahr auch modern, schick und farbenfroh gekleidet. Im Rahmen der patientenbezogenen Maßnahmen wurden nämlich neue Kinderbekleidungen, wie zum Beispiel Strampelhose, Nachthemd, Pelerine, angeschafft.

Auch im Bereich der Geburtshilfeabteilungen war man bemüht, im Sinne einer Humanisierung der Patientenumwelt Maßnahmen zu setzen. So wurde in der Semmelweis-Frauenklinik mit der Einführung des sogenannten Rooming-in begonnen. Entgegen den üblichen Gepflogenheiten in den

Gebärkliniken sind dabei Mutter und Kind tagsüber im selben Raum untergebracht.

Als weitere Maßnahme wurde gemeinsam mit dem Gesundheitsamt der Stadt Wien damit begonnen, Informationskurse für Wöchnerinnen in den Geburtshilfeabteilungen sämtlicher Wiener Spitäler einzuführen. Diese neue Einrichtung sieht vor, daß Kinderarzt und Kinderschwester der Station die jungen Mütter in zweimal wöchentlich stattfindenden Informationsstunden über die Pflege und Ernährung der Säuglinge informieren bzw. die Fragen der Mütter beantworten, wobei mindestens einmal wöchentlich auch eine Sozialarbeiterin anwesend ist. Diese kann anfallende Probleme lösen helfen und über bestehende Hilfen, die die Stadt Wien anbietet hat, informieren. Wie die bisherigen Erfahrungen gezeigt haben, erfreut sich diese Neueinrichtung in den Spitälern überaus großer Beliebtheit. Gleichzeitig damit hat das Gesundheitsamt der Stadt Wien aber auch schriftliche Informationen für die Frauen aufgelegt. In 12 Informationsblättern, die in einer Plastikhülle gesammelt werden können, wird die Frau über Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett, Pflege und Ernährung des Kindes im 1. Lebensjahr informiert.

Um die Wünsche der Patienten kennenzulernen, wurde im Jahre 1975 ein sogenannter Spitalsombudsmann eingesetzt, der jedem, der Anregungen, Wünsche oder Beschwerden im Spitals- oder Pflegeheimbereich hat, unter der Telefonnummer 63 21 37 zur Verfügung steht. Aufgabe des Spitalsombudsmannes ist es, für die unbürokratische Überprüfung und möglichst rasche Erledigung der Beschwerden oder Wünsche zu sorgen bzw. positive Anregungen und Vorschläge von Patienten an die entsprechenden Stellen weiterzuleiten.

Gleichzeitig mit der Institutionalisierung des Spitalsombudsmannes wurden in sämtlichen Krankenanstalten der Stadt Wien auch Informationsbroschüren für Patienten aufgelegt und eine Fragebogenaktion gestartet. Durch die Auswertung von 16.500 Fragebögen konnten zahlreiche Anregungen gewonnen und Verbesserungsmaßnahmen erarbeitet werden. Sie betrafen vorwiegend Vorschläge zur Verbesserung der sanitären Anlagen. Aus diesem Grund wurde im Jahre 1976 erstmalig ein Sonderbetrag zur Verbesserung der sanitären Anlagen in das Budget aufgenommen. Insgesamt wurden in den Krankenanstalten und Pflegeheimen dafür von 1974 bis 1977 rund 24,2 Millionen Schilling ausgegeben.

Für die Schaffung kleinerer Krankenzimmer wurden im selben Zeitraum 36,3 Millionen Schilling aufgewendet. Für neue Betten und Nachtkästchen beliefen sich die Kosten 1976 und 1977 auf 15,5 Millionen Schilling. Daneben mußte aber auch mit beträchtlichem Kostenaufwand die Beseitigung lange bestehender infrastruktureller Mängel in Angriff genommen werden. So wurden rund 61,3 Millionen Schilling nur für Notstromaggregate und elektrische Anlagen ausgegeben.

Die HNO-Abteilung im Krankenhaus Lainz wurde um mehr als 30 Millionen Schilling gänzlich neu adaptiert und eingerichtet und dem Betrieb übergeben. In mehreren Anstalten mußten die

Heizungskessel erneuert werden, was eine Gesamtsumme von etwa 252,5 Millionen Schilling ausgemacht hat. In einigen Spitälern wurde und wird die Telefoneinrichtung verbessert. Allein im Jahre 1977 sind dafür 34 Millionen Schilling ausgegeben worden.

Die Beurteilung der Wiener Spitäler war auch das Thema einer Meinungsumfrage, die im Auftrag der Stadt Wien vom Institut für empirische Sozialforschung Ende 1977 bei einer repräsentativen Stichprobe der Wiener Bevölkerung durchgeführt wurde. 88 Prozent der Befragten gaben an, daß sich in den letzten Jahren die medizinisch-technischen Einrichtungen verbessert haben, 67 Prozent sagten aus, daß sich die medizinische Behandlung verbessert hat, und 57 Prozent meinten, daß Ausstattung und Komfort der Krankenzimmer wesentlich verbessert worden sind.

Am schlechtesten kamen bei dieser Umfrage die psychiatrischen Krankenhäuser weg. Das ist verständlich, da gerade auf diesem Sektor nicht nur in Wien, sondern in ganz Österreich ein großer Nachholbedarf besteht. Für Wien wurde 1977 ein eigener Plan ausgearbeitet, der bereits schrittweise in die Tat umgesetzt wird. Die wesentlichsten Grundzüge bestehen darin, daß vor allem das große psychiatrische Krankenhaus umorganisiert wird, wobei nicht nur die Umwelt der Patienten verbessert, sondern auch die geistig Behinderten von den psychisch Kranken getrennt werden sollen. Als Sofortmaßnahme wurde unter anderem auch die Besuchszeit verlängert.

Außerdem wurden und werden die psychisch-hygienischen Nachbetreuungsstellen vermehrt und umstrukturiert. Als Modell wurde eine Wohngemeinschaft geschaffen, damit die Kranken, die nicht mehr im Spital sein müssen, aber auch noch nicht zuhause leben können, eine geeignete Unterkunft und Behandlung haben. Weitere solche Übergangsheime sind geplant. Natürlich muß aber auch eine enge Zusammenarbeit zwischen dem psychiatrischen Krankenhaus und den Nachbetreuungseinrichtungen entstehen, wobei allerdings eine entsprechende Aufklärung der Bevölkerung dringend notwendig sein wird.

Was den baulichen Sektor betrifft, wurden zahlreiche Umbau- und Renovierungsarbeiten durchgeführt sowie der Bau des neuen Rudolfspitals abgeschlossen. Nach der Grundsteinlegung für das Sozialmedizinische Zentrum Ost im 22. Bezirk wurde mit dem Bau des Personalwohnhauses und der Krankenpflegeschule begonnen, um rechtzeitig die notwendigen Einrichtungen für das Personal fertig zu haben. Die endgültige Fertigstellung des Personalwohnhauses wird für Herbst 1979 erwartet, wobei die Schule bereits mit Beginn des Schuljahres 1978 provisorisch geführt wird.

Die zweite Etappe besteht in dem im Jahre 1976 begonnenen Bau des Pflegeheimes mit 405 Betten und einem geriatrischen Tageszentrum, das voraussichtlich 1980 fertiggestellt sein wird. Erst dann kann das Krankenhaus baulich in Angriff genommen werden.

Obwohl das neue Allgemeine Krankenhaus, das 2.100 Betten haben wird, im Bau ist, wurden auch die strahlentherapeutische und kardiologische Universitätsklinik neu errichtet, wobei beide über modernste Einrichtungen und technische Ausrüstungen verfügen.

Um den Bau des Allgemeinen Krankenhauses zu beschleunigen, wurde im Herbst 1975 eine Allgemeines Krankenhaus Planungs- und Errichtungsgesellschaft gegründet, die in Zusammenarbeit mit dem Wissenschafts- und Gesundheitsministerium, der Stadt Wien und dem Professorenkollegium einen letzten Funktionsplan fertiggestellt hat. Diesem Programm zufolge wird das neue Allgemeine Krankenhaus 1986 oder 1987 wahrscheinlich fertig werden. Teile des Zentralgebäudes können jedoch schon 1981 und 1982 in Betrieb gehen.

Die ersten Bauphasen wie etwa der Bau der Personalwohnhäuser, der Krankenpflegeschule sowie der Kinderklinik und der Psychiatrie sind bekanntlich bereits seit einiger Zeit abgeschlossen und in Betrieb.

Mit 2.173 Betten wird das Allgemeine Krankenhaus den heutigen Erfordernissen und jenen der Zukunft, soweit sich dies derzeit erfassen läßt, voll entsprechen und das größte und modernste Spital Europas sein.

Bemerkenswert ist auch die erwartete Kapazität der Ambulanzen, die auf eine tägliche Frequenz von 7.000 Patienten ausgelegt ist.

Das Allgemeine Krankenhaus wird auf Preisbasis 1. Jänner 1977 berechnet noch weitere 17,7 Milliarden Schilling kosten. In dieser Summe sind Bau und Einrichtung enthalten. Bis Ende 1977 wurden inklusive der bereits fertigen Anlagen rund 4,5 Milliarden Schilling investiert. Für 1978 sind 1,6 Milliarden Schilling freigegeben, für 1979 rund 2 Milliarden Schilling und für das Jahr 1980 mehr als 2 Milliarden Schilling, nämlich 2,1 Milliarden Schilling vorgesehen. Dann erst wird sich entscheiden, ob man für die folgenden Finanzierungsspitzen Fremdmittel in Anspruch nehmen muß.

Einschließlich der Nebengebäude wird das neue Allgemeine Krankenhaus einen umbauten Raum von 2,2 Millionen Kubikmetern aufweisen, das ist die dreifache Größe der ursprünglich geplanten ersten Etappe des Neubaus. Die Anlage ist somit größer als die UNO-City und stellt gleichzeitig das größte Hochbauprojekt unseres Jahrhunderts in Österreich dar.

Der Stadt Wien ist die medizinische Versorgung ihrer Mitbürger eine Herzensangelegenheit. Dementsprechend stiegen auch die budgetären Mittel des Gesundheitswesens in den letzten Jahren bedeutend an. 1973 hat die Stadt für Krankenhäuser und Pflegeheime rund 3,7 Milliarden Schilling ausgegeben. Im Voranschlag für 1979 sind dafür bereits 8,6 Milliarden Schilling vorgesehen, das ist eine Steigerung um weit mehr als 100 Prozent trotz der Rationalisierungsmaßnahmen.

Dieses Geld ist aber notwendig, um den großen Nachholbedarf zu decken, die Umstrukturierungen,

die notwendig sind, durchzuführen und die Neubauten fertigzustellen. Denn Wien soll seiner großen Tradition entsprechend nicht nur zahlenmäßig das Spitalzentrum Österreichs bleiben, sondern auch weiterhin die bestmögliche Behandlung der erkrankten Mitbürger garantieren und wieder die medizinische Drehscheibe Europas werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Ing. Hofstetter: Als nächster Redner gelangt Frau GR. Härtel zu Wort. Ich erteile es ihr.

GR. Gertrude Härtel: Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! In der Landtagssitzung vom 27. Februar schloß ein Abgeordneter der sozialistischen Fraktion seinen Debattenbeitrag mit folgenden Worten: „Meine sehr verehrten Damen und Herren! Fahren Sie in dieser Art ruhig fort! Die Wienerinnen und Wiener wissen ganz genau, wie sie diese Dinge honorieren. Ich kann mir nur wünschen, daß Ihnen am 8. Oktober des heurigen Jahres jene Rechnung präsentiert wird, die Ihnen für Ihre Tätigkeit gebührt.“

Die Wienerinnen und Wiener sind diesem Wunsche nachgekommen und haben honoriert: Fünf Gemeinderatsmandate, vier Bezirksvorsteher, 37 Bezirksratsmandate mehr hat uns die Wahl am 8. Oktober gebracht. (Beifall bei der ÖVP.) Wir danken recht herzlich dafür, wir werden dem Wählerauftrag gemäß weiterarbeiten. (Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)

Meine Fraktion hat am 27. November 1978 in der ersten Sitzung des neu konstituierten Landtages einen Initiativantrag, betreffend die Einführung der Briefwahl, eingebracht. Dieses Anliegen der Österreichischen Volkspartei müßte nach der großen Wahlenthaltung vom 8. Oktober auch Sie, meine Damen und Herren, zum Umdenken veranlassen. (Beifall bei der ÖVP.) Tausende Wienerinnen und Wiener konnten durch Ihr Nein zur Briefwahl von ihrem demokratischen Grundrecht keinen Gebrauch machen, weil sie einfach nicht in der Lage sind, ohne fremde Hilfe ein Wahllokal aufzusuchen. Sie werden dadurch jenen Menschen gleichgestellt, die aus strafrechtlichen Gründen ihr Wahlrecht nicht ausüben dürfen.

Ihr Einwand, daß bei Einführung der Briefwahl das Wahlgeheimnis in Frage gestellt wird, ist leicht zu widerlegen. Erstens sind die Wienerinnen und Wiener keine schlechteren Demokraten als die Wähler in jenen Ländern, wo die Briefwahl schon lange eingeführt ist und klaglos funktioniert. (Beifall bei der ÖVP.)

Zweitens: Wenn ich an das Pflegeheim Lainz denke, fällt es mir wirklich schwer, von einer geheimen Wahl zu sprechen.

Und drittens, meine Damen und Herren: Wenn der Kranke und Behinderte auf der Tragbahre in das Wahllokal gebracht wird, ist er durch die seelische und körperliche Belastung nicht imstande, allein seinen Wählerwillen kundzutun. Das erledigen dann jene für ihn, die ihn in das Wahllokal gebracht haben.

Wenn jemand von Ihnen, meine Damen und Herren, schon jemals als Beisitzer in einem Wahllokal tätig war, wird und muß er mir das bestätigen.

Durch Ihr Nein zur Briefwahl und durch Ihr Nein zu den vielen Vorschlägen und Anträgen der Österreichischen Volkspartei wissen wir schon lange, daß Sie im Besitze ihrer Macht den Kontakt zu den Wählern verloren haben. In der jüngsten Nummer der „Zukunft“ wurde uns das bestätigt. Ich zitiere:

„Die Parteioorganisation komme zwar ihren organisatorischen Aufgaben nach wie vor ausgezeichnet nach, habe jedoch den unmittelbaren Kontakt mit den Mitgliedern und Wählern in einem besorgniserregenden Maße eingebüßt.“ — So ein Spitzenfunktionär Ihrer Partei!

Meine Damen und Herren! Bei der Österreichischen Volkspartei stand und steht der Mensch immer an erster Stelle. Das ist es, was uns von Ihnen so grundlegend unterscheidet. (Beifall bei der ÖVP.) Das war auch der Grund dafür, in der ersten Sitzung des Wiener Landtages diesen Antrag einzubringen. Ihren guten Willen: Näher zum Wähler! können Sie damit bekunden, daß Sie unserem Antrag Ihre Zustimmung geben. (GR. Dinhof: Dazu hat der Stadtrat Schieder schon gestern etwas gesagt!) Das können Sie nicht oft genug hören, bis es wirklich richtig in Sie eindringt und Sie es auch erfassen. Bisher haben Sie es nicht erfaßt, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.)

Den Wahlausgang vom 8. Oktober versuchen Sie selbstverständlich zu bagatellisieren. (GR. Gawlik: Das versuchen wir gar nicht! Das ist ein Irrtum! Da sind Sie sehr falsch informiert!) In Wirklichkeit hat er Sie, meine Damen und Herren, hart getroffen. Es gibt kaum einen Spitzenfunktionär Ihrer Partei, der seine Aussagen zum Wahlausgang in der Öffentlichkeit nicht mit einem „mea culpa“ beginnt. Kritik ist „in“.

Um diese Selbstkritik weithin sichtbar zu machen, setzen Sie für jede Geschäftsgruppe einen Arbeitskreis ein, der die Aufgabe hat, neue Vorschläge für die Arbeit im Gemeinderat zu erstellen.

Ich für meine Partei möchte erklären, daß diese Arbeitskreise nicht notwendig sind (GR. Hirsch: Das müssen Sie schon uns überlassen!), denn wir haben unseren Wählern ein Programm vorgelegt und aufgrund dieses die verstärkte Mandatsanzahl bekommen. (Beifall bei der ÖVP. — GR. Schultz: Daß 57 Prozent SPÖ gewählt haben, das wollen Sie nicht sehen! Die haben aus der Luft heraus SPÖ gewählt! — Rufe und Gegenrufe bei ÖVP und SPÖ. — GR. Gawlik: Laßt doch die Frau Härtel über Gesundheit reden!)

Ich werde nicht über Gesundheit, sondern über Soziales reden, wenn Sie das haben wollen. Herr Gemeinderat! (Beifall bei der ÖVP.) Sie können ja auch warten, oder? Sie können ja sicher warten, nicht? Wenn Sie in der Zwischenzeit Ihre Zwiesgespräche eingestellt haben, kann ich mit meinem Debattenbeitrag fortfahren. (GR. Schultz: Das sind Zwischenrufe, die sind gestattet!)

Unsere Anträge und Vorschläge haben Sie bisher immer mit der Begründung abgelehnt, daß Sie aufgrund Ihres Wählerauftrages Ihr Wahlprogramm zu erfüllen haben. Müssen Sie, meine Damen und Herren, bei dieser Wahl ein schlechtes Programm vorgelegt haben, daß Sie daraus keine konstruktive Arbeit ableiten können!

Damit der Arbeitskreis für die Geschäftsgruppe Soziales eine Arbeitsunterlage hat, erlaube ich mir, Ihnen nochmals einige unserer Anliegen vorzutragen, und auch aus dem Grund, damit im Laufe der Legislaturperiode nicht immer wieder über die Urheberrechte eine Diskussion entsteht. Obwohl es uns eigentlich egal ist, meine Damen und Herren, wenn Sie einen unserer Anträge für sich reklamieren. Uns geht es darum, den Menschen unserer Stadt das Leben zu erleichtern. (Beifall bei der ÖVP.)

Eines unserer großen Anliegen ist die Anhebung der Einkommensgrenze für jenen Personenkreis, der mit seinem Einkommen knapp über dem Richtsatz liegt. Ein geringes Mehreinkommen macht diesen schon aller finanziellen Befreiungen verlustig. Dadurch werden die Betroffenen immer mehr benachteiligt und leben in schlechteren finanziellen Verhältnissen als unsere Sozialrentner. Ich glaube kaum, daß wir mit der Beseitigung dieses Unrechtes noch lange zuwarten können.

Desgleichen ist die Einführung der Seniorennetz Karte ein langjähriges Verlangen meiner Fraktion. Mit den verschiedensten Begründungen Ihrerseits wird diese immer wieder abgelehnt. Der Hauptgrund: die defizitäre Lage der Verkehrsbetriebe. Nun, diese wäre oder besser gesagt könnte gar nicht schlechter sein, auch wenn wir die Seniorennetz Karte schon lange eingeführt hätten.

Herr Stadtrat Dr. Stacher meinte bei seiner Ablehnung: Alt ist nicht gleich arm, daher könnte diese Netz Karte zum Unterschied von den defizitären Bundesbahnen an eine angemessene Einkommensgrenze gebunden sein.

Meine Fraktion hat sich vehement gegen die ersatzlose Streichung der Fürsorgeräte gewehrt. Da sich langsam auch in Ihrer Partei die Erkenntnis durchsetzt, daß in der Betreuung unserer Betagten eine Lücke entstanden ist, haben Sie den Kontaktbesuchsdienst eingeführt. Obwohl seit Jahren in einigen Bezirken das versuchsweise durchgeführt wurde, fehlen offensichtlich noch immer jene Erfahrungswerte, die für eine generelle Durchführung die Grundlagen liefern sollen. Die wird es aber auch sehr schwer geben, denn was sollen 10 oder 15 Personen in einem Bezirk mit zigtausend älteren Bürgern tun? Wenn ein alter Mensch einmal im Jahr oder gar nur alle drei Jahre einmal besucht wird, so zeigt es sich auch hier wieder, daß dieser Dienst nur der Optik halber eingeführt wurde. Einem Hilflösen kann auf diese Art niemals geholfen werden.

Ich erlaube mir daher, einen Antrag von mir und GR. Lehner einzubringen:

„Im Rahmen des Sozialdienstes der Stadt Wien möge die Funktion eines Sozialrates eingeführt werden, der die Aufgabe des ehemaligen Fürsorge-

rates übernimmt, den Kontakt zu alleinstehenden alten Menschen, zu allen Hilfsbedürftigen schlechthin, vor allem zu den Gebrechlichen und Körperbehinderten unterhält und diesen ohne viel Bürokratie bürgernahe Sozialhilfe leistet.“

Herr Stadtrat Schieder hat gestern bei seinem Schlußwort nicht gewußt, wie er den alten Mutterln eine Information über die Wohnbaubehilfe zukommen lassen soll. Der Sozialrat hätte hier gleich eine Aufgabe. (Beifall bei der ÖVP.)

Als zusätzlichen Denkanstoß möchte ich folgenden Vorschlag bringen: Da sicher nicht alle in Frage kommenden Bewohner des Bezirkes einen Besuchsdienst haben wollen, schlagen wir vor, daß die Bezirksvorsteher allen, die über 65 Jahre sind, eine Postkarte zusenden, welche nur zwei Fragen und deren Beantwortung aufweisen soll: „Ja, ich will einen Besuchsdienst“, „Nein, ich will keinen Besuchsdienst“. Man würde sich damit jeden unerwünschten Besuch ersparen und die vorhandenen Kräfte für die wirklich Bedürftigen einsetzen können. Es wird — die Praxis beweist es hinlänglich — unbedingt erforderlich sein, die karitativen und kirchlichen Institutionen in diese Arbeit mit einzu beziehen.

Damit unsere Alten aber nicht, wenn sie zu Hause bleiben, der Verwahrlosung anheimfallen, wird es notwendig sein, den Reinigungsdienst mehrmals und nicht nur einmal monatlich anzubieten. (Beifall bei der ÖVP.) Ich weiß schon, daß es auch davon abhängig ist, wie viele sich zu dieser Arbeit melden; es muß aber trotzdem ein Weg gefunden werden.

Für unsere körperlich gesunden alten Menschen gibt es, wenn sie für sich allein nicht mehr sorgen können, die Pensionistenheime. Für die vom Schicksal Benachteiligten, für unsere Behinderten, gibt es überhaupt keine Unterbringungsmöglichkeit, außer man sieht Steinhof als eine solche an.

Ich wurde erst kürzlich von einer Mutter gebeten, ihr einen Rat zu geben, wo sie ihren Sohn — er ist 54 Jahre, fährt allein zur Arbeit, kann sich aber auf keinen Fall allein versorgen — anmelden kann. Sie möchte ihn gut versorgt wissen, wenn ihr plötzlich etwas zustoßen sollte.

Ich habe mich, damit ich ja keine falsche Auskunft erteile, erkundigt, aber leider: Es gibt wirklich nichts. In etwa — so die Auskunft — zwei Jahren soll mit einem Bau begonnen werden.

Daß hier eine Lücke im Sozialsystem vorhanden ist, das müßten eigentlich alle Verantwortlichen wissen, auch ohne Arbeitskreise. Wenn diese Heime auch nicht so spektakulär sein werden wie etwa unsere Pensionistenheime, so sind sie sicher ebenso dringend notwendig. Hier muß der Ausschuß „Gesundheit und Soziales“ wirksam werden, und ich bitte den Herrn Stadtrat Dr. Stacher, nicht erst auf etwaige Ergebnisse zu warten.

So wie jedes Jahr — laut Voranschlag ist es der siebente Teil — finden wir wieder 3,5 Millionen Schilling für das Männerheim Meldemannstraße.

Bisher waren es schlichte 18 Millionen Schilling, aber nicht nur zum siebenten Mal eine so große Summe, sondern zum siebenten Mal für den Umbau des Tagraumes und der Duschanlagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß hier etwas nicht stimmen kann. Wenn diese Millionen wirklich nur zum Umbau des Tagraumes und der Duschanlagen verwendet werden, so müssen die Armaturen in Gold ausgestattet sein. Sollten diese Millionen aber nicht zu diesem Zweck Verwendung finden, so muß das im Voranschlag entsprechend aufscheinen.

Ich verstehe auch nicht, weshalb ausgerechnet in diesem Heim so viele Millionen investiert werden, bietet sich doch ein passender Vergleich dafür an. Für das Familienheim Kastanienallee werden für 1979 484.000 Schilling bereitgestellt. Ist in diesem Heim, wo auch Kinder untergebracht sind, alles zum Besten? Ich kann mich nicht erinnern, daß für dieses Heim solche Millionenbeträge Jahre hindurch bereitgestellt wurden.

Meine Damen und Herren! Auf der einen Seite müssen Menschen, die nicht imstande sind, für sich allein zu sorgen, in eine geschlossene Anstalt, wo sie dann gänzlich defekt werden, und auf der anderen Seite werden Millionen zum größten Teil für Außenseiter der Gesellschaft verwendet, um seit sieben Jahren einen Tagraum und Duschanlagen umzubauen, die diese ohnehin nie verwenden.

Weihnachten, das Fest der Liebe und der Freude! Zeitungen bitten ihre Leser um Spenden, um Einsamen und in Not Geratenen eine Freude zu bereiten. So bittet auch die „AZ“ vom 25. November ihre „lieben Leserinnen und Leser“ um Weihnachtsspenden. An sich lobenswert. Nur ist dieser Aufruf eine Schande für unser Sozialwesen. Ist es wirklich möglich, daß in der Kinderstation des Psychiatrischen Krankenhauses für diese Armen kein Spielzeug vorhanden ist und daß die Kinder nach Liebe betteln müssen, weil niemand da ist, der sich mit ihnen beschäftigt?

In unseren Pensionistenheimen gibt es Animatoren, damit die Pensionäre beschäftigt werden, und in diesem Krankenhaus müssen zwanzig Kinder mit einer Schwester vorlieb nehmen. Diese Sammlung erinnert wohl an die schlimmste Zeit nach 1945, wo für nichts und niemanden Geld vorhanden war. Aber in diesem Aufruf ist jeder Satz eine Provokation für die Verantwortlichen.

Lassen wir die „AZ“ berichten: „... Doch auf den Zimmern und im Tagraum der Kleineren, die noch nicht zur Schule gehen, ist die Stimmung sehr bedrückend. Die drei- bis sechsjährigen Buben und Mädchen krabbeln antriebslos am Boden herum oder liegen in ihren Bettchen. Hier fehlt es ganz besonders an Erzieherinnen und Therapeutinnen, die mit den Kindern spielen können. Aber es gibt kaum Spielzeug für die Kinder. Die noch in ihrem Bettchen liegen, brauchen Greifspiele, damit sie sich zu bewegen anfangen, aber wir haben kein Geld, solche Spiele zu kaufen — erzählt eine junge Lehrerin. Im Etat des Krankenhauses ist für Spielzeug kein Platz ...“

Sie kennen diesen Artikel sicherlich, wenn nicht, stelle ich ihn Ihnen gerne zur Verfügung.

Herr Stadtrat, was haben Sie zu diesem Aufruf gesagt? Sind Sie nach wie vor der Überzeugung, daß bei solchen Zuständen ein Ausschuß eingesetzt werden muß, um Schwachstellen im Sozialwesen festzustellen? Spüren Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates, nicht die Diskrepanz zwischen Kinderpsychiatrie und Männerheim Meldemannstraße? (Beifall bei der ÖVP.) Wenn zum Beispiel die Floridsdorfer Brücke um eine Woche später fertiggestellt worden wäre — Sie hätten sie noch immer vor der Wahl eröffnen können —, dann hätten wir für jedes Kind eine Betreuerin aufnehmen können und für Spielzeug wäre noch immer Geld vorhanden gewesen. (GR. Schultz: Das ist ein treffender Vergleich! — GR. Hahn: Geld ist Geld!) Ja, Geld ist Geld, ein wenig umschichten. Sie müßten nur variabler sein! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich kann mir ja vorstellen, daß Ihnen das Spektakel auf der Floridsdorfer Brücke sicher lieber war, als wenn die Kinder nicht antriebslos herumkrabbeln, denn die sieht ja letztlich auch niemand. (Beifall bei der ÖVP.)

In der letzten Sitzung des Kuratoriums der Pensionistenheime haben wir gehört, daß jene Bur-schen, die aus den verschiedensten Gründen den Dienst mit der Waffe verweigern, in diesem Heim zur besonderen Zufriedenheit aller eingesetzt werden. Vielleicht wäre auch hier für diese jungen Menschen eine Möglichkeit, zu arbeiten.

Herr Stadtrat Dr. Stacher, wir hoffen, daß Sie nicht allein auf das Spendenergebnis der „AZ“ warten, sondern daß Sie Anweisung geben, diesen ärmsten Kindern eine Freude zu bereiten. (Beifall bei der ÖVP.)

Alle in meinem Debattenbeitrag aufgezeigten dringenden Wünsche und Anträge für unsere Alten und Behinderten sind nur ein Teil unseres Arbeitsprogramms. Die Österreichische Volkspartei könnte sofort mit der Arbeit beginnen, denn wenn man den Kontakt mit den Mitmenschen nicht in einem besorgniserregenden Ausmaß eingebüßt hat, kennt man ihre Sorgen und Nöte. Nützen wir die Chance der neuen Legislaturperiode. Ich danke. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Ing. Hofstetter: Als nächster Redner gelangt Frau GR. Szöllösi zum Wort. Ich erteile es ihr.

GR. Maria Szöllösi: Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren! Mein Debattenbeitrag befaßt sich mit den sozialen Aufgaben der Stadt Wien und der Betreuung der älteren Generation.

Aus dem Voranschlag 1979 sehen wir, daß sich bei der Rubrik 501, Sozialwesen, Magistratsabteilung 12, die Ausgaben gegenüber dem Jahre 1978 um 15,35 Prozent vermehrt haben. Der Ausgabenansatz für 1978 betrug 885.102.000 Schilling, und für 1979 wird er 1.020.938.000 Schilling betragen. Das ist ein Plus von 135 Millionen Schilling oder — wie ich schon gesagt habe — 15,35 Prozent.

Der Heimhilfedienst, einer der wichtigsten sozialen Dienste der Stadt Wien, wurde in den letzten Jahren ganz besonders ausgeweitet. Im Jahre 1977 wurden 1.366.900 Stunden mit einem Kostenaufwand von 129,1 Millionen Schilling erreicht. 1978 waren es rund 1.690.000 Stunden, und für 1979 wird eine wesentlich höhere Stundenanzahl erwartet. Da in der Heimhilfe immer mehr bettlägerige Fälle auftreten und wir jetzt den Soforteinsatz aus den Spitälern, hier vor allem aus dem Elisabeth-, Wilhelminen-, Franz Josef-Spital und Rudolfsplatz, dem Allgemeinen Krankenhaus sowie aus dem Floridsdorfer Spital haben, werden von den Vereinen die größten Anstrengungen unternommen, die steigenden Anforderungen durch die Heimhilfe zu bewältigen.

Ich will gar nicht leugnen, daß durch den zeitweilig verstärkten Anfall, durch die beginnende Winterzeit sowie auch infolge des Zustroms durch die Kontaktbesuche Wartefälle entstehen. Der Heimhilfedienst wird am stärksten von der Altersgruppe der Siebzig- bis Neunzigjährigen in Anspruch genommen.

Mit dem Heimhilfedienst wird eine echte Leistung für die ältere Generation geboten und den älteren Menschen damit die Möglichkeit gegeben, länger in ihrem Haushalt, in der gewohnten Umgebung zu leben, denn wir bejahen, daß sie so lange wie möglich in ihrem gewohnten Lebensbereich bleiben sollen.

Meine Damen und Herren! Aus ähnlichen Überlegungen wie der Heimhilfedienst, wurde der Dienst der mobilen Schwestern, die auch der verlängerte Arm der praktischen Ärzte genannt werden, geschaffen. Sie stellen einen wichtigen Faktor für die Pflege kranker Menschen zu Hause dar. Ihr Einsatz ist für die Patienten kostenlos. Angestrebt wird, diesen Dienst auf ganz Wien auszudehnen. Durch den Einsatz der mobilen Schwester ist es nicht nur möglich, die Spitalsaufenthalte zu verkürzen, sondern oft auch ganz zu vermeiden. Waren die Schwestern am Anfang nur von Montag bis Freitag eingesetzt, so stehen sie jetzt auch Samstag und Sonntag für schwere Fälle zur Verfügung.

Aus der großen Palette der Sozialdienste der Stadt Wien möchte ich noch einen Dienst, nämlich den Kontaktbesuchsdienst, hervorheben. Hier möchte ich meiner Vorrednerin doch sehr, sehr widersprechen. Erstens einmal sind die Kontaktbesucher nicht zehn Personen, sondern ihre Anzahl ist mit 20 Personen limitiert. Außerdem ist es nicht ein einmaliger Besuch, den sie machen. Die Kollegin weiß doch aus dem Ausschuß ganz genau, daß der Kontaktbesuchsdienst die Aufgabe hat, zu den älteren Mitbürgern zu gehen, um jene, die trotz aller Anstrengungen der Öffentlichkeitsarbeit vielfach nichts über die Möglichkeiten wissen, die ihnen die Stadt bietet, zu informieren, oder jenen, die oft aus falscher Scham das Sozialamt nicht aufsuchen, zu zeigen, welche Möglichkeiten die Stadt bietet. Ich glaube auch, daß der Kontaktbesuch, den es nicht nur in ein oder zwei Bezirken gibt, sondern der auf viele Bezirke Wiens ausgedehnt worden ist, den älteren Menschen unserer Stadt Möglichkeit

zu einer Aussprache und zur Anforderung eines Besuchsdienstes bietet. Liebe Kollegin, Sie selbst wissen das ja auch von den älteren Leuten.

Ich glaube, daß Ihre Anregung, der Bezirksvorsteher möge den Betroffenen eine Karte schreiben und fragen, ob Sie einen Besuchsdienst wünschen oder nicht, oft nur zur Verwirrung führt, denn diese älteren Leute können sich vielfach gar nicht vorstellen, um was es sich handelt. (GR. Hahn: Das muß ihnen erklärt werden. Dafür ist ja der Presse- und Informationsdienst da!) Sie wissen ganz genau, daß die älteren Leute das vielfach nicht lesen und wir daher diesbezüglich einen Notstand haben. Daher der Kontaktbesuch, damit die Leute nicht zu uns kommen müssen, sondern wir zu ihnen gehen und ihnen Auskunft über unsere sozialen Dienste geben.

Meine Damen und Herren! Zusammenfassend möchte ich sagen, daß alle diese Dienste, die ich besonders hervorgehoben habe — es ist nur ein kleiner Teil —, dazu beitragen sollen, die sogenannte neue Armut, nämlich das Gefühl des Alleinseins, die soziale Isolation, die mangelnde Information und die oft fehlende Motivation zu beseitigen.

Die Aufgabe der Gesellschaft, für ihre Senioren in Zukunft zu sorgen, soll vor allem auch darin liegen, den älteren Mitbürgern zu helfen, den gewohnten Lebensbereich möglichst nicht in Altersheime oder in Pflegeheime verlegen zu müssen, sondern ihn zu Hause zu erhalten. Sie soll den Angehörigen deren Hilfspflicht bewußt machen. Das alles ist zweifelsohne auch in Zukunft nur unter Aufbietung aller Kräfte und durch die Motivation der Bevölkerung auf breiter Basis möglich. Dazu wird das Zusammenwirken staatlicher, städtischer und privater Organisationen in noch stärkerem Maße als bisher notwendig sein.

Hier noch ein Wort, eine Feststellung. Alle Dienste, die von privaten Organisationen im Rahmen der sozialen Dienste der Stadt Wien durchgeführt werden, sind nur möglich durch die Subventionen der Stadt. Eine Tatsache, die immer wieder von der ÖVP nicht gesagt oder einfach vergessen wird.

Post 45 betrifft die Blindenbeihilfen. Erfreulicherweise konnte auch hier eine Erhöhung des Ansatzes von 102 Millionen auf 118,3 Millionen erreicht werden. Die Blindenbeihilfe wurde um sieben Prozent auf 2.770 Schilling für Vollblinde und um 1.800 Schilling für praktisch Blinde erhöht. Die Bundesländer Niederösterreich und Burgenland haben niedrigere Blindenbeihilfesätze.

Der Ansatz für Fahrt- und Transportkosten erhöht sich von 5.200.000 Schilling auf 7 Millionen Schilling. Insbesondere ist daran gedacht, den Beförderungsdienst für Schwerstbehinderte, den wir gemeinsam mit dem „Club handicap“ schon vor einem Jahr ins Leben gerufen haben, weiter auszubauen und im kommenden Jahr mit eineinhalb Millionen zu dotieren.

Der deutsche Städtetag, der sich mit Fragen des U-Bahn-Baues beschäftigte, hat festgestellt, daß alle Städte einheitlich der Auffassung sind, daß

öffentliche Verkehrsmittel für Schwerstbehinderte ungeeignet sind und daher nur auf ein eigenes Behindertentransportsystem ausgewichen werden kann. Die Stadt Berlin wird demnächst einen großzügigen Transportdienst in dieser Richtung aufbauen, wobei man sich auch auf das Beispiel der Wiener Rollstuhltaxis bezieht. Jedenfalls scheint damit bewiesen, daß unsere Entscheidung, einen Beförderungsdienst für Schwerstbehinderte, also vor allem für Rollstuhlfahrer, einzurichten, richtig gewesen ist, da es wahrscheinlich niemals möglich sein wird, eine U-Bahn oder ein anderes öffentliches Verkehrsmittel völlig behindertengerecht einzurichten.

Grundsatz sozialistischer Kommunalpolitik im Sozialbereich muß es sein, einerseits die einzelnen sozialen Dienste möglichst vielfältig und bevölkerungsnahe zu gestalten, andererseits jedoch dem einzelnen das Gefühl zu geben, mit seinen Problemen nicht abgeschoben zu werden.

Meine Damen und Herren! Von den sozialen Diensten der Stadt Wien für die Senioren zu einer neuen Leistung des Sozialamtes, nämlich zum Verein soziale Hilfe für gefährdete Frauen und ihre Kinder, kurz das Frauenhaus genannt. Welche waren die Gründe, die zur Einrichtung dieses Dienstes geführt haben? Das Problem der Gewalt gegen Frauen in der Familie ist auch in Österreich nach Aussagen von Sozialarbeitern weit verbreitet. Ebenso ist die Verschweigung dieses Problems Tatsache. International hat sich jedoch gezeigt, daß die betroffenen Frauen, sobald sie eine konkrete Alternative in Form einer Zufluchtsstätte haben, diese auch benützen. In allen Fällen kamen mehr Frauen, als diese Institution bewältigen konnte. Das Haus steht seit 1. November 1978 in vollem Betrieb und ist Tag und Nacht unter der Telefonnummer 31 56 56 erreichbar. Das Haus steht allen Frauen jederzeit offen. Die Länge des Aufenthaltes richtet sich nach den Bedürfnissen der einzelnen Frauen. Mit Stichtag 9. Dezember 1978 wurden seit Beginn 32 Frauen und 36 Kinder betreut. Eine erfreuliche Bilanz ist, daß 12 Frauen zu ihren Ehemännern zurückgingen; zwei gingen zu Verwandten und vier leben allein.

Das Ziel dieses Vereines ist folgendes: Der Aufenthalt soll der Frau die Möglichkeit geben, in einer sicheren und angstfreien Atmosphäre ihre Schwierigkeiten und Probleme besprechen und bewältigen zu können. Die Zeit im Frauenhaus soll die Frau auf ihr Leben danach vorbereiten, soll ihr sowohl Sicherheit als auch Information vermitteln. Die Frau soll in die Lage versetzt werden, unabhängig davon, ob sie zu ihrem Partner zurückkehrt oder allein leben möchte, sich besser durchzusetzen, um ein eigenständigeres und menschlicheres Leben führen zu können.

Sehr befremdet hat mich der Leserbrief im „profil“ von der Frauenbewegung der Österreichischen Volkspartei. Meine Damen und Herren, es genügt nicht, nur von einer Einrichtung zu sprechen und nicht selbst Anstrengungen zu machen, diese Pläne zu verwirklichen, wie es von uns gemacht wurde. Wir mußten das Geld unseren Stadt-

räten nicht entreißen, denn sowohl der Stadtrat für die Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales als auch der Finanzstadtrat hatten für unser Anliegen Verständnis.

Meine Damen und Herren! Ich möchte meinen Debattenbeitrag über das Kapitel Gesundheit und Soziales mit dem letzten Satz des Herrn Bürgermeisters aus seiner Antrittsrede vom 13. November 1978 beenden: Der Kampf gegen Armut und der Kampf für die Gleichberechtigung von benachteiligten Minderheiten ist ein stetes Bestreben der Stadtverwaltung.

Meine Damen und Herren! Wir Sozialisten werden den Ansätzen des 5. Hauptstückes gerne unsere Zustimmung geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Ing. Hofstetter: Als nächster Redner gelangt Herr Stadtrat Dr. Stacher zum Wort. Ich erteile es ihm.

Amtsführender Stadtrat Dr. Stacher: Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Ich möchte doch zu einigen Punkten, die heute in der Debatte aufgeworfen wurden, Stellung nehmen.

Wenn man die Debatte so verfolgt, hat man den Eindruck — ich kann das an vielen Unterlagen nachweisen —, daß der Wahlkampf vorbei ist und viele Dinge, die noch vor einiger Zeit behauptet wurden, heute Gott sei Dank nicht mehr existieren. Ich möchte vor allem deswegen allen Debattenrednern herzlich danken, weil ich den Eindruck habe, daß sie nun auch von der Oppositionsseite her bereit sind, wieder in zunehmendem Maße zusammenzuarbeiten, was auf dem Sektor des Gesundheits- und Sozialwesens zugunsten der Bürger unserer Stadt zweifelsohne notwendig ist.

Zum Thema SMZ-Ost kann ich nur das wiederholen, was ich schon mehrfach an dieser Stelle gesagt habe. Herr GR. Dr. Hirnschall, Sie haben sehr richtig erwähnt, daß wir Krankenpflegeschule, Wohnhaus und Altentrakt bauen. Ich kann Ihnen aber auch mitteilen, daß wir seit einigen Wochen bei der Planung des Krankenhauses sind, daß wir dabei sind, die Betriebsorganisation des neuen Krankenhauses aufzustellen, daß wir mit den Architekten und mit der Stadtplanung verhandeln, weil wir klarlegen müssen, in welcher Form das Krankenhaus gebaut werden soll.

Ich möchte hier noch einmal meiner Überzeugung Ausdruck geben, daß das Krankenhaus Ost kein Zentralkrankenhaus sein soll, sondern daß man ein Mittelding finden muß zwischen einem Zentralkrankenhaus und einem Pavillonkrankenhaus, also gute Verbindungswege einerseits, für die Patienten eine optimale Situation andererseits. Es sollte etwa vier Stock hoch werden und nicht höher, und es sollten die Räume möglichst belichtet sein. Nach den Vorplänen, die wir haben, wird das möglich sein, nur sind auch von der Stadtplanung notwendige Voraussetzungen zu schaffen, damit nicht dann womöglich an der Südseite ein Autobahnzubringer hinkommt. Ich möchte hier Herrn StR. Wurzer danken, daß er sich dieser Sache annimmt.

Wir sind jetzt also bei der Planung dieses Krankenhauses, ganz gleich, ob Niederösterreich für 200 Betten zahlt oder nicht. Genaugenommen ist das dann für die Wiener Stadtverwaltung eine Frage von untergeordneter Bedeutung, denn wir wissen ja, daß 20 Prozent der Patienten in den Wiener Krankenhäusern sowieso Nichtwiener sind, daß etwa 18 Prozent Niederöreicher sind. Ob wir jetzt in einem Krankenhaus genau 200 Betten für die Niederöreicher reservieren, oder ob wir sie sonst in einem Spital, wo freie Betten sind, aufnehmen, ist eigentlich eine Frage zweiter Ordnung. Wesentlich ist, daß die Patienten, die es notwendig haben, in den Spitälern unterkommen.

Was das Allgemeine Krankenhaus anbelangt, kann ich Ihnen über einzelne Details auch keine Auskunft geben, weil Sie genau wissen, daß die Allgemeines Krankenhaus Planungs- und Errichtungs-Gesellschaft eine eigene Gesellschaft ist und das Kontrollorgan wie bei allen diesen Gesellschaften der Aufsichtsrat ist, in dem sicherlich auch Leute von mir sitzen, so daß ich informiert werde. Auf der anderen Seite, auf der Nutzerseite, sind wir dauernd im Gespräch mit der AKPE; über Auftragsvergaben kann ich aber keine Auskünfte geben, das ist bei der AKPE nachzufragen.

Die Telfonanschlüsse bei der Mütterberatung. Sie haben selbst erwähnt, daß die Magistratsabteilung 11 dafür zuständig ist. Ich kann Ihnen sagen, daß ich auch an die Frau Vizebürgermeister geschrieben habe, die sicherlich versuchen wird, Möglichkeiten zu schaffen.

Nun aber zur Psychiatrie. Es ist mir sehr angenehm, daß Sie das heute nach dem „profil“-Artikel hier gebracht haben, weil auch ich der Meinung bin, daß darüber viel zu sagen ist. Über die grundsätzliche Organisation habe ich in der Fragestunde schon Auskunft gegeben, und ich möchte das nicht wiederholen, um Sie damit nicht zu langweilen. Über die Maßnahmen, die wir schon begonnen haben, habe ich ebenfalls Auskunft gegeben. Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß wir, wenn Unzukömmlichkeiten, ganz gleich wo, ob in der Psychiatrie, in einem anderen Krankenhaus oder überhaupt in meiner Geschäftsgruppe bekannt werden, darauf reagieren werden. Ich habe gestern abend den verantwortlichen Redakteur für diesen Artikel mit dem Verantwortlichen des Psychiatrischen Krankenhauses persönlich konfrontiert und die Weisung gegeben, daß gegen die angegriffenen Personen ein Disziplinarverfahren eingeleitet wird. Es soll klarstellen, wieweit diese Anschuldigungen richtig sind. Wenn sie richtig sind, wird es die entsprechenden dienstrechtlichen Konsequenzen geben, wenn sie nicht richtig sind, werden wir uns natürlich schützend vor das Personal stellen.

Mein Hauptargument ist, daß ich der Meinung bin, daß die Patienten in den psychiatrischen Krankenhäusern die gleiche Pflege verdienen wie in den anderen Krankenhäusern. Auf der anderen Seite aber weiß ich, daß dort viele Ärzte und Pfleger aufopfernd ihren Dienst versehen. Wenn einige darunter sind, die das nicht tun, sollen die anderen dadurch keinen Schaden erleiden. Dafür müssen

wir, glaube ich, eintreten. Sind Außenseiter drinnen, müssen sie entfernt werden, damit nicht die anderen pauschal in einen schlechten Ruf kommen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich werde sicher nicht resignieren, das kann ich hier im Wiener Gemeinderat versprechen, denn würde ich sehr leicht resignieren, hätte ich schon vor mehr als fünf Jahren bei der Übernahme der Spitalverwaltung resignieren müssen. Sie sehen aus dem, was in den fünf Jahren geschehen ist, daß ich gar nicht geeignet bin, zu resignieren.

Zur Frau GR. Schlick möchte ich sagen: Ich danke, daß sie dafür ist, daß wir zusammenarbeiten. Auch ich bin der Meinung, daß es notwendig ist.

Sie hat hier von der Vorsorgemedizin, von der primären und sekundären Prävention gesprochen. Ich möchte daran erinnern, daß wir — ich habe es auch im Gesundheitsplan erwähnt — auch noch eine tertiäre Prävention, wie ich es nenne, mit einschließen müssen. Die primäre und sekundäre Prävention hat sie hier eindeutig erklärt. Unter tertiärer Prävention verstehe ich, daß man die Patienten, die nach einer Erkrankung wieder gesund wurden, die trotz ihrer Gesundung oder Heilung — unter Anführungszeichen — Risikopatienten sind, besser nachbetreut und Nachsorgemöglichkeiten einrichtet.

Wenn hier die Frage aufgeworfen wird, wieweit die Vorsorge- oder Nachsorgeuntersuchungen noch nicht zielführend sind, kann ich ganz einfach antworten. Es ist einfach so, daß die Bevölkerung zum Teil noch nicht genügend Verständnis dafür hat, daß noch mehr Aufklärungsarbeit von allen Seiten geleistet werden muß. Es hat ursprünglich bei den Vorsorgeuntersuchungen zu große administrative Schwierigkeiten gegeben, die schon weitgehend beseitigt sind. Es gehören dazu aber auch Ärzte. Hier komme ich dann auch gleich auf das, was Herr GR. Traindl bei den Schulärzten gesagt hat. Wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, daß wir zuwenig praktische Ärzte haben. das heißt Ärzte, die schon den Turnus im Spital gemacht haben.

Wir können nicht einen Teil der Gesundheitspolitik isoliert betrachten. Ich kann nicht von den Schulärzten reden, ich kann nicht von der Vorsorgeuntersuchung reden, ohne überhaupt generell die Situation der Ärzte in Rechnung zu stellen und ohne mir klar zu machen, daß zuwenig fertig ausgebildete Ärzte vorhanden sind. Ich muß in diesem Rahmen neuerlich darauf hinweisen, daß wir in der Stadt alles tun, um zu diesen Ärzten zu kommen, mit Beratungsstellen, mit Kreditaktionen, mit Lehrpraxen, und daß wir aus den Spitälern fertig ausgebildete Ärzte hinausdrängen, eine manchmal nicht sehr populäre Maßnahme, das gebe ich gerne zu, damit wir für die Versorgungsaufgaben der Stadt Wien genügend Ärzte haben.

Ich möchte weitergehend erklären, daß wir auf die Dauer nicht imstande sind, den Totenbeschaudienst ordentlich zu organisieren, weil uns Ärzte hierzu fehlen. Daß wir dazu Zeit benötigen, weil laut Gesetz jeder Arzt zumindest drei Jahre im Spital

praktizieren muß, das, glaube ich, muß ich Ihnen im einzelnen nicht näher erläutern, das wissen Sie selbst.

Das sind die Ursachen, und damit sind auch die Fragen, die Frau GR. Schlick gestellt hat, einfach zu beantworten.

Warum funktioniert die Prävention nicht in dem Maße, wie wir es uns wünschen? Es ist ein Entwicklungsprozeß, der vom Personal und von den Ärzten abhängt.

Warum funktioniert die Psychiatrie nicht so, wie wir es wünschen? Weil wir auch dort einen Mangel an Ärzten und an Pflegepersonal haben und weil ein komplettes Umdenken notwendig ist, auch ein Umdenken der Bevölkerung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wurde gefragt, warum wir keine Betten haben. Wir haben genügend Betten, es gibt nur Verteilungsschwierigkeiten. Warum haben wir — kann ich jetzt fragen — das Bettenreservierungssystem in Angriff genommen? Weil wir diese Verteilungsschwierigkeiten beseitigen und damit zeigen wollen, daß wir an sich genügend Betten haben. Wenn die Organisation einmal steht, wird eine Verteilung ohne Schwierigkeiten durchgeführt werden können.

Das bedeutet jedoch nicht, daß wir nicht wissen, daß wir im Osten Wiens ein Krankenhaus benötigen. Das Krankenhaus Ost werden wir auch bauen.

Nun zum Diskussionsbeitrag von Frau GR. Härtel. Sie wollte nicht provozieren. Sie hat aber den Ausgang der Gemeinderatswahlen erwähnt. Sie hat die Briefwahl erwähnt. Ich kann nur feststellen, daß ich froh bin, daß ihr zu meiner Geschäftsgruppe nicht noch weitere Dinge eingefallen sind, die mit der Geschäftsgruppe und dem Budget nichts zu tun haben. Sie hat jedoch die grundsätzliche Einstellung der Österreichischen Volkspartei zu den Sozialdiensten zu erwähnen vergessen. Das habe ich eigentlich erwartet.

Ich habe hier eine Aussendung von Vizebürgermeister Busek, der angesichts der stark ansteigenden Verschuldung der öffentlichen Haushalte es dringend für notwendig hält, die bisherige Form der Sozialpolitik zu überdenken. Er findet, daß es nötig ist, in eine Phase der bürgernahen Sozialpolitik einzutreten, „denn die jetzt immer noch drückenden Probleme können kaum mehr allein mit einem vernünftigen durch die Volkswirtschaft zu rechtfertigendem Einsatz an Geldmitteln gelöst werden, sie müssen verstärkt durch Engagements des einzelnen Bürgers für den Mitmenschen bewältigt werden“. Weiters meint er, daß die Privatinitiative zu fördern sei, was ich ebenfalls unterstreiche, und daß die Kinderbetreuungsdienste, die Heimhilfe, die Reinigungsdienste, die Besuchsdienste, nur mit gewaltigem Kostenaufwand der öffentlichen Hand allein nicht geführt werden können. Vernünftiger wäre es, stärker als bisher privaten Einrichtungen Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich das lese — ich könnte noch weiter zitieren —,

dann frage ich Sie: Ist es Ihnen nicht bekannt, daß wir jede Privatinitiative schon seit langer Zeit unterstützen? Ist es Ihnen nicht bekannt, daß die Stadt Wien der Caritas, der Caritas Socialis, den Adventisten und so weiter die finanziellen Mittel zur Verfügung stellt, mit denen sie ihre sozialen Dienste leisten können? Aber Sie reden nicht darüber. Sie schreiben in Bezirksblättern nur, daß es Sozialdienste der Österreichischen Volkspartei gibt. Ist Ihnen nicht bekannt, daß alle privaten Initiativen letzten Endes von uns finanziert werden? Auch die Initiative von Dr. Lesigang, die im Rahmen der Diskussion erwähnt wurde, mit dem Früherkennen von Behinderungen bei Kindern, auch diese Privatinitiative wurde groß gefeiert und am nächsten Tag haben wir die Rechnung für 3,5 Millionen Schilling bekommen.

Ich meine, wir sollten endlich mit dieser meiner Meinung nach polemischen Diskussion aufhören. (Beifall bei der SPÖ.) Wir sind uns doch darüber im klaren, daß die soziale Hilfe in Wien so wie in der ganzen Welt nur in Zusammenarbeit der privaten Organisationen mit der öffentlichen Hand funktioniert, und daß es nicht darum geht, einmal das eine und dann wieder das andere hochzuspielen, nur weil es gerade im Augenblick im parteipolitischen Interesse liegt. (Beifall bei der SPÖ.)

Frau GR. Härtel hat auch gesagt, daß wir diese Grenzen überdenken sollen, und hier stimme ich ihr zweifelsohne bei. Sie werden sich daran erinnern, daß wir bereits vor einigen Wochen mitgeteilt haben, daß wir einen Sozialpaß für die Wiener ausarbeiten. Ich möchte Ihnen mitteilen, was wir uns darunter vorstellen. Der Sozialpaß soll zunächst einmal verschlüsselt die Einkommensverhältnisse enthalten. Gleichzeitig soll er jedem die Möglichkeit bieten, zu wissen, welche Dienste der Stadt Wien um welchen Preis — umsonst oder um mehr Geld — der Besitzer in Anspruch nehmen kann. Im Zuge der Ausarbeitung — und das wird gewiß noch Monate dauern, weil es sich um eine äußerst schwierige Materie handelt — können wir nun diese Grenzen so verschleifen lassen, daß die großen Unterschiede, die manchmal bestehen, das gebe ich ohne weiteres zu, sicherlich verwischt werden können und ein gerechteres Vorgehen zu erzielen ist.

Meine Damen und Herren! Das ist aber nicht nur ein Wiener Problem, sondern damit haben sich die Sozialreferenten aller Bundesländer befaßt. Alle Sozialreferenten der Bundesländer, gleich welcher Partei sie angehören, haben das gleiche Problem und werden die Situation zu meistern versuchen. Wir werden es mit dem Sozialpaß versuchen. Ich lade Sie gerne ein, daran mitzuarbeiten.

Es stimmt auch nicht, daß es keine Behindertenheime gibt. „Jugend am Werk“ hat Behindertenheime. Wir haben erst vor kurzem eines eröffnet. Außerdem ist die „Lebenshilfe“ dabei, Behindertenheime zu errichten. Wir haben nie bestritten, daß wir in Wien noch zu wenige haben. Wir haben aber auch immer betont, und es ist in unserem Behindertenplan enthalten, daß wir weitere Heime bauen werden.

Herr GR. Traindl meinte, daß der Gesundheitsplan ein Stück Papier sei. Diese Aussage habe ich bisher eigentlich nur von Stadtrat Lehner gehört. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wünsche Ihnen jedoch, daß Sie in Ihrer Partei alle Papierstücke, die Sie produziert haben, so verwirklicht werden, wie dieses Stück Papier verwirklicht werden wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich glaube auch nicht, daß es notwendig ist, einen Ausschuß zu gründen, der die Dinge überprüft. Meiner Meinung nach — in diesem Fall meiner unmaßgeblichen Meinung nach — haben wir Gemeinderatsausschüsse, und Überprüfungen sollten durch die gewählten Mandatäre dieses Hauses durchgeführt werden. Ich glaube, jeder Mandatar dieses Hauses wird diese Gelegenheit jederzeit ergreifen, wie es ja schon bisher geschehen ist, so daß wir nicht wieder einen eigenen Ausschuß benötigen. Auf der einen Seite beziehen Sie gegen Ausschüsse und verschiedene Gremien immer Stellung, auf der anderen Seite fordern Sie solche; gerade wie es in Ihr Tageskonzept paßt.

Sie haben den Reinigungsdienst erwähnt, und ich muß feststellen, daß Sie offensichtlich auch hier schlecht informiert sind. Das, was wir unter Reinigung verstehen, ist der Grobreinigungsdienst, das Gründlichmachen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man in irgendeinem Haushalt wöchentlich einmal oder auch nur monatlich einmal komplett gründlich macht. Die andere Arbeit erledigt ja der Heimhilfedienst. Er dient zur Fortführung des Haushaltes, der Grobreinigungsdienst ist für das Gründlichmachen — wie Fensterputzen und sonstige grobe Arbeiten — zuständig. Das ist doch eine klare Situation. Ich bin erstaunt, daß Sie, trotz mehrfacher Möglichkeit in den letzten fünf Jahren, darüber zu diskutieren, heute erstmalig von dieser Idee hören.

Sie haben auch das Männerheim — sozusagen ein Dauerbrenner im Gemeinderat — erwähnt. Wenn Sie sagen, daß es sich hier um eine Gruppe von Menschen handelt, die Außenseiter der Gesellschaft sind, dann bin ich trotz allem der Meinung — gerade weil ich für das Sozialwesen zuständig bin —, daß auch diese Außenseiter der Gesellschaft ein Recht haben, von der Gesellschaft unterstützt zu werden. (Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des GR. Hahn.) Daher vermeide ich es sehr gerne, von Außenseitern der Gesellschaft zu reden. Wenn Präsident Hahn in einem Zwischenruf unbedingt auf die lange Dauer des Umbaus hinweisen will ... (GR. Hahn: Sieben Jahre für eine Duschanlage! Da kann etwas nicht stimmen!)

Meine Damen und Herren! Bitte, besuchen Sie doch das Männerheim. Überzeugen Sie sich von dem Baufortschritt, nehmen Sie zur Kenntnis, daß der Umbau nur etappenweise erfolgen kann, weil man das Heim nicht komplett sperren kann. Wenn Sie das aber zur Kenntnis nehmen, dann verstehe ich diesen Zwischenruf nicht mehr. Ich lade Sie gerne ein, dieses Heim zu besuchen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zusammenfassend darf ich sagen: Für das Behinder-

tenwesen wird die Stadt Wien im nächsten Jahr — nur die Magistratsabteilungen 11, 12 und 56 — insgesamt 465 Millionen Schilling ausgeben. Aber auch hier wurde gesagt, daß nichts geschieht.

Ich möchte nochmals feststellen, daß wir Sozialisten einen Grundsatz vertreten, der gegen Ihre Streckenkarte für alle Senioren spricht. Es ist der Grundsatz, daß jeder Wiener das Recht auf soziale Hilfe hat. (StR. Dr. Goller: Da gibt es noch einen Unterschied zwischen Sozialisten und Sozialisten: In Salzburg haben sie es gemacht!) Ich weiß, daß man sehr gerne Zwischenrufe macht, wenn man manche Dinge nicht hören will. (StR. Dr. Goller: Herr Stadtrat, gibt es einen Unterschied zwischen den Sozialisten in Wien und in Salzburg? Dort macht man es, bei uns nicht!) Wir wollen hier argumentieren. Wollen Sie nur polemisieren? (StR. Dr. Goller: Ich habe Sie gefragt!) Ich möchte argumentieren, und ich tue dies nicht das erste Mal. Wir sind der Meinung, daß jeder Recht auf soziale Hilfe in der Form hat, die er benötigt. Es nützt einem, der eine hohe Pension hat, aber im vierten Stock wohnt, nichts, wenn er keinen Heimhilfedienst in Anspruch nehmen kann. Daher haben wir alle sozialen Dienste allen Gruppen der Bevölkerung zugänglich gemacht. Nur soll der, der das Geld hat, auch einen Beitrag leisten, und der, der kein Geld hat, soll es umsonst bekommen. Das ist eine echte soziale Einstellung.

Jemand der genügend Geld hat, kann sich auch den Straßenbahnfahrchein kaufen. Es gibt genügend Pensionisten, die mehr Geld haben als eine junge Mutter mit kleinen Kindern, und die muß den Fahrchein auf jeden Fall kaufen. Unsere soziale Einstellung können Sie nicht bestreiten. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Somit komme ich zum Schluß. Es war mir ein Bedürfnis, hier auch die grundsätzlichen Dinge zu besprechen. Ich möchte nochmals allen, die sich an der Diskussion beteiligt haben, danken. Ich hoffe doch, daß es nach der Wahlaueinandersetzung zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit kommen wird und daß viele Dinge nun nicht mehr in der Presse erscheinen werden.

Ich möchte aber nicht versäumen, auch allen meinen Mitarbeitern, den Ärzten, Schwestern, der Rettung, der Verwaltung und allen in der Sozialhilfe Tätigen, vor allem den privaten Vereinigungen recht herzlich zu danken. Ich glaube auch in Ihrem Namen zu sprechen, wenn ich feststelle, daß diese Menschen manchmal unter schwersten Bedingungen wesentlich mehr leisten, als sie leisten müßten. Wenn hier manches Mal Kritik laut wird, so betrifft es nur einzelne. Ohne unsere Mitarbeiter aber, und es handelt sich um Zigtausende, wäre es unmöglich, unsere Überlegungen im Sozial- und Gesundheitswesen in der Form durchzuführen, wie es geschehen ist, und wie es in Zukunft weiter geschehen wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Ing. Hofstetter: Als nächster Redner gelangt Frau Stadtrat Dr. Kubiena zum Wort. Ich erteile es ihr.

StR. Dr. Kubiena: Geehrtes Präsidium! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren! Zur psychiatri-

schen Versorgung und im besonderen zum Psychiatrischen Krankenhaus möchte ich als Frau der Praxis etwas sagen. Aus der Praxis insofern, als ich als ehemaliger Polizeiamtsarzt Einweisungen durchgeführt habe. Da ist es doch öfters vorgekommen, daß jemand nicht zum ersten Mal, sondern zum zweiten oder dritten Mal ins Psychiatrische Krankenhaus eingewiesen werden mußte. Wir alle wissen, daß niemand gerne in ein Spital geht. Ich bin niemals auf einen positiven Widerhall gestoßen. Die meisten Menschen haben sich mit Händen und Füßen gestraut, wieder ins Psychiatrische Krankenhaus geschickt zu werden.

Das bestärkt mich in meiner Annahme, daß die Zustände im Psychiatrischen Krankenhaus nicht überall als angenehm und Genesung bringend zu bezeichnen sind. Ich möchte betonen, nicht überall, denn es kommt ganz auf den Pavillon an, wo man liegt. Aufgrund des Artikels in einem Nachrichtenmagazin wurde ja auf diverse Mißstände aufmerksam gemacht. Es ist auch schon eine schnelle Reaktion erfolgt. Ich weise auf die grünen und rosa Karten hin, die angeblich blitzartig abgeschafft wurden. Diese Karten stellten eine Art „Sündenregister“ für das Pflegepersonal dar. Professor Stacher hat gestern diesen Punkt bereits erörtert.

Wie spielt sich eine Einweisung ins Psychiatrische Krankenhaus für einen armen Patienten ab? Die Einweisung ist für ihn eine Katastrophe. Er kommt aus seiner gewohnten Umgebung heraus, meist weit weg von seinem Wohnbezirk, und dann kommt er in ein Mammutkrankenhaus. Das Psychiatrische Krankenhaus hat 2.708 systemisierte Betten und ist mit Pflegepersonal und Ärzten ärmer als arm besetzt.

Wenn Sie sich überlegen, daß ein Arzt in einer allgemeinen Krankenanstalt etwa zwischen vier und fünf Patienten zu versorgen hat und dazu vergleichen, daß auf einen Arzt im Psychiatrischen Krankenhaus 42 Patienten kommen, dann heißt das, daß dies die zehnfache Anzahl ist. Stellen Sie sich vor: die zehnfache Patientenanzahl! Beim Pflegepersonal ist es so, daß in einer allgemeinen Krankenanstalt auf eine Pflegeperson nicht ganz zwei Patienten kommen. Im Psychiatrischen Krankenhaus kommen auf eine Pflegeperson mehr als drei Patienten. Also doch um über 30 Prozent mehr.

Wenn man als seelisch oder geistig Kranker besser behandelt werden will, dann bleibt einem nur ein Weg offen: Man muß jemanden umbringen, man muß ein ordentliches Sexualverbrechen begehen — dann kommt man nämlich in die Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher, die hervorragend geführt ist und wo eine gute Pflege gewährleistet ist.

Es würde mich interessieren, wann es geplant ist, die in der KAG-Novelle 1974 festgehaltenen und auch vom deutschen Krankenhausinstitut in dem Gutachten erörterten und angeführten Neuerungen durchzuführen. Da heißt es, daß zu jedem Schwerpunktkrankenhaus unter anderem auch eine Abteilung für Nerven- und Geisteskrankte gehört. Das steht im § 2 Abs. 1 der KAG-Novelle 1974. Im Abs. 3

ist ein Hintertürl offengehalten, denn da heißt es, es muß nicht jede der aufgeführten Abteilungen — Augen-, HNO- oder Kinderabteilung — am gleichen Ort sein. Es kann diese Abteilung auch örtlich getrennt installiert sein, jedoch soll sie funktionell und organisch verbunden sein. Bitte sehr, funktionieren tut bald etwas, und „organisch“ kommt nicht von „organisieren“, denn organisieren kann ich alles, und es kann mir niemand einreden, daß es organisch ist, wenn ich einen Patienten aus Atzgersdorf, weil er eine Geisteskrankheit hat, in den 16. Bezirk in das Psychiatrische Krankenhaus einweisen muß. Dort wird er völlig isoliert sein. Die Ärzte und die Pfleger haben keine Zeit, und Sie können sich vorstellen, wie oft er von seinen Nachbarn, Freunden und Bekannten besucht werden wird, wenn die quer durch Wien fahren müssen.

Es kommt ja noch etwas dazu: Patienten in anderen Krankenhäusern, die irgendein Leiden haben, die vorübergehend nicht mehr in einer offenen Anstalt zu halten sind, müssen ja ebenfalls in eine geschlossene Abteilung transferiert werden. Das heißt, aus dem Unfallkrankenhaus oder aus einer hochspezialisierten Gefäßstation muß der Patient mit dem Krankentransport wieder quer durch Wien zum Psychiatrischen Krankenhaus geführt werden. Er ist damit wieder seinem ursprünglichen Versorgungsbereich entrissen, und ich kann Ihnen sagen, daß es sehr schwer ist für die ihn behandelnden Spezialisten, ihn dort weiter zu versorgen. Es obliegt nämlich dann den ihm im ersten Krankenhaus behandelnden Arzt, in seiner Freizeit unentgeltlich und auf eigenes Risiko die weitere Versorgung vorzunehmen.

Der Anschluß geschlossener Abteilungen an die geplanten Schwerpunktkrankenhäuser wäre meines Erachtens nach auch aus folgendem Grund sehr zu befürworten und schnell durchzuführen: In der Bevölkerung ist es doch noch immer so, daß jemand, der Am Steinhof — wie es leider noch immer heißt — war, in einem gewissen Sinne abgestempelt ist. Es ist doch für den Patienten und auch für seine Besucher viel angenehmer, zu sagen: Er ist jetzt in der Nervenabteilung im Floridsdorfer Krankenhaus, Rudolfspital, Wilhelminenspital.

Als letzten Punkt möchte ich noch sagen, daß man nicht nur die Patienten, sondern auch die Ärzte nicht in ein psychiatrisches Getto drängen sollte, denn wir wissen doch alle aus der persönlichen Erfahrung, daß nicht nur der Politiker, sondern auch der Arzt zur Bereicherung seines Wissens das interdisziplinäre Gespräch dringend braucht. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Ing. Hofstetter: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Lehner zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Lehner: Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Wortmeldung wird sicherlich kurz sein. Ich möchte nur einige Dinge ausräumen, damit sie nicht hier im Raum stehen bleiben, so quasi-quasi, man hätte hier gesagt, man weiß nicht, worum es geht. Der Herr amtsführende Stadtrat Stacher hat

sich bemüht gesehen, einige Dinge hier im Detail zu beantworten, die meiner Meinung nach von ihm völlig falsch aufgefaßt wurden.

Es geht vor allem um die Wortmeldung der Kollegin Härtel im Zusammenhang mit der Melde-mannstraße. Natürlich ist das ein Dauerbrenner geworden, und die Kollegin Härtel lebt und wohnt nun einmal in unmittelbarer Nähe dieses Heimes, sie kennt die Situation aus eigenem Ansehen, aus täglichem eigenem Ansehen.

Und was hat sie gesagt? Sie hat gesagt, sie wundert sich darüber und ist überrascht, daß sieben Jahre hindurch — sieben Jahre hindurch — im Budget immer wieder ein Betrag für die Renovierung der Dusche und des Aufenthaltsraumes aufscheint. Und das, meine Damen und Herren, erscheint doch wirklich ein bißchen seltsam, selbst wenn man zugesteht, daß man in einem solchen Haus nicht alles auf einmal renovieren kann. Aber es geht eben hier seit sieben Jahren um die Dusche und um den Aufenthaltsraum.

Im Zusammenhang mit der Netzkarte auch ein offenes Wort. Der Zwischenruf von Stadtrat Goller hat es sehr deutlich gemacht, daß dies in anderen österreichischen Landeshauptstädten seit geraumer Zeit eine Selbstverständlichkeit geworden ist. Es geht eben nicht nur darum, daß sich der Mensch eine Wochenkarte, eine Netzkarte leisten kann. Sicherlich können es sich viele von ihnen leisten. Aber wir glauben halt, daß das Älterwerden Schweren mit sich bringt, man hat es schwieriger.

Und wir wollen ja diese Netzkarte nicht umsonst geben. In Salzburg verlangen sie jetzt für die Netzkarte 90 oder 95 Schilling, na sollen wir in Wien halt 100 Schilling dafür verlangen, und die alten Menschen hätten eine Freude.

Denken Sie doch nur an die Seniorenwoche in der Stadthalle: Wie oft wurde dort diese Frage an uns gerichtet. (GR. Dkfm. Bauer: Aber das wissen Sie, daß der Kollege Ammann im Stadtwerkeausschuß unseren Antrag abgelehnt hat!) Er hat sicherlich einen Grund dafür gehabt! Ich sitze ja nicht in dem Ausschuß. (GR. Hahn: Nachdem ihr unseren Antrag abgelehnt habt! — GR. Dkfm. Bauer: Bin ich im Stadtwerkeausschuß oder Sie, Kruzitürken noch einmal! — Heiterkeit. — Stadtrat Goller: Das kommt von Kuruzen und Türken!) Bitte, meine Damen und Herren, „Kruzitürken“ ist nichts Ehrenrühriges. (Neuerliche Heiterkeit.) Kuruzen waren die Vorgänger. Es ist ja viel netter, wenn es ein bißchen heiter ist im Saal.

Die Kollegin Härtel hat den Antrag eingebracht auf Einführung der Sozialräte. Sie wissen doch, meine Damen und Herren, wenn ich das sagen darf, daß das auch ein uraltes Steckenpferd von mir ist. Sie haben seinerzeit die Funktion des Fürsorgerates ersatzlos auslaufen lassen. Wir wollen heute nicht mehr über die wahren Gründe reden. Einem Toten soll man nichts Böses nachsagen. Ich bin der Allerletzte, der das tun würde. Aber es waren damals politische Gründe, die nichts mit unserer Fraktion zu tun hatten, sondern mit der damaligen NDP, nein, nicht NDP, sondern mit der Olah-Partei. (GR.

Wiesinger: DFP!) Diese Olah-Partei hat damals in allen Bezirken Fürsorgeräte gehabt, gar nicht so wenig nach dieser Wahl. Das wurde verständlicherweise nicht sehr begrüßt. Daß man aber deshalb das Kind mit dem Bad ausgießt, ist mir unverständlich geblieben. (GR. Mayrhofer: Das war doch zehn Jahre vorher!) Nein, das war eben nicht zehn Jahre vorher, das war genau in dem Zusammenhang! Nur nachschauen! Sie finden das ganz genau! Ich habe damals von dieser Stelle aus dazu geredet, und ich weiß das. (GR. Mayrhofer: Das wissen Sie gar nicht!)

Der Sozialrat, meine Damen und Herren, hat sicherlich ein anderes Aufgabengebiet als der umstrittene sogenannte Fürsorgerat. Der mußte die Karten ausgeben für die Kohlen und für das Tröpferbad und alle diese Dinge. Gott sei Dank brauchen wir das heute nicht mehr.

Aber heute hätte er die Aufgabe, die wir damals bereits aufgezeigt haben, in weit verstärktem Maße, nämlich den Kontakt zu den alten Menschen, zu den Menschen zu suchen und zu finden, die in ihren Wohnungen leben und nicht hinauskönnen.

Und die Kontaktbesuche, Herr Professor, die Sie ins Leben gerufen haben, das ist doch nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Es ist bis heute leider Gottes noch nicht so weit, daß diese Aktion eine Aktion der gesamten Bevölkerung wird und, wenn Sie wollen, aller irgendwie Verantwortung tragenden Einrichtungen in dieser Stadt, auch der konfessionellen, aller Einrichtungen, die sich mit Sozialarbeit beschäftigen.

Und dann wurde vom SMZ Ost gesprochen. Ich habe vergeblich von Ihnen, Herr Professor — und ich bedaure das —, eine befriedigende Antwort erwartet. Wir haben heuer für die Planung 9 Millionen Schilling drinnen, und Sie haben also erklärt, es wird weiter geplant und es werden Bauvorbereitungen getroffen.

Ich bitte aber jetzt um Verständnis für unsere Situation: Wir sind da ein bißchen gebrannte Kinder auf dem Gebiet, denn wir haben einmal etwas geplant, sehr, sehr lange, etwas sehr Wichtiges, etwas sehr Notwendiges, und zwar das Pflegeheim Süd, meine Damen und Herren, in Atzgersdorf. Die Planung begann 1971, da war die erste Budgetpost für Planung und Grundaufschließung 75.000 Schilling. Eine Lächerlichkeit. 1972: Planung, Grundaufschließung 81.000 Schilling. Lächerlich. Altersheim Süd 1973: Nun, da waren es dann schon 217.000 Schilling und zusätzlich noch ein Planungsbetrag von 799.000 Schilling und etliches.

Im Jahre 1974 wurden für die Planung des Be-tagtenheimes Süd bereits über 14 Millionen Schilling im Budget beschlossen, 1975 einmal 15 Millionen und dann durch das Konjunkturausgleichsbudget noch einmal 40 Millionen, meine Damen und Herren. Im Jahre 1976: Planung und Bauvorbereitung 3,4 Millionen — nun, und dann war es fast aus. Und heute? Kein Groschen mehr im Budget, keine Rede mehr davon, daß dieses Heim gebaut wird, das wir so dringend brauchen, denn gerade der Bau dieses Heimes würde uns enorm entlasten in der Betten-

situation. Nicht nur das Objekt in der Webergasse, dessen Errichtung wir begrüßen, obwohl die Art und Weise, wie hier die Planung vorgenommen wird, ein bißchen eigenwillig ist. Der Kollege Hirnschall hat das letzte Mal im Gemeinderat darüber gesprochen, und ich habe, glaube ich, in der letzten Sitzung des Stadtsenates darüber gesprochen, wo ich dort noch saß. (Heiterkeit. — GR. Pöder: Haben Sie das dem Herrn Busek sagen wollen?) Nein, ich bin dort gesessen. Kollege Pöder, mir nicht, das bitte nicht! Der Stich gibt gar kein Blut! (GR. Dr. Hirnschall: Das war jetzt so nostalgisch!)

Und darum, meine Damen und Herren, wollen wir heute einen Antrag einbringen. Die ÖVP-Gemeinderäte Lehner, Bittner und Daller stellen den Abänderungsantrag — ich wiederhole hier nur den Antrag —:

„Der Ausgabenansatz Post 525/51 Krankenanstalten, Versorgungsbereich II (Ost) ist um 41 Millionen Schilling von 76,815 Millionen Schilling auf 117,815 Millionen Schilling zu erhöhen.“

Die Mehrausgabe ist durch eine Reduzierung des Ausgabenansatzes der Post 321/37, Reserve für unvorhergesehene Ausgaben, zu bedecken.“

Und dann darf ich vielleicht noch ganz kurz auf die Erklärung des Herrn Professors Stacher zurückkommen, worin er die Aussendung unseres Vizebürgermeisters Busek im Zusammenhang mit den sozialen Diensten zitiert hat. Er weiß ganz genau, und viele von Ihnen wissen es auch, daß unsere Fraktion seit eh und je den forcierten Einsatz der privaten Organisationen, egal welcher Schattierung, in diesem Aufgabenbereich fordert. Warum? Weil jeder von uns spürt, daß uns die Haut langsam zu knapp wird für die vielen Dinge, die wir als Stadt und als Land tun müssen. Wir wissen das genau.

Daher haben wir bereits bei der Schaffung des Sozialhilfegesetzes vor vielen Jahren ersucht und lange darum gekämpft, einen Passus zu ändern, der etwa gelaute hat: Die privaten Organisationen werden von der Stadt Wien eingeladen, ihre Mitarbeit zu erklären. Wir haben damals gesagt, die Stadt Wien muß verpflichtet werden, die Organisationen einzuladen. Ob sie dann mitarbeiten oder nicht, ist eindeutig Sache der privaten Organisationen. Aber sie müssen eingeladen werden, um die Möglichkeit zu haben, bei diesen Aktivitäten mitzutun. Daher würde ich heute wieder sagen: Weg mit der Kann-Bestimmung aus dem Sozialhilfegesetz, und allen wäre damit geholfen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn gesagt wurde, daß der Kollege Traindl erstmals in meine Fußstapfen im Zusammenhang mit dem Gesundheitsplan der Stadt Wien getreten ist und diesen als ein Stück Papier bezeichnet hat, so darf ich daran erinnern — ich tue das gerne —, daß ich damals gesagt habe: Jawohl, ein Papier, eine Arbeitsgrundlage, eine Arbeitsunterlage, auf der fußend wir für diese Stadt arbeiten sollen. Darüber waren wir uns ja einig. Warum also der Horror vor dem Papier?

Abschließend, Herr Professor, einen Satz noch zu Ihnen. Machen Sie sich bitte keine Sorgen, was

mit den Papieren der ÖVP passiert. Die Papiere, die wir beschließen, die wir von unseren Freunden, von der Bevölkerung erarbeiten lassen, diese Papiere werden sehr bald Realität werden. Ich danke. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Ing. Hofstetter: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Dinhof zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Dinhof: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte zuerst, da ich glaube, daß das heute sehr bedeutende Worte waren, die in den Raum gestellt wurden, die Worte von Professor Bittner in Erinnerung rufen, bevor ich zu etwas anderem komme.

Ich bin auch der Meinung vom Professor Bittner, daß wir, wenn wir selber Demontage betreiben, uns dann nicht wundern dürfen, wenn es Wahlenthaltungen gibt. Es mag auf allen Seiten Demontagetätigkeit geben, über die Politiker und über die Politik im allgemeinen.

Ich bin aus diesem Grund sehr dankbar, daß er das heute ausgesprochen hat. Das gibt mir aber doch auch die Möglichkeit, auf etwas einzugehen, was eine Vorrednerin hier dargestellt hat.

Man soll doch auch nicht, wenn es einem einmal zufällig — ich betone das Wort zufällig noch einmal — nur um ein bißerl besser als vorher bei einer Wahl gegangen ist (Zwischenruf bei der ÖVP) — ich habe die Zahlen, ich werde sie sofort erwähnen —, so tun, als wäre hier ein Riesenerfolg, und auf der anderen Seite wäre der Weltuntergang festzustellen. (GR. Hahn: fünf Mandate sind schon etwas!)

Herr Kollege Hahn, Sie haben schon viel mehr Mandate in diesem Hause verloren, darum würde ich das nicht so sagen. (GR. Hahn: Stimmt auch nicht!) Das stimmt. (GR. Hahn: Lesen Sie die Zahlen!) Darf ich ganz kurz die prozentmäßigen Ergebnisse darstellen:

Im Jahre 1945 hatte die ÖVP nicht 33,8 Prozent, sondern 34,5 Prozent, also mehr als jetzt. (GR. Alram: Was hat das mit der Gesundheit zu tun?) Da fragen Sie die Kollegin Härtel! Das müssen Sie die Kollegin Härtel fragen. (Neuerliche Zwischenrufe bei der ÖVP.) Nein, das will ich nicht. Ich bin nicht der „Kurier“, der in Wien, wenn ÖVP-Mandate verlorengehen, schreibt: „Niederlage der SPÖ“, und wenn in Bayern Franz Josef Strauß Mandate verloren hat, gibt es einen CSU-Sieg. Das will ich nicht, und ich möchte hier weder etwas beschönigen noch anders darstellen. Ich möchte hier nur versuchen, es auf die Basis der Realität zu bringen.

1949: 34,9 Prozent, also um mehr als 1,1 Prozent mehr als jetzt; 1975: 34 Prozent, 1964: auch 33,9 Prozent. Also woher irgend jemand in diesem Saal den Mut nimmt, von dem großen Durchbruch der Oppositionspartei zu reden, das kann ich mir nicht vorstellen.

Und daß auf unserer Seite das Ergebnis nach 1945 das zweitbeste ist, ist auch eine erwiesene Tatsache. Daß wir letztes Mal 60,1 Prozent hatten, war für uns ein besonders erfreuliches Ergebnis. Wir sind halt nicht einmal mit dem zweitbesten Ergeb-

nis zufrieden. Ich möchte nichts beschönigen, wir sind nicht zufrieden mit dem zweitbesten Ergebnis, und wir versuchen eben entsprechend nachzudenken, wo es eventuell Probleme geben könnte, auch im Sinne dessen, was der Herr Professor Bittner hier gesagt hat, um letzten Endes für die Demokratie und für die Politik in unserem Lande Entsprechendes leisten zu können. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich darf über die Seniorenfahrscheine etwas sagen — indirekt wurde ich auch zitiert —, denn bei dieser Diskussion in der Stadthalle war ich anwesend und habe den Part übernommen, auf eine Anfrage einer Seniorin oder einer alten Dame — wir schämen uns ja manchmal, das Wort alt in den Mund zu nehmen; ich weiß nicht, was so schlecht daran ist —, die genau wegen dieser Fahrscheine angefragt hat, die Antwort zu geben, die ungefähr auch Herr StR. Stacher hier gegeben hat.

Es war ganz erstaunlich, es gab hellen Applaus in dem Saal, denn die Senioren wollen weder als Sonderklasse oder als Sonderkaste dargestellt werden, sondern sie wollen ganz einfach wie alle anderen Staatsbürger in diesem Land behandelt werden, und sie wollen dann, wenn sie es sich leisten können — und das ist das entscheidende —, auch ihren Beitrag erbringen.

Ich bin eigentlich über die Presseaussendung des Herrn Vizebürgermeisters Busek sehr glücklich ... (GR. Hahn: Na also!) — darf ich das nicht sein? (GR. Hahn: O ja!) Ich weiß nicht, ist da irgendein Problem?

Ich bin deswegen sehr glücklich darüber, weil ich es so verstanden habe, daß dies offensichtlich eine Aufforderung an viele Privatinitiativen sein soll, hier aktiv zu werden, ohne der Stadt Wien finanziell zur Last zu fallen. So muß man es lesen, es ist eine Aussendung, die ich so verstehen möchte und auch so verstanden habe. Auch Professor Stacher hat sie, glaube ich, nicht anders verstanden. Nur wurde es hier anders interpretiert. (GR. Hahn: Von ihm, doch nicht von uns!) Nein, es wurde hier anders interpretiert. Sie kennen es wahrscheinlich nicht, aber ich gebe es Ihnen dann gerne.

„Angesichts der stark ansteigenden Verschuldung der öffentlichen Haushalte“ — das ist etwas Klares für mich, ich habe die Sprache noch verstanden (VBgm. Dr. Busek: Der StR. Mayr nicht!); ich habe es verstanden —, „ist es dringend nötig, die bisherige Form der Sozialpolitik zu überdenken.“

Ich möchte das nicht alles vorlesen, es ist hier schon geschehen, ich möchte es also nicht wiederholen, und außerdem hat ja jeder die Möglichkeit, das auch zu lesen. (VBgm. Dr. Busek: Ihre Genossen!) Ich glaube, daß es gar nicht so gut ist im Endergebnis. Deshalb lese ich es lieber nicht vor.

Wenn es hier dann im ursächlichen und im tatsächlichen Zusammenhang mit der Verschuldung der öffentlichen Haushalte heißt, die Privatinitiative ist billiger als die Initiative der Stadt Wien — das ist sehr deutlich herauszulesen —, dann lade ich alle privaten Vereine von der Caritas bis zur

Volkshilfe ein, in Zukunft die sozialen Dienste billiger oder gratis zu machen, denn der Herr Vizebürgermeister Busek ist der Meinung, daß diese Art der Dienste viel billiger ist. Dafür können wir nach meiner Ansicht alle sein.

Man muß hier auch einmal deutlich sagen: So einfach geht das nicht. Die sozialen Dienste der Stadt Wien, egal wer sie durchführt, kosten immer dem Steuerzahler Geld. Die Initiativen sind erfreulicherweise bei vielen privaten Vereinen vorhanden, aber es bezahlt sie der Wiener Steuerzahler. Es bezahlt sie nicht die ÖVP und auch nicht die SPÖ. Der Wiener Steuerzahler bezahlt sie. Ich frage mich daher, was es heißen soll, man muß das überdenken, weil die Privaten das womöglich anders machen. Die Privaten machen ja etwas. Ich möchte daher bitten, daß man in Zukunft hier doch etwas mehr koordiniert. (Zwischenruf bei der ÖVP: Sie haben mißverstanden, um was es hier geht! — Weiterer Zwischenruf bei der ÖVP.)

Ich darf also den nächsten Satz auch noch vorlesen, da ich dazu aufgefordert wurde. Offensichtlich ein wichtiger Satz. „Nur durch die Änderung der Sozialpolitik in Richtung mehr Bürgernähe“ — das geschieht ja laufend durch die Heranziehung der privaten Vereine — ... (Zwischenruf bei der ÖVP.) Das wird ja nicht bestritten. Ich habe eingangs erwähnt, daß ich das, was hier gesagt wird, für gut halte. (Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) Ich zitiere weiter: „... durch Schaffung von mehr Möglichkeiten für das persönliche Engagement ...“ — Was heißt das, bitte? Für mich heißt das — wenn ich an den ersten Satz „zu viele Kosten auf dem Sektor der Sozialpolitik“ anknüpfe —, daß durch das persönliche Engagement die Geschichte praktisch billiger wird und die sozialen Probleme damit zu lösen sind. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Ja, ich bin der Auffassung. Im übrigen gibt es in allen Bereichen Personen, die tatsächlich der Meinung sind, es müßte funktionieren, daß Privatinitiative praktisch kostenlos karitativ tätig wird. Aber dann muß man das auch ganz klar und deutlich aussprechen. (GR. Hahn: Es gibt kein kostenloses Spital!) Es geht doch nicht ums Spital. (Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Ich darf noch einmal mit Freude zur Kenntnis nehmen, daß in Zukunft bei mehr Privatinitiative die Kosten für die Stadt Wien etwas geringer sein werden. So darf ich das verstehen. (Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) Von Spitälern habe ich nicht gesprochen. Man soll darüber nichts reden, wenn man davon nichts versteht. (Zwischenruf bei der ÖVP.) Nein, ich habe hier nicht von Spitälern gesprochen und der Herr Vizebürgermeister Busek auch nicht. Ich hoffe, Sie können lesen, dann können Sie das nachher lesen. Herr Vizebürgermeister Busek hat die Sozialpolitik und die sozialen Dienste und nicht die Spitäler gemeint. Ich möchte doch bitten, das deutlich auseinanderzuhalten. Ich habe kein Wort von Spitälern gesagt. (Zwischenruf bei der ÖVP: Die Spitäler sind also kein sozialer Dienst?) Bitte, fragen Sie den Kollegen Lehner. Der versteht das so hervorragend, der wird Ihnen das in Ihrem Klub erklären, was ein sozialer Dienst ist.

So kann man das doch nicht sagen. Das ist doch überhaupt nicht möglich, wenn man vom sozialen Dienst spricht. Es ist in diesem Fall ein Terminus technicus, wenn Sie wollen. Alle Leute, die mit Sozialpolitik zu tun haben, wissen, was sozialer Dienst heißt. Nur die anderen, die dreinreden, die wissen es nicht und fragen nicht einmal ihre eigenen Kollegen. (StR. Dr. Goller: Es wäre gut, Herr Kollege Dinhof, wenn Sie eine Denkpause einschalten würden!)

Ich darf auf etwas anderes eingehen, nämlich auf die Kontaktbesuche, die hier wieder erwähnt wurden. Es gab dazu eigentlich eher eine positive Stellungnahme. Die Kontaktbesuche sind eine Möglichkeit, jene Menschen, die aus falscher Scham oder sonstigen Motiven nicht zu den verschiedenen karitativen Vereinen gehen, sei es jetzt zur Caritas, zur Volkshilfe oder auch zum Sozialreferat der Stadt Wien, daheim zu besuchen, mit ihnen Gespräche zu führen und sie darauf hinzuweisen, welche Hilfen es für sie gibt. Ich glaube, hier gibt es an und für sich keinen Widerspruch. Man soll jetzt einmal diese Aktion Kontaktbesuche durchlaufen lassen, um nach den Erfahrungen, die wir sammeln, weitere Schritte gemeinsam durchführen zu können.

Wenn ich noch zur Psychiatrie etwas sagen darf: Es ist sicherlich erschütternd für jeden, der solche Dinge liest. Ich glaube auch, daß es notwendig ist, entsprechende Maßnahmen zu setzen, natürlich dort, wo die Problematik ganz klar auf der Hand liegt.

Ich möchte auch darauf hinweisen, daß es bezüglich der sogenannten grünen Karten, die hier erwähnt wurden, bereits eine Dienstanweisung des Stadtrates Stacher vom 6. Dezember gibt, der die Einziehung aller grünen Karten angeordnet hat. Es gibt also in Zukunft so etwas nicht mehr. Es ist eben manchmal notwendig, auch auf diese Dinge draufzukommen.

Jeder, der in einem großen Bereich, wie es das Psychiatrische Krankenhaus und manchmal auch die Pflegeheime sind, Gelegenheit hat, in irgend-

einer Form Einblick zu bekommen, weiß, wie schwierig die Arbeit in diesem Bereich ist.

Bei voller Verurteilung dessen, was an Mißbrauch gegenüber Patienten passiert ist, müssen wir aber auch aufpassen, daß wir nicht das gesamte Pflegepersonal in unserem Bereich verdammen. Das wäre der falsche Weg, Frau Stadtrat. Sie haben richtig gesagt, daß es hier nur um einen Pavillon gegangen und nicht überall gleich ist. Das muß man sehr deutlich sagen. Aber dort, wo es diese Probleme gibt, muß in entsprechender Form eingegriffen werden.

Zum Krankenhaus Ost möchte ich doch noch einen Satz sagen. Selbstverständlich ist das Krankenhaus Ost wichtig. Aber die Krankenpflegeschule und besonders das Pflegeheim in diesem Bereich benötigen wir besonders dringend. Wer den Krankenanstaltenplan gelesen hat, wird das wissen. Denn wir haben eine Kopflastigkeit auf diesem Gebiet im Westen und im Südwesten unserer Stadt, aber im Osten gibt es praktisch nichts. Selbstverständlich ist es notwendig, zuerst das Pflegeheim zu bauen, und anschließend wird nach Fertigstellung der Planungsmaßnahmen, wie schon angekündigt wurde, für die Bewohner über der Donau das Krankenhaus Ost gebaut.

Ich glaube, daß die Diskussion auf dem Sektor des Sozialen und des Gesundheitswesens manchmal zwar mit Emotionen gespickt war — und das ist gut so —, aber mit Emotionen, die meiner Meinung nach zeigen, daß wir letzten Endes alle miteinander für die Kranken und für die sozial Bedürftigen in unserer Stadt ein Herz haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Ing. **Hofstetter**: Zum 5. Hauptstück liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir unterbrechen nunmehr wieder die Sitzung und setzen sie morgen um 9.00 Uhr mit der Beratung des 6. Hauptstückes, Stadtplanung, fort.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung um 16.30 Uhr.)